

Gern wird in Zusammenhang mit der konservativen Wende in Lateinamerika von einer Pendelbewegung gesprochen. Nach mehr als einem Jahrzehnt linker Hegemonie schlage das Pendel eben wieder nach rechts aus. Das Bild stimmt nicht ganz. Die Geschichte ist kein linearer Prozess und folgt auch nicht der Bewegungskurve des Pendels. Es wäre aber auch zu einfach, die progressiven Regierungen als historischen Unfall abzutun, wie die politische Rechte es darstellt, um einen legitimen Anspruch auf die Staatsführung zu behaupten. Wir beobachten aber, dass die linken Regierungen fast durchwegs konservative Wirtschaftspolitik betreiben, um die notwendige Umverteilung zu finanzieren. Die Strukturen werden nicht angetastet. Die Rechte verliert also bestenfalls die politische Macht, nicht aber die wirtschaftliche.

Und Venezuela, wo am meisten strukturell eingegriffen wurde, dient heute der Rechten als willkommenes Zerrbild des Sozialismus: autoritär, gewalttätig und mit langen Schlangen vor leeren Geschäften.

EDITORIAL

Die progressiven Präsidenten haben es nicht geschafft, jene Bewegungen, die sie an die Macht gespült haben, in ihre Regierung einzubinden. Von Brasilien über Ecuador bis Bolivien haben sich Indigenenorganisationen, Landlose, Frauenbewegungen und Bauernverbände von den Hoffnungsträgern abgewandt. Und sie wollen jetzt eine größere Rolle spielen, egal ob noch „ihr“ Präsident regiert, wie in Bolivien, die Reaktion besiegt hat, wie

in Brasilien, oder ein Machtwechsel innerhalb der Regierungspartei einen politischen Schwenk bringt, wie in Ecuador. Sie werden in der Regel von einer längerfristigen Perspektive beseelt als Parteien, die in den konjunkturellen Kategorien von Wahlperioden denken. Diesen Bewegungen, die schon auf Jahrzehnte lange Tradition verweisen können oder gerade erst im Entstehen sind, ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe gewidmet.

Daneben möchte ich besonders auf die sehr detaillierte Schilderung der Hintergründe zur Begnadigung des ehemaligen peruanischen Diktators Alberto Fujimori von *Ulrike Lunacek* und auf die Streitschrift *Gerhard Drekonja-Kornats* zur Rehabilitierung des österreichisch-kolumbianischen Ethnologen Gerardo Reichel-Dolmatoff hinweisen.

Ralf Leonhard

INHALT

THEMA: GEGEN ELITENVERSAGEN: BEWEGUNGEN IM WIDERSTAND

Bewegung(en) im Aufbruch	4
Von Leo Gabriel	
Argentinien: Das Jahr der Bewegung(en)	6
Von Salomé Grunblatt	
Chile ist nicht gerettet.	8
Von Marianne González Le Saux	
Nicht eine weniger, nicht eine Tote mehr	10
Von Nela Perle	
Ni Una Menos Austria	11
Von Natalia Hurst	
Düstere Aussichten für Kolumbien	12
Von Ralf Leonhard	
Honduras: Usurpation der Macht und Widerstand . . .	13
Von Alexander Main und Hermann Klosius	
Mesoamerikanische Migrationsbewegung: Vom Überlebenskampf zur gemeinsamen Vision	15
Von José Jacques und Leo Gabriel	

AKTUELLES & ANALYSE

Ecuador: „Consulta popular“ entscheidet Machtkampf .	16
Von Marie-Therese Lager	

„Mission Impossible“: Papst Franziskus in Chile und Peru	18
Von Wolfgang Schweiger	
Turbulente Weihnachten in Peru	19
Von Ulrike Lunacek	
Brasilien: Käufliche Demokratie.	21
Von Ricardo Borrmann	
Bolivien: Evo Forever?	24
Von Robert Lessmann	
Argentinien: Der Fall Santiago Maldonado	26
Von Laurin Blecha	
„Es wandelt niemand ungestraft unter Palmen“	27
Von Jürgen Kreuzroither	
Falsche Erinnerungen in Bogotá	29
Von Gerhard Drekonja-Kornat	
Kurznachrichten	32
Guatemalas widersprüchliche Wirklichkeit Interview mit Arnoldo Gálvez Suárez	34
Von Ralf Leonhard	
Buchbesprechungen	35
Offenlegung	38
Splitter, Termine	39



BEWEGUNG(EN) IM AUFBRUCH

Die neu entstandenen „Widerstandsversammlungen“ organisieren sich.

Im Anschluss an den Backlash gegen die in Verfall geratenen linken Regierungen zeichnet sich in Lateinamerika eine neuerliche Wende ab, die manche als „Revolte von unten“ bezeichnen. Die Hauptakteure in dieser neuen Phase sind die bereits aus der Geschichte des vorigen Jahrhunderts bekannten sozialen Bewegungen unterschiedlicher Provenienz und Zielsetzung, die sich im Rahmen von so genannten *Asambleas de Resistencias* (Widerstandsversammlungen) bemühen, eine Art Gegenhegemonie gegen die politisch-militärische Phalanx der Rechtsregierungen zu bilden.

Von Leo Gabriel

Während progressive Politologen wie Alberto Acosta, Emir Sader und Ulrich Brand als eine der wesentlichen Ursachen für den Rückschlag der linken Regierungen in Lateinamerika die Tatsache erwähnen, dass es ihnen nicht gelungen ist, das neoliberale System in seinen Grundfesten zu erschüttern und zu verändern, ist die Geschichte im wahrsten Sinn des Wortes „weiter“ gegangen. Nämlich in Form einer Bewusstseinsweiterung, die den politischen Horizont nicht nur auf die Frage beschränkt, wer die nächsten Wahlen gewinnen und wie das nächste Parlament aussehen wird, sondern eine ganze Kette von gesellschaftlichen Abläufen ins Zentrum der Überlegungen holt, welche die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner von Anfang an in das politische Handeln mit einbezieht.

Oder umgekehrt formuliert: Jedes individuelle oder kollektive Handeln, das wirklich Geschichte machen will, muss sich als Teil eines Weltgeschehens begreifen, welches – über die konkreten Zielsetzungen hinaus – das derzeit herrschende System in Frage stellt. Das heißt zum Beispiel, wenn die Indígenas, die Campesinos oder die MenschenrechtsaktivistInnen für die Rechte ihrer Mitbrüder und -schwestern kämpfen, setzen sie sich gleichzeitig für die Abschaffung des kapitalistischen Systems ein – allerdings nur dann, wenn sie sich mit den anderen Kämpfen im Rahmen einer neuen, alternativen Globalisierung solidarisieren. In diesem Sinne ist die internationale Solidarität mehr als ein moralisierendes Lippenbekenntnis; sie ist ein notwendiger Bestandteil einer alles und alle umfassenden Strategie.

Die Demokratiefalle

Betrachtet man das Geschehen der letzten 15 Jahre aus diesem Blickwinkel, wer-

den die Fehler und Schwächen der linken Parteien besonders deutlich. Ob es sich um die brasilianische Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores*, PT), die Venezolanische PSUV (*Partido Socialista Unido de Venezuela*) oder die aus den ehemaligen Guerillabewegungen hervorgegangenen zentralamerikanischen *Frentes* (Sandinista und Farabundo Martí) handelt: Sie alle haben in dem Maße versagt, als sie vom Gefüge nationalstaatlicher Institutionen so lange absorbiert wurden, bis die milliardenschweren Zirkusdirektoren der modernen Demokratien beschlossen, diesem roten Spuk ein Ende zu bereiten, indem sie die diesem System innewohnende Korruption mit allen ihnen zu Verfügung stehenden Mitteln der Massenkommunikation zum Thema machten und die linken Parteien dafür an den Pranger stellten.

Dabei wird oft vergessen, dass alle diese Parteien und ParteiführerInnen aus den so genannten sozialen Bewegungen der 1980er und 1990er Jahre hervorgegangen sind und den steinigen Weg des alltäglichen politischen Überlebenskampfes am eigenen Leib zu spüren bekommen hatten. Und dann kam der Tag, an dem die rosarot eingefärbten Parlamentarier ihre Gewerkschafts-, Bauern- und Indígena-Organisationen wie ein abgetragenes Hemd auszogen, als wären diese bloß Teil einer ruhmreichen Vorgeschichte und hätten nichts mehr mit der so genannten Realpolitik zu tun.

Aber auch die Aktivistinnen und AktivistInnen der politischen Linksparteien sind müde geworden. Viele von ihnen haben sich, sofern sie nicht im Staatssystem aufgegangen sind, auf ihr Altenteil oder ins Familienleben zurückgezogen. Es dauerte nicht lange, bis wieder jene aus dem Klub der Superreichen das Zepter übernahmen,

denen der Umgang mit den Strukturen der Macht bereits in die Wiege gelegt worden war.

Aber nicht nur das: Viele von den neu-reichen politischen Familien – Argentiniens Mauricio Macri, Brasiliens Michel Temer, Juan Orlando Hernández in Honduras, Enrique Peña Nieto in Mexiko – machen sogar aus ihrem Umgang mit dem organisierten Verbrechen kein Hehl mehr. Und wenn es da und dort Widerstand gibt, rücken im Namen der Terrorismusbekämpfung schnell auch einmal die Polizei und das Militär an ihre Seite, um diesen im Keim zu ersticken.

Globaler Widerstand mit bäuerlichen Wurzeln

Hat sich also in ganz Lateinamerika in der Ära Trump wieder das „business as usual“ durchgesetzt? Wird man wieder eine ganze Generation warten müssen, bis sich das ganze Spektakel wiederholt?

Gerade einige der stärksten Organisationen in der seit 2001 bestehenden Vernetzungsinstanz des Weltsozialforums haben diese Frage mit einem eindeutigen NEIN beantwortet. Sie sind der Auffassung, dass es in Zeiten wie diesen, in denen im Namen der Demokratie, der Freiheit und manchmal sogar der Menschenrechte der Militarisierung und Versklavung von ganzen Völkern Vorschub geleistet wird, es nicht genüge, das Bewusstsein der Menschen zu stärken und den interkulturellen Dialog zu fördern. Es reiche auch nicht aus, im Zeitalter des transnationalen Rohstoffbooms (Stichwort Extraktivismus), des Klimawandels und des extremen Auseinanderklaffens von Arm und Reich einige Sozialprojekte im nationalstaatlichen Bereich zu verwirklichen, während die Welt zusehends von einigen wenigen Großkonzernen beherrscht wird.

Es ist bedeutungsvoll, dass der weltweite Aufschrei gegen das soziale Unrecht, der von den Machthabern auf die eine oder andere Weise erstickt wird, ausgerechnet von jener Organisation ausgegangen ist, die mit Recht als die größte Nichtregierungsorganisation der Welt bezeichnet wird, nämlich *La Vía Campesina*. Dieser weltweite Zusammenschluss von Bauernorganisationen, die gegen die Genmani-

pulation und für die Ernährungssouveränität sowie eine solidarische, auf Kooperation und nicht auf Konkurrenz beruhende Wirtschaft eintreten, wurde bereits in den 1970er Jahren von den Landlosen in Brasilien gegründet und steht heute in vielen Teilen Afrikas, Indiens und auf den Philippinen an der vordersten Front der sozialen Kämpfe und politischen Auseinandersetzungen.

Diese und viele andere Menschenrechts-, Umwelt-, Migranten- und ArbeiterInnenorganisationen, aber auch viele AktivistInnen der Antikorruptions- und Friedensbewegung haben seit etwa einem Jahr in Lateinamerika, Afrika, Asien und Europa die Idee eines horizontalen Zusammenschlusses in Form der so genannten *Asambleas de Resistencias* (Widerstandsversammlungen) entwickelt. Im Unterschied zu den Sozialforen, aus denen sie teilweise hervorgegangen sind, begnügen sich diese Versammlungen jedoch nicht mit einem relativ unverbindlichen Gedankenaustausch, sondern verstehen sich als Akteure in einem weltumspannenden Zusammenhang.

Organisation einer weltweiten Kultur des Widerstands

In einem 25 Seiten langen Papier fassen die Initiatoren dieser regionalen Versammlungen, die letztendlich zu einem die ganze Welt erfassenden, globalen Akteur werden sollen, die Zielsetzung folgendermaßen zusammen:

„Die Menschheit ist heute mit der dringenden Herausforderung konfrontiert, die Arbeiterklassen und die Völker dieser Welt beim Aufbau einer gemeinsamen Plattform zu vereinen – für eine gerechte, gleichberechtigte und von jeder Unterdrückung befreite Welt. Dieses Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn die Bevölkerung zum Hauptakteur dieses Prozesses wird.“



Foto: Leo Gabriel

Jänner 2013: ElektrizitätsarbeiterInnen-Protest in Mexiko Stadt

Der grundsätzliche Charakter dieses Prozesses soll in einer weltweiten Versammlung bekräftigt werden. Wir sind gerade dabei, eine Aktionseinheit um eine Plattform zu bilden, die antiimperialistisch, antikapitalistisch, antikolonial, antipatriarchal, antirassistisch und antimilitaristisch ist.“

Bisher haben solche *Asambleas* auf regionaler Ebene stattgefunden: in Senegal (für Ostafrika, 2015), Sambia (2016), Tunesien (April 2017), Argentinien (Dezember 2017) und Barcelona (Januar 2018); für die Koordination im südasiatischen Teil der Welt ist Nepal und für Südostasien Thailand verantwortlich. Alle diese Elemente sollen dann in einer Weltversammlung im Spätsommer 2018 in Caracas zusammenggeführt werden, während in Me-

xiko im November dieses Jahres das Weltsozialforum der MigrantInnen stattfinden soll.

Aber auch beim nächsten Weltsozialforum, das vom 13. bis 17. März dieses Jahres in Salvador de Bahia, Brasilien, tagen wird, soll erstmals eine solche „Widerstandsversammlung“, die dort *Asamblea dos Povos* heißen wird, erprobt werden. Überhaupt ist die Auswahl des Austragungsortes des diesjährigen Weltsozialforums auf den Umstand zurückzuführen, dass sich diese Großstadt, deren Einwohner in überwiegender Mehrzahl *Afrodescendentes*, also Nachfahren ehemaliger Sklaven aus Afrika sind, im Unterschied zu Rio de Janeiro oder São Paulo auch bei den ersten Gemeinderatswahlen nach dem „Putsch“ Michel Temers im August 2016 als Bastion des linken *Partido dos Trabalhadores* behaupten konnte.

Globale Strategien im nationalstaatlichen Kontext

Natürlich gibt es zwischen den einzelnen Regionen unterschiedliche Schwerpunktsetzungen, die sich meist als Antwort auf

die Machenschaften des politischen Gegners artikulieren. So fand eine dieser Versammlungen – gefolgt von einem Generalstreik – am 17. Dezember 2017 in Argentinien statt, wo sie anlässlich des dort tagenden WTO-Gipfels gegen den weltweit diskutierten Investitionsschutz protestierte. In Mexiko wiederum soll der von Donald Trump geplante Bau einer Mauer von der internationalen Zivilgesellschaft torpediert werden. In Mexiko und Brasilien hat es sich im Übrigen so ergeben, dass die Aufbruchsstimmung auf den Straßen der großen Städte 2018 auf ein Wahljahr treffen wird, in dem den Kandidaten der Linken, Manuel López Obrador und Luiz Inácio „Lula“ da Silva, den Meinungsfragen zufolge große Chancen eingeräumt werden, sollten diese nicht wieder Wahl-

DAS JAHR DER BEWEGUNG(EN)

2017 war für **Argentinien** ein Jahr der politischen, sozialen und ökonomischen Auseinandersetzungen in den unterschiedlichsten Bereichen. Der Konsolidierung des neoliberalen Regierungsmodells von Präsident Mauricio Macri setzte ein großer Teil der argentinischen Gesellschaft wiederholt Widerstand entgegen.

Von Salomé Grunblatt

Vom Ergebnis der Parlamentswahlen im Oktober 2017 zur Mitte seiner Amtszeit konnte sich Macri bestätigt fühlen. Seine Allianz *Cambiamos* (Lasst uns verändern) legte zu. Die Stärkung der Regierung und ihres politischen Kurses ist nicht ohne die breite Unterstützung auf unterschiedlichsten politischen Ebenen zu verstehen: So stimmten die Provinzgouverneure den politischen Maßnahmen der Regierung zu, um nicht die Einnahmen für ihre Provinzen und damit Ihre Position in der Bevölkerung zu verlieren.

Opposition, Gewerkschaften, aber auch sozialen Organisationen gelang es, Räume für neue Formen des Widerstands, vor allem in der urbanen Bevölkerung, zu schaffen. Dass die meisten dieselben Ursachen für Kritik sahen, führte aber nicht zur Gründung einer organisierten Oppositionsfront. Da die Bewegungen oft dezentralisiert und selbstorganisiert agieren, gelang es nicht, gemeinsame wirkungsvolle Strategien zu entwickeln.

Die sozialen Akteure in Bewegung

Der öffentliche Raum wurde aber von bereits etablierten Organisationen des Kirchnerismus, allen voran *La Cámpora* und *Frente de Izquierda de los Trabajadores* (Linksfront der ArbeiterInnen) dominiert. Daneben konnte das sozial und national ausgerichtete *Movimiento Evita* (Evita-Bewegung) mit Hilfe der CTEP¹ öffentlich in Erscheinung treten. Abgeordnete dieser Gruppierungen waren bei Straßenprotesten oft Ziel der Repression durch die Sicherheitskräfte.

In der Führungsetage des Gewerkschaftsdachverbandes CGT, die schon in Konfrontation zum oppositionellen Gewerkschaftsflügel steht (insbesondere *Corriente Federal de los Trabajadores* und

CTA¹), wuchsen Spannungen. Obwohl der Dachverband sich gegenüber der Regierung flexibel und versöhnlich gezeigt hat, ist der Druck der Basis zu groß geworden und hat schlussendlich zur Ausrufung eines Generalstreiks am 18. Dezember 2017 geführt.

Die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen mobilisieren seit Monaten wegen des alarmierenden Anstiegs von Entlassungen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor sowie der Verarmung der Arbeiterklasse durch Inflation und Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und warnen vor einer Verschlechterung durch die Arbeitsmarktreform Macris. Die traditionelleren sozialen Organisationen wie CTEP, *Barrio de Pie* oder *Corriente Clasista y Combativa* (CCC) haben, als Ausdruck des Protests gegen Sozialministerin Carolina Stanley, Demonstrationen mit großer Beteiligung und Straßenblockaden in der Hauptstadt organisiert. Volksküchen und brennende Autoreifen prägten in den letzten Monaten das Stadtbild von Buenos Aires und wurden, wie nicht anders zu erwarten, in den Medien auf ein „Verkehrschao“ reduziert. Die Forderungen nach der Anpassung der Sozial- und Beschäftigungspläne an die ökonomischen Realitäten des Landes wurden kaum thematisiert.

Neu an den Mobilisierungen des zweiten Halbjahres 2017 ist die Präsenz von unterschiedlichsten Bürgerinnen und Bürgern auf den Straßen Argentiniens, die keiner formalen Organisation zuzuordnen sind und aus unterschiedlichsten Motiven protestieren. Es sind Jugendliche, Erwachsene, Pensionisten, Frauen, Männer und Familien. Das zeigt, wie stark die Unzufriedenheit geworden ist, selbst wenn die Proteste nicht von der Mehrheit der städtischen Bevölkerung getragen werden.

Von Maldonado zu den Reformen

Die Mobilisierungskraft der Bevölkerung zeigte sich auch beim Marsch gegen das Gesetz 2x1, das auch in Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Halbierung der Haftstrafen erlaubt. Der Oberste Gerichtshof und selbst der Sekretär für Menschenrechte Claudio Avruj hatten dem zugestimmt. Das Verschwinden und der Tod des Aktivisten Santiago Maldonado nach von Sicherheitsministerin

Patricia Bullrich angeordneten Repressionen der Streitkräfte gegen eine Gemeinde der Mapuche im Süden Argentiniens haben zu neuen Formen des Protests geführt. Unterstützt von einer Verleumdungskampagne einflussreicher Medien rechtfertigte die Regierung nicht nur die Vorgehensweise der Offiziere der Gendarmeria, sondern verzögerte auch gezielt die Untersuchungen im Fall Maldonado, was weitere Proteste zur Folge hatte (siehe auch Seite 26).

Straßenproteste, initiiert von Maldonados Familie, insbesondere seinem Bruder Sergio, und unterstützt von Menschenrechtsorganisationen wie *Madres de la Plaza de Mayo*, H.I.J.O.S. und APDH¹, bewirkten das „Aufleben lassen von Santiago“ und forderten die Bearbeitung des Falles. Bei diesen Protesten kam es zum Schulterschluss der bereits erwähnten Organisationen mit der politischen Linken und peronistisch-kirchneristischen Gruppen wie CTEP und *Tupac Amaru*. Auch die sozialen Medien, die Unorganisierte auf die Straße brachten, spielten eine wichtige Rolle. Manuel Castell beschreibt dieses Phänomen als „Soziale Bewegungen im Netz“ und geht davon aus, dass durch ein spezielles Ereignis hervorgerufene starke Emotionen den Individuen die Überwindung der eigenen Ängste erlaubt. Sie werden zu aktiven, die politische Macht in Frage stellenden BürgerInnen, die mögliche persönliche Konsequenzen in den Hintergrund stellen.

Ähnliches beobachtete man bei den massiven Protesten auf den Straßen von Buenos Aires und deren gewaltvoller Niederschlagung durch die Streitkräfte, als es um die Verabschiedung der Pensionsreform durch den Kongress ging.

Legitimes Gewaltmonopol?

Die Pensionsreform beseitigt die unter Cristina Fernández de Kirchner beschlossene automatische halbjährliche Pensionserhöhung. Zukünftige Erhöhungen sollen außerdem weitaus geringer ausfallen als nach der bisher geltenden Berechnungsgrundlage.

Diese Pensionsreform traf einen empfindlichen Nerv der argentinischen Gesellschaft, obwohl es Macri und sein Öffentlichkeitsapparat geschafft hatten, das Bild eines durch die ineffiziente Wirtschaftspo-



Protest gegen die Pensionsreform am 18.12.2017 in Buenos Aires

litik der letzten Regierung heruntergewirtschafteten Staates zu verbreiten.

An den Protesten gegen die Gesetzesvorlage beteiligten sich auch Oppositionspolitiker, die den Tränengasattacken der Gendarmerie ausgeliefert waren. Die Plenarsitzung vom 14. Dezember 2017 musste abgebrochen werden, während die Gendarmeria den Widerstand mit unverhältnismäßiger Gewalt zu zerschlagen versuchte. Sie traf jeden, der vor Ort war: von der Abgeordneten Mayra Mendoza, die Opfer einer Pfefferspray-Angriffs wurde, als sie versuchte die Gendarmen zurückzuhalten, bis zur Hetzjagd auf gewöhnliche BürgerInnen, die nicht an den Demonstrationen beteiligt waren, aber vielfach durch Spezialkameras registriert wurden.

Bei der Wiederholung der Debatte am 18. Dezember verzichtete die Regierung zwar auf den Einsatz von Gendarmeria und

Stadtpolizei. Dennoch blieben Repression, Strafverfolgung und Inhaftierung von Demonstranten nicht aus. Die unmittelbar bevorstehende Verabschiedung des Gesetzes, die gewaltsame Unterdrückung von Protest, die spontane Organisation von Demonstrationen, aber auch deren Praxis lassen alte Erinnerungen an die Tage des 19. und 20. Dezember 2001 wach werden: An den wichtigsten Straßenecken versammeln sich kurz vor dem Mittagessen Gruppen von Personen, die Volksküchen installieren und lärmzeugende Gegenstände mit sich führen, mit denen sie auf sich aufmerksam machen und die Ablehnung der gegenwärtigen Politik zum Ausdruck bringen.

Obwohl es zum Zeitpunkt der Demonstration keine Rolle spielt, ob die Demonstranten einer politischen oder sozialen Organisation angehören, haben die Medien

damit begonnen, einige verhaftete Aktivisten zu stigmatisieren und als „Aufständische“ zu kriminalisieren. In einem angeblich demokratischen Staat, mit verfassungsrechtlich verankertem Demonstrationsrecht, ist das unerklärlich.

Die soziale Bewegung, die kommt

Solange die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung fortschreiten und das Wohlergehen und die Interessen einer Mehrheit der Bevölkerung gefährden, werden sich die sozialen Bewegungen in Argentinien mit neuen Herausforderungen konfrontiert sehen. Der wunde Punkt ist ohne Zweifel die Pensionsreform. Aber auch die auf März verschobene Entscheidung über die Reform des Arbeitsrechts droht konfliktreich zu werden.

Die Unterdrückung ließ nicht lange auf sich warten: In einem erwartbaren *modus operandi* begann die Regierung nun mit einer Hexenjagd auf die Anführer der Gewerkschaften, denen sie illegale Bereicherung und Korruption vorwirft. Arbeitsrechtsanwälte werden als Mafiosi verunglimpft. Auf diese Art und Weise versucht der Macrismus, wie er es in einigen Bereichen der politischen Klasse geschafft hat, die *gordos* (Einflussreichen) zu disziplinieren, um die Reformen mit möglichst geringem Widerstand verabschieden zu können. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die Straßen bald wieder in ein Meer von (Frei-) Willigen verwandeln werden, die die Willkür des Staates bremsen wollen.■

Die Autorin hat an der Universität von Buenos Aires Soziologie studiert. Übersetzung: Judith Kutnjak

¹ siehe Glossar

GLOSSAR

Alianza Cambiemos („Lasst uns verändern“): politisches Bündnis von Präsident Mauricio Macri

La Cámpora: 2003 gegründete politische Jugendorganisation in der Tradition des Kirchnerismus

Frente de Izquierda de los Trabajadores (Linksfront der ArbeiterInnen): Koalition mit trotzkistischer Ausrichtung

Movimiento Evita: politische Bewegung in der Tradition des Peronismus bzw. Kirchnerismus

CTEP – Confederación de Trabajadores de la Economía Popular: Verband

der ArbeiterInnen der unregulierten, prekären Ökonomie

CGT – Confederación General del Trabajo: Dachverband der Gewerkschaften

Corriente Federal del los Trabajadores (Föderale Strömung der ArbeiterInnen): 2006 formierte junge oppositionelle Gewerkschaft

CTA – Central de Trabajadores de la Argentina (Zentrale der ArbeiterInnen Argentiniens): oppositionelle Gewerkschaft

CCC – Corriente Clasista y Combativa: 1994 gegründete regierungskritische politisch-gewerkschaftliche Gruppierung

Madres de Plaza de Mayo (Mütter vom Mai-Platz): Menschenrechtsorganisation, gegründet von Frauen, deren Kinder während der Diktatur verschwunden sind

H.I.J.O.S – Hijos por la Identidad y la Justicia contra el Olvido y el Silencio (Kinder für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Schweigen): Menschenrechtsorganisation

APDH – Asamblea Permanente por los Derechos Humanos: ständige Vertretung Argentinien für Menschenrechte

CIDH – Comisión Interamericana de Derechos Humanos: Interamerikanische Menschenrechtskommission

Túpac Amaru: vor allem in der Provinz Jujuy präsenste politische Organisation. Ihre Anführerin Milagro Sala ist weiterhin unter Hausarrest. UNO und CIDH haben sie zur politischen Gefangenen erklärt.

Foto: David Fernández

CHILE IST NICHT GERETTET

Der rechtsgerichtete Geschäftsmann Sebastián Piñera ist nach seinem Sieg in der Stichwahl vom 17. Dezember erneut Präsident von Chile. Doch eine neue linke Bewegung lässt auf Dynamik im politischen Gefüge des Landes hoffen.

Von Marianne González Le Saux

„Chile ist gerettet“, „Chile ist gerettet!“ schrie die Menge, als der rechtsgerichtete Milliardär Sebastián Piñera am 17. Dezember, soeben zum Sieger der Präsidentschaftswahlen erklärt, im Zentrum Santiagos seine Rede hielt. Als Piñera 2010 zum ersten Mal triumphierte, war er – nach knapp zwei Jahrzehnten, in denen Mitte-links-Regierungen geherrscht hatten – der erste Vertreter der Rechten, der zum Präsidenten gewählt wurde. Seine erste Amtszeit (2010–2014), die im Zeichen wachsender sozialer Mobilisierungen und Opposition stand, ging mit niedrigen Zustimmungsraten und einer Reihe von Korruptionsfällen zu Ende, die noch heute untersucht werden.

Dennoch gewann er die Stichwahl mit über 54,6% der Stimmen klar. Sein Gegner, der Journalist Alejandro Guillier, von der bisherigen Präsidentin Michelle Bachelet unterstützt, lag mit gerade 45,4% der Stimmen deutlich zurück. Piñeras Allianz mit der extremen Rechten, die im ersten Durchgang auf beachtliche 7,9% Zustimmung gekommen war, machte seinen Sieg möglich. Dazu beigetragen haben auch seine Versprechen wirtschaftlichen Wachstums und einer entschlossenen „Bekämpfung des Verbrechens“, durch die er die breite Unzufriedenheit gegenüber dem politischen Establishment der linken Mitte auf seine Mühlen lenken konnte. Dessen Ansehen hatte auch massiv unter Korruptionsskandalen gelitten.

Wovor genau ist „Chile gerettet“? Welcher drohenden Gefahr entronnen zu sein waren Piñeras Anhänger so erleichtert? Die Antwort liegt zum Teil im Begriffskonstrukt „Chilezuela“, der Befürchtung, Chile würde sich im Fall des Sieges von Alejandro Guillier in Venezuela verwandeln. In den Wochen vor der Stichwahl geisterte dieser Begriff unaufhörlich durch die sozialen Medien und die von der Rechten kontrollierten Tageszeitungen. Ange-

sichts eines Kandidaten, der alles andere war als ein radikaler Linker und in dessen Kampagne es darum ging, das bescheidene Reformtempo der Mitte-links-Regierung von Michelle Bachelet beizubehalten, erschien diese Angstmasche als absurd.

Die behauptete Gefahr einer linken Radikalisierung wurzelte bis zu einem gewissen Grad in den überraschenden Ergebnissen der ersten Runde der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 19. November, in denen sich der Aufstieg einer neuen linken Kraft spiegelte, des *Frente Amplio* (Breite Front). Dieses neuartige Bündnis von 13 politischen Bewegungen sieht sich als eine radikalere Alternative zur traditionellen linken Mitte, die das Land seit der Rückkehr zur Demokratie 1990 (von 2010–2014 abgesehen) regiert hat.

Vom linken Etappensieg ...

Die Ergebnisse des *Frente Amplio* widerlegten alle Wahlprognosen, in denen diese Bewegung massiv unterschätzt worden war. Mit ungläubigem Staunen begrüßten die Frente-AnhängerInnen die Ergebnisse des ersten Wahlgangs: Beatriz Sánchez, ihre Kandidatin, erzielte 20,3% der Stimmen, nur zwei Punkte hinter Alejandro Guillier. Zusätzlich konnte die neue Linkskoalition die Zahl ihrer Parlamentssitze von drei auf 20 steigern und gewann einen Sitz im Senat. Das Ergebnis war nur dank des kürzlichen Wechsels von einem Mehrheits- zu einem proportionalen Wahlrecht möglich. Im bisher auf zwei große Blöcke aufgeteilten Kongress ist nun eine dritte Kraft im Spiel, die auch einen Generationswechsel verkörpert: Nur vier ihrer 20 Abgeordneten sind älter als 40 Jahre. Sieben von ihnen sind Frauen und 16 Politneulinge. Ihr beruflicher Hintergrund ist typisch für die Mittelklasse – alle verfügen über einen universitären Abschluss –, zwei sind Künstler.

Angesichts der Ergebnisse des ersten Wahlgangs war Alejandro Guillier in der Stichwahl auf die Frente-WählerInnen angewiesen. Seine Annäherung an die junge Koalition war aber zwiespältig, der Ton schwankte zwischen dem Versuch der Verführung und der frustrierten Schelte eines Vaters gegenüber einem rebellischen Teenager. Zunächst griff Guilliers Kampagne einige der zentralen Forderungen

des *Frente Amplio* auf: strukturelle Reform des privatisierten Pensionssystems, Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems auf Kosten von privaten Versicherungen, kostenfreier Zugang zu öffentlichen Universitäten, Erlassung studentischer Schulden und Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung zur Ablöse der aktuellen Verfassung aus der Pinochetära. Es war diese Öffnung Guilliers gegenüber der Linken, die zur Angstkampagne der Rechten mit dem Schlagwort „Chilezuela“ geführt hat.

Guilliers Haltung zu diesen Programmpunkten war aber zwiespältig, und im Bemühen, die Radikalisierungsvorwürfe zu widerlegen, ging er in seinen Reden nicht über das hinaus, was diesbezüglich schon die Regierung Bachelet versprochen hatte. Für den *Frente Amplio* hieß das, sich mit partiellen und ungenügenden Reformen zufriedenzugeben, welche die neoliberale Logik nicht in Frage stellten.

Als die Organisationen und die Führung des *Frente Amplio* Guilliers halbherzige Avancen zurückwies, reagierte die Führung der traditionellen linken Mitte zunehmend frustriert und begann der jungen Koalition verantwortungsloses und unachgiebiges Verhalten vorzuwerfen und sie zu beschuldigen, damit die Rückkehr der Rechten an die Macht zu ermöglichen. Beim Versuch, die neue Linke zu überzeugen, bemühte die alte Linke die Dankbarkeit, welche die junge Generation der aktuellen politischen Führung dafür schulde, in einem demokratischen System zu leben, ebenso wie Bachelets progressives, wenn auch nicht perfektes Erbe.

Innerhalb des *Frente Amplio* war die Entscheidung über die Unterstützung von Guillier kompliziert. Einerseits war es klar, dass es dem Land schaden würde, die Rückkehr der Rechten an die Macht zu erlauben, vor allem hinsichtlich auf das Arbeitsrecht, das Netz der sozialen Sicherheit, die Einwanderungspolitik sowie sexuelle und reproduktive Rechte. Auch hätte eine mögliche Regierung Guillier dem *Frente Amplio* eine interessante politische Gelegenheit geboten: Guilliers Regierung hätte jeden Gesetzesvorschlag mit der neuen Koalition verhandeln müssen.

Andererseits bedrohte die Unterstützung von Guillier die Einheit und Identität der jungen Bewegung. Schließlich hatte

diese sich als Alternative zum korrupten und selbstgefälligen politischen Mittel-links-Establishment präsentiert, das in vielfacher Weise das neoliberale Vermächtnis der Diktatur fortgesetzt hat. Für viele war die Gefahr untragbar, dieses neue Projekt mit dem Schmutzwasser des alten politischen Spiels zu kontaminieren. Es gab endlose Debatten über das „kleinere Übel“ unter den UnterstützerInnen des *Frente Amplio*.

Die Furcht vor der Linken – dieser jüngeren, energischeren und weniger anpassungsbereiten Linken – trägt dazu bei, diese Wende zu verstehen, wie auch die erneute Mobilisierung des rechten Wählerpotenzials, das sich in erhöhter Wahlbeteiligung und dem Gewinn von 850.000 neuen Stimmen niederschlug. Paradoxerweise wurde die siegreiche Rechte auch in Richtung Mitte getrieben: In seinem Versuch, nicht-ideologische WählerInnen der

Dennoch wird der *Frente* in den nächsten vier Jahren lernen müssen, die unvermeidlichen internen Konflikte zwischen politischer Identität und politischem Pragmatismus besser zu lösen, als es in dieser Stichwahl der Fall war.

Noch wichtiger: Die neue Linke darf ihren Blick nicht durch ihre neuen schwindelerregenden Aussichten trüben lassen, da sie noch weit davon entfernt ist, eine von der chilenischen Gesellschaft massiv unter-

stützte hegemonale Kraft zu sein. Auf nationaler Ebene haben über 52% der Wahlberechtigten – die meisten von ihnen in armen Vierteln – sich der Wahl enthalten. In Vitacura hingegen, Santiagos reichstem Bezirk und Bastion der Rechten, lag die Wahlbeteiligung bei 73%. Demgegenüber haben in La Pintana, Santiagos ärmstem Bezirk, einer traditionel-

len Hochburg der Linken, nur 37% ihre Stimme abgegeben.

Diese große Kluft in der Wahlbeteiligung weist auf die wichtigste Herausforderung für den *Frente Amplio* in den kommenden Jahren hin: Jene Mehrheit der ChilenInnen aus niedrigen sozialen Schichten einzubinden, die Jahrzehnte von Diktatur und deren neoliberales Vermächtnis während des Übergangs zur Demokratie gleichgültig oder feindselig gegenüber politischer Teilnahme – und sei es auch nur auf Wahlebene – werden ließen. In anderen Worten: *Frente Amplio* muss mit den großen Mehrheiten des Landes arbeiten, um gemeinsam einen alternativen Weg zu erkunden, zu finden und zu ebnen, auf dem Chile eines Tages vielleicht gerettet werden kann. ■

Marianne González Le Saux ist Ph.D.-Kandidatin im Fach Geschichte an der Columbia University und Assistenzprofessorin in Rechtsgeschichte an der Alberto Hurtado-Universität in Santiago de Chile. Sie bedankt sich bei Alyssa Bowen, Denisa Jashori, Javier Puente und Josh Savala für ihre Kommentare zu diesem Text. Erstveröffentlicht auf www.nacla.org, Übersetzung: Hermann Klosius



Foto: duna.cl

Die offizielle Erklärung des *Frente Amplio* zu Guilliers Kandidatur war schließlich sehr zwiespältig: Sie erkannte die Gefahr einer neuen rechten Regierung an, enthielt sich aber einer formellen Unterstützung, da er „keine Verfügung“ über die Stimmen seiner WählerInnen habe. Die Weigerung der Koalition, Stellung zu beziehen, wurde noch verwirrender, als einige ihrer namhaftesten öffentlichen VertreterInnen in der Woche vor der Wahl ihre Unterstützung für Guillier erklärten.

... zum rechten Triumph

Sobald die vernichtenden Resultate zugunsten von Sebastián Piñera bekannt wurden, wurde dem *Frente Amplio* rasch die Schuld für Guilliers Niederlage gegeben. Zugleich machte das Ergebnis viele in beiden progressiven Lagern ratlos: Wie ist eine Wählerschaft zu verstehen, die sich zuerst für eine der wichtigsten Erneuerungen in den letzten 30 Jahren chilenischer Politik entschied, um nur drei Wochen später kehrt zu machen und einen für eine zweite Amtszeit kandidierenden Konservativen zu wählen?

Mitte anzusprechen, übernahm Piñera schließlich einen der populistischen Aspekte aus dem Programm der Linken: die staatlich subventionierte Befreiung von Studiengebühren.

Bis zu einem gewissen Grad ist somit der Erfolg der Rechten – und die neuen Bedingungen, unter denen sie regieren wird – als direkte Spiegelung des Aufstiegs der neuen Linken in Gestalt des *Frente Amplio* zu verstehen. Diese neue Bewegung hat, über ihre eigenen Erwartungen hinaus, den ersten Schritt dazu getan, ein Gravitationszentrum in Chiles politischer Landkarte zu werden, und sie prägt bereits die Strategien und den Diskurs der beiden traditionellen Koalitionen.

Künftige Aufgaben

Die politische Rolle des *Frente Amplio* in der aktuellen Rechtswende ist klar: Er wird im Kongress eine Oppositionsrolle spielen. Zugleich wird er die Straßenmobilisierungen gegen Piñeras bevorstehende Versuche unterstützen, unter Bachelet erzielte, wenn auch begrenzte progressive Errungenschaften rückgängig zu machen.

NICHT EINE WENIGER, NICHT EINE TOTE MEHR

Massiver Widerstand von Frauen regt sich. Nicht erst seit in den USA und Europa immer mehr Frauen durch die #MeToo-Kampagne ihre Erfahrungen mit männlicher Gewalt, sexuellen Übergriffen und ihrer eigenen Ohnmacht öffentlich bekannt gemacht haben. Bei *Ni Una Menos* geht es nicht nur um die Würde und die Wertschätzung von Frauen im Berufsalltag, sondern um die Frage von Leben und Tod aller Frauen in allen Lebensbereichen.

Von Nela Perle

In Lateinamerika formiert sich seit Jahren unter dem Hashtag #NiUnaMenos (Nicht eine weniger) ein zorniger und lautstarker Protest von Frauen gegenüber der extremsten Form von Gewalt gegen Frauen, dem Femizid¹. Ein Phänomen, das – obwohl es meist innerhalb von Partnerschaften und Familien passiert – aufgrund des geschlechtsbezogenen Hintergrunds nicht nur ein „privates“ Problem ist, sondern ein massives gesellschaftspolitisches.

begann, hat sich innerhalb von zwei Jahren zu einem gut organisierten Netzwerk von AktivistInnen, PolitikerInnen, JournalistInnen, Frauenorganisationen, Forschungseinrichtungen und Medien weit über die Grenzen von Argentinien hinaus entwickelt (siehe auch *Ni Una Menos Austria* auf Seite 11).

Über soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook verbreitete sich #NiUnaMenos wie ein Lauffeuer und hat vor allem in Chile, Uruguay und Peru ähnlich Fuß

reicht. Wir akzeptieren dieses System von Gewalt und Akzeptanz von Gewalt nicht mehr“, welche die Frauen in der ganzen Region mobilisiert. Es ist eine Initiative von Frauen, die sich nicht mehr zu Opfern machen lassen wollen. Das Motto lautet, nicht mehr nur über die Frauenmorde berichten, sondern als Frauen und Bürgerinnen aktiv werden. Zeigen, dass alle Frauen (und sensibilisierte Männer) an einem Strang ziehen, männliche Gewalt öffentlich anprangern und vorantreiben, dass das Thema auf die politische Agenda gesetzt wird.

Auslöser für die ersten Proteste und Grundanliegen der Initiative war der Kampf gegen die tödliche Gewalt an Frauen, die in Lateinamerika weit verbreitet ist. Inzwischen gehen die Forderungen aber längst darüber hinaus: Die Aktionen von #NiUnaMenos richten sich gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen: sowohl gegen häusliche Gewalt oder Gewalt im öffentlichen Raum als auch jegliche Diskriminierung von Frauen, insbesondere auch von Lesben, Trans- und Queer-Frauen, fehlenden Zugang zu Gesundheitsversorgung und Verhütungsmitteln, gegen Abtreibungsverbote und Strukturen, die die wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit von Frauen von ihren Partnern, Vätern oder Vorgesetzten zementieren.

Warum eine Initiative wie #NiUnaMenos ausgerechnet in Lateinamerika entsteht und solche Wellen schlägt, ist mit Statistiken leicht zu erklären: In Argentinien wurde 2017 im Durchschnitt alle 18 Stunden eine Frau im Kontext ihres Frauseins ermordet, El Salvador und Guatemala führen mit bis zu zwölf Morden pro 100.000 Frauen im Jahr die weltweite Statistik seit Jahren an, und Ciudad Juárez in Mexiko hat seit den 1990er Jahren mit jährlich mehr als 300 Morden an Mädchen zwischen 13 und 25 Jahren, meist Maquila-Arbeiterinnen, traurige Berühmtheit erlangt. Die Mordserie wurde nie aufgeklärt und dauert bis heute an. Laut einer im Oktober 2016 veröffentlichten Statistik werden auf dem Kontinent täglich durchschnittlich zwölf Frauen umgebracht.

Erklären lässt sich die hohe Zahl an Gewalttaten mit der Wucht, mit der die traditionelle Macho-Kultur auf neue Frauenrollen prallt, mit fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven, die vor allem bei Männern



Tausende demonstrierten am 8. März 2017 in Buenos Aires

Die Bewegung #NiUnaMenos, die im Juni 2015 in Argentinien als Reaktion auf eine Serie brutaler Frauenmorde und die nur unzureichende Strafverfolgung der jeweiligen Täter von einigen Journalistinnen ins Leben gerufen wurde, zählt heute mit hunderttausenden AktivistInnen und zahlreichen unterstützenden Organisationen in praktisch allen lateinamerikanischen Ländern zu einer der massivsten und bekanntesten Fraueninitiativen weltweit. Was am 3. Juni 2015 mit einer beeindruckenden Mobilisierung von mehr als einer halben Million Menschen in Argentinien Städten

gefasst wie in Argentinien. Aber auch Frauenorganisationen in Zentralamerika, die sich zum Teil schon seit vielen Jahren gegen Gewalt gegen Frauen engagieren, erhielten durch die Initiative massiven Aufwind und wurden Teil der Bewegung. Während die Initiative #MeToo Frauen die Möglichkeit gibt, das Tabu, Opfer männlicher Gewalt zu sein, aufzubrechen und sich als Opfer zu outen, geht #NiUnaMenos einen Schritt weiter: Es ist ein Aufschrei im Namen jener Frauen, die sich nicht mehr wehren können, aber es ist vor allem die Botschaft: „Nicht mit uns! Es

verstärkt zu Aggression gegenüber ihren Partnerinnen führen, wenn diese erwerbstätig sind und sich Abhängigkeitsverhältnisse verschieben, und mit der zunehmenden Gewaltbereitschaft, die durch das dicht gewobene Netz von organisiertem Verbrechen entsteht. Obwohl sich in den letzten Jahren teilweise ein neues Bewusstsein entwickelt und Verharmlosungen wie „Mord aus Leidenschaft“ immer schärfer kritisiert werden, ändern sich die gesetzlichen Grundlagen, die den Schutz von Frauen, gründliche Ermittlungen von Tatbeständen und die angemessene Bestrafung von Tätern gewährleisten, nur langsam.

Argentiniens Parlament beschloss Ende 2012, das Strafgesetzbuch zu ändern und Femizid indirekt als verschärfenden Tatbestand aufzunehmen: Wenn ein Mann eine Frau tötet und es sich um geschlechtsbezogene Gewalt handelt, muss eine lebenslange Haftstrafe verhängt werden. Die großzügige Auslegung des Begriffs „geschlechtsbezogene Gewalt“ durch die Richter lässt jedoch nach wie vor Täter mit verhältnismäßig geringen Strafen davonkommen. Die milden Urteile und das Wegschauen der Polizei- und JustizbeamtInnen bei Ermittlungen waren 2015 schlussendlich auch einer der Gründe für die Formierung von #NiUnaMenos in Argentinien.

Angesichts der traurigen Realität in ihren Ländern halten Aktivistinnen von #NiUnaMenos nun nicht mehr länger still. Massendemonstrationen wie in Chile, wo im Oktober 2016 80.000 Menschen schwarz gekleidet auf die Straße gingen, oder regelmäßige Protestmärsche im Zentrum von Buenos Aires, die auf das Anliegen von #NiUnaMenos aufmerksam machen, machen Schule. In mehr als 100 Facebook-Gruppen organisieren und mobilisieren sich lokale und nationale #NiUnaMenos-Gruppen, bieten Hilfe für betroffene Frauen an und tauschen Information und Erfahrungen über den Umgang mit Gewalt, aber auch über das Organisieren von lustvollen und effektiven Aktionen aus. Und so werden auch diesen 8. März wieder hunderttausende Frauen in verschiedensten Formen lautstark einfordern, was eigentlich selbstverständlich sein sollte: *NiUnaMenos, ¡ni una muerta más!* („Nicht eine weniger, nicht eine Tote mehr!“ – Susana Chávez Castillo, mexikanische Dichterin und Aktivistin, ermordet 2011, weil sie für Frauenrechte kämpfte).■

¹ auch „Feminizid“

NI UNA MENOS AUSTRIA

Oder: Wo Migration, Aktivismus und Empowerment zusammentreffen

Von Natalia Hurst

Frauen aus aller Welt sind letztes Jahr auf die Straße gegangen und haben zu einem internationalen Streik aufgerufen, weil sie nicht länger schweigen oder wegschauen wollen. Heute ist vielen Menschen klar: Es ist notwendig, ein entschlossenes Engagement zu fordern, weil geschlechtsspezifische Gewalt eine Menschenrechtsfrage ist.

Von Jahr zu Jahr wächst die Solidarität zwischen Frauen und das Bedürfnis der gesamten Gesellschaft, sich gegen sexualisierte Gewalt zu engagieren. Immer mehr Opfer von Gewalt werden ermutigt, ihr Schicksal öffentlich zu machen und Quellen, Ausreden und Vertuschungen der Missbrauchskultur aufzudecken. Denn diese Missbrauchskultur respektiert keine Grenzen.

„Es ist uns ein Bedürfnis, die Impulse der feministischen Bewegung *Ni Una Menos* (NUM, ‚Nicht eine weniger‘) nach Wien zu bringen. Somit sehen wir uns in einer Brückenfunktion. Unser erstes Lebenszeichen war eine Demo am 8. März 2017 am Urban-Loritz-Platz. Diese Aktion fand mit Hilfe der Organisation LEFÖ (Lateinamerikanische Exilierte/Emigrierte Frauen in Österreich), die seit 30 Jahren in mehreren Feldern der Migrantinnen-Frauen-Rechte aktiv ist, und der jungen Organisation ‚Take Back the Streets‘ sowie freundlicher Unterstützung aus Argentinien statt“, so eine Aktivistin von NUM Austria.

Seitdem entwickelte sich die Gruppe mittlerweile mit Frauen aus Kolumbien, Mexiko, Peru und Argentinien. Jedes Mitglied bringt seine eigene Erfahrung über das Thema Frauenrechte aus seinem Heimatland mit ein. Das Migrations-Erlebnis bringt eine Empowerment-Komponente hinzu. Die Problematik des Feminizids ist dabei der „gemeinsame Nenner“. Deshalb beteiligte sich die Gruppe im September 2017 an einem runden Tisch über Feminizid in Lateinamerika der Organisation *Globalista* beim Volksstimm-Fest.

„Das Wort Feminizid ist – unter anderem – eine politische Kategorie. Es beschreibt die Art und Weise, wie die Gesellschaft etwas zu einem Naturgesetz erklärt, das es nicht ist: Gewalt an Frauen“, ist im ersten Manifest von „Ni una Menos“ Argentinien aus dem Jahr 2015 zu lesen.

Und wie ist die Situation in Österreich? Gibt es nationale Statistiken zu Feminizid-Fällen? Wie gehen Justiz und Medien mit Gewaltverbrechen an Frauen um? Diese Fragen stellt *Ni Una Menos Austria*:

„Es wäre unserer Meinung nach wichtig, ‚Feminizid‘ als juristischen Begriff in Österreich einzuführen. Es ist notwendig, dass die Geschlechterperspektive in jedem Bereich berücksichtigt wird: Bildung, staatliche Politik, unsere Privatsphäre mit ihren täglichen Praktiken, das Justizsystem und natürlich die Medien. Unsere Her-



25.11.2017: Aktion am Wiener Yppenplatz

kunftsländer sind oft für ihre ‚Macho-Kulturen‘ stigmatisiert. Wir möchten den Kampf der lateinamerikanischen Frauen um ihre Diversität auch bekannt machen. Diese Frauen, die aus Städten und Fabriken sowie aus unseren indigenen und bäuerlichen Völkern stammen, kämpfen gegen die Gewalt des patriarchalen Systems. Diese Gewalt äußert sich nicht nur darin, über die Körper der Frauen Macht ausüben zu wollen, sondern auch in einer Makrostruktur über unsere natürlichen Ressourcen und unsere Region, in einer gefährlichen Analogie: Hier wird die Ausbeutung der ‚Matrix des Lebens‘ entschieden. Wir glauben, dass die Entkolonialisierung des Feminismus heute unerlässlich ist.“■

Mehr Infos über Aktivitäten und Meetings unter: <https://osterreichnum.wordpress.com> und niunamenos.austria@gmail.com

DÜSTERE AUSSICHTEN FÜR KOLUMBIEN

In Kolumbien wird am 11. März ein neuer Kongress gewählt. Im Mai entscheiden die Wähler über die Nachfolge von Juan Manuel Santos als Präsident der Republik. Das rechte Lager, das das Friedensabkommen torpedieren will, liegt in den Umfragen voran. Aber die Linke hofft auf Zugewinne im Kongress.

„DIE PARAMILITÄRS FEuern NOCH IMMER“

Fotos: Ralf Leonhard

Interview mit Imelda Daza, Unión Patriótica (UP), Kandidatin für die Vizepräsidentschaft. Sie lebte 26 Jahre lang im Exil in Schweden. Erst 2015 kehrte sie nach Kolumbien zurück.



Du trittst an der Seite von Rodrigo Londoño alias Timochenko, dem Chef der FARC, an. Manche Kommentatoren meinen, mit einem ehemaligen Guerillakommandanten als Kandidaten tut man der Rechten einen Gefallen.

Als die Guerilla noch in den Bergen war und wir als Unión Patriótica Bernardo Jaramillo aufstellten, wurde unser Kandidat ermordet. Der extremen Rechten ist es völlig gleichgültig, ob wir Universitätsprofessoren oder ehemalige Guerillaführer aufstellen. In Kolumbien hat sich die Demokratie noch immer nicht durchgesetzt. Die FARC haben die Waffen niedergelegt mit dem Versprechen, Politik zu machen. Sie haben nie das Ziel aufgegeben, ein gerechteres Kolumbien zu schaffen. Wenn man sich entschlossen hätte, mich aufzustellen, die ich nie im bewaffneten Kampf war, hätte das auch den Zorn der Ultrarechten provoziert. Sie haben Angst vor der Demokratie. Das ist alles.

Seit dem Unterzeichnen des Friedensabkommens sind mehrere Dutzend Aktivisten ermordet worden

Die Waffen der FARC schweigen, aber die der Paramilitärs feuern noch immer und ermorden Anführer der sozialen Bewegungen. Die Gewalt gegen die Volksbewegungen hält also an.

Wie sieht es mit den ehemaligen Operationsgebieten der FARC aus? Dort herrschen jetzt kriminelle Gruppen.

Das ist noch immer so. Dort operieren Nachfolgeorganisationen der Paramilitärs, die illegalen Bergbau betreiben, Wälder illegal abholzen, Drogen produzieren und verkaufen. Außerdem sammeln sie sich, um die Volksbewegungen zu bekämpfen. Die Regierung hat bei den Verhandlungen in Havanna zugesagt, dass sie diese Gebiete kontrollieren und die Koka-Felder beseitigen wird. Aber in Wahrheit tummeln sich dort kriminelle Gruppen.

Gibt es eine Gefahr, dass der bewaffnete Konflikt wieder ausbricht?

Ich glaube nicht, dass das eine Option ist. Die Alternative ist die Stärkung der Organisationen, die den Frieden verteidigen. Wir haben die Vereinten Nationen auf unserer Seite. Ich glaube daran, dass das Friedensabkommen letzten Endes umgesetzt wird.

Ralf Leonhard

„ZWEIFELLOS HABEN DIE FARC DAS ABKOMMEN ERFÜLLT“

Präsident Juan Manuel Santos war Ende Jänner auf Staatsbesuch in Wien.

Während die FARC ihren Teil des Friedensabkommens erfüllt haben, ist die Regierung säumig.

Zweifellos haben die FARC das Abkommen erfüllt, und die Regierung gibt sich größte Mühe, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die internationalen Beobachter vom Kroc Institute an der Universität von Notre Dame in den USA haben festgestellt, dass Kolumbien nach einem Jahr mehr umgesetzt hat, als das bei jedem anderen Friedensprozess der Welt der Fall gewesen ist. Wir haben 96 Gesetze, Verfassungsreformen und Verordnungen verabschiedet. Wir haben die Waffen abgegeben und die Begünstigten des Wiedereingliederungsprozesses registriert. Die Umsetzung läuft also nach dem vereinbarten Zeitplan ab.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens sind mindestens 48 Anführerinnen und Anführer von sozialen Organisationen und Kandidaten der neuen Partei FARC ermordet worden. In den von den FARC verlassenen Zonen machen sich paramilitärische und kriminelle Organisationen breit. Was tut die Regierung dagegen?

Das Sicherheitsthema macht mir Sorgen. In den von den FARC verlassenen Zonen herrscht eine sehr komplexe Situation, wo illegale Gruppen Präsenz zeigen und Drogenhandel betreiben. Der Übergangsprozess in diesen Gebieten ist von Gewalt geprägt. In der Tat sind dort Anführer sozialer Organisationen ermordet worden. Aber wir treffen Maßnahmen. Es gibt eine Garantiekommision, der ich selbst vorstehe, die die Ereignisse in diesen Zonen evaluiert. Es gibt da bereits konkrete Pläne. Mehr als 85.000 Soldaten sind im Begriff, diese Zonen zu besetzen. Auch die Staatsanwaltschaft wird dort tätig sein und Präsenz der staatlichen Institutionen zeigen. Wir sind auch bei der Aufklärung weitergekommen. Mehr als 50 Prozent der Morde wurden geklärt. Nie zuvor hat es so gute Resultate gegeben. Wir bemühen uns, weitere Morde zu verhindern. Jeder Mord ist einer zu viel.

Ralf Leonhard

USURPATION DER MACHT UND WIDERSTAND

Am 27. Jänner wurde Juan Orlando Hernández in Tegucigalpa, **Honduras** für seine zweite Amtsperiode (2018-2022) als Präsident vereidigt. Während der Zeremonie im halbleeren Nationalstadion, das durch massive Polizei- und Militärpräsenz abgesichert wurde, fanden im ganzen Land Proteste und Straßenblockaden statt. Angesichts zahlreicher Unregelmäßigkeiten beim und nach dem Urnengang vom 26. November erkennen weite Teile der Bevölkerung die Erklärung von Hernández zum Wahlsieger und somit seine Präsidentschaft nicht an.

Von Alexander Main und Hermann Klosius

Schon die erneute Kandidatur von Präsident Juan Orlando Hernández (JOH) war laut honduranischer Verfassung illegal, wurde jedoch durch den vom Regierungslager dominierten Obersten Gerichtshof zugelassen. Ende Juni 2009 hatte der Vorwurf gegen den damaligen Präsidenten Mel Zelaya, eine Verfassungsänderung zwecks Wiederkandidatur anzustreben, ausgereicht, um ihn durch einen Putsch zu stürzen und aus dem Land zu jagen.

Da auch das oberste Wahlgericht (TSE) von der regierenden Nationalen Partei kontrolliert wird, erwarteten vor den Wahlen vom 26. November 2017 viele, dass dem zunehmend autoritär regierenden Präsidenten eine weitere Amtszeit so gut wie sicher sei. Umso größer war die Überraschung, als am Wahlabend nach ersten Auszählungen Salvador Nasralla, der Kandidat des Oppositionsbündnisses *Allianz gegen die Diktatur*, deutlich in Führung lag. Nach stundenlanger Verzögerung informierte das TSE, dass nach Auszählung von 57 Prozent der Stimmen Nasralla mit einem Vorsprung von fünf Prozent vor Hernández lag. Der TSE-Richter Marco Ramiro Lobo bezeichnete den Trend zugunsten von Nasralla als unumkehrbar. TSE-Präsident David Matamoros, ein ehemaliger Abgeordneter der regierenden Nationalpartei, hatte dieses Zwischenergebnis erst unter dem Druck von Lobo und der internationalen Wahlbeobachter nach langer Weigerung bekannt gegeben.

Während die Anhänger der Opposition bereits in den Straßen feierten, zeigte sich JOH unbeirrt und beanspruchte den Wahlsieg für sich. Zugleich wurde die elektronische Stimmenausszählung, die bis dahin live auf der TSE-Website übertragen wurde, auf Anordnung von Matamoros ohne jede Erklärung unterbrochen. Die angebliche technische Panne dauerte über 30

Stunden. Als sie, mit weiteren „technischen Schwierigkeiten“, wieder aufgenommen wurde, schmolz Nasrallas Vorsprung allmählich dahin, und am Abend des 30. November lag plötzlich Hernández mit 1,5 Prozentpunkten voran.

Wütenden Straßenprotesten begegnete die Regierung mit nächtlicher Ausgangssperre. Militär und Polizei gingen brutal unter Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und scharfer Munition gegen die Pro-

zufolge wurden 33 Personen getötet, hunderte verletzt und über 1000 festgenommen. 30 Verfolgte mussten im Ausland Zuflucht suchen.

Anhaltende US-Dominanz

Schon wenige Tage nach Beginn der Krise wurde deutlich, auf welcher Seite Washington stand: An der Seite von Matamoros ergriff am 9. Dezember Heide Fulton, die Geschäftsträgerin der US-Botschaft, das Wort. Sie rief die Bevölkerung dazu auf, das Wahlergebnis anzuerkennen (es hatte inzwischen eine teilweise Neuauszählung gegeben). Damit war klar, dass die offiziellen Ergebnisse ungeachtet der enormen irregulären Vorfälle Bestand haben würden. JOH hatte also grünes Licht für eine neue Amtsperiode, um weiterhin sein von einer extremen Militarisierung des Landes begleitetes radikal neoliberales Programm umzusetzen.



3. Februar, Tegucigalpa: Auch nach der Amtseinführung gingen die Proteste weiter

testierenden vor. Die Proteste gegen die offensichtliche Manipulation des Wahlergebnisses hielten den gesamten Dezember hindurch an und gingen trotz massiver Repression auch im Jänner weiter.

Am Tag vor JOHs Amtseinführung zog die „Koalition gegen die Straflosigkeit“ eine bestürzende Bilanz über die Opfer der Gewalt, die vor allem von der – von JOH geschaffenen – Militärpolizei für Öffentliche Ordnung (PMOP), anderen Sondereinheiten der Polizei und dem Militär zu verantworten sind. Dem Bericht

Bereits Anfang der 1980er Jahre, beim zaghaften Übergang von einer Militärdiktatur zu einer eingeschränkten und militarisierten Demokratie, hatte die US-Botschaft die Richtung vorgegeben. John Dimitri Negroponte, damals etliche Jahre lang US-Botschafter, hatte die Aufgabe, Honduras zum Stützpunkt für den Kampf der Regierung Reagan gegen linke Bewegungen und Regierungen in Zentralamerika zu machen. Dazu war sowohl eine dauerhafte starke Militärpräsenz nötig als auch Einfluss auf die Innenpolitik.

⇒ von Seite 13: HONDURAS

Unter Negroponte wuchs die Präsenz von US-Truppen auf dem Luftwaffenstützpunkt *Soto Cano* bei Palmerola und die Militärhilfe stieg zwischen 1981 und 1985 von vier auf 77,4 Mio. Dollar pro Jahr. Das geschah, obwohl die CIA wusste, dass das honduranische Militär „hundert oft politisch motivierte Menschenrechtsverletzungen“ beging. Von der CIA unterstützte Todesschwadronen töteten Dutzende linke Gewerkschafter, Akademiker, Bauernführer und Studierende. Negroponte setzte sich aktiv dafür ein, keine Berichte über diese staatlich geförderten Verbrechen zuzulassen, um zu vermeiden, dass Honduras „Menschenrechtsprobleme“ bekomme.

Auch wenn gegen Ende des Jahrzehnts die Aktivität der Todesschwadronen und der Einfluss des Militärs auf die Regierung abnahmen, änderte sich im Grunde wenig. Liberale und Nationale blieben die beiden einzigen relevanten Parteien, die Linke war marginalisiert. Erst als der 2006 als Kandidat der Liberalen zum Präsidenten gewählte Großgrundbesitzer Mel Zelaya überraschend einen Linksschwenk vollzog, wurde die von Negroponte miterrichtete politische Struktur erschüttert. Zelaya erhöhte den Mindestlohn um 60%, intensivierte die Beziehungen zu Hugo Chávez, Washingtons Buhmann, und machte Honduras zum Mitglied der antiimperialistischen Allianz ALBA. Auch führte er Gespräche mit linken sozialen Bewegungen, die gegen die Militärpräsenz der USA waren, und strebte die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung an, um die 1982 am Ende der Diktatur unter US-Vormundschaft entstandene konservative Verfassung zu ersetzen. Sein Versuch, die Bevölkerung darüber entscheiden zu lassen, wurde zum Vorwand für den Putsch vom 29. Juni 2009 genommen. Ohne jeden Beleg wurde Zelaya unterstellt, er habe die Verfassung ändern wollen, um unbegrenzt an der Macht bleiben zu können.

Seit dem Putsch wurde Honduras – wie in den 80er Jahren – wieder zum stark militarisierten Land. Das Militär schlug die breite Widerstandsbewegung gegen den Putsch gewaltsam nieder. Die – in der Region mehrheitlich als illegitim betrachteten – Wahlen von Ende 2009 und die vor Unregelmäßigkeiten strotzenden Wahlen des Jahres 2013 brachten Regierungen der Nationalen Partei. Sie schrieben die – verfassungswidrige – Übertragung von Poli-

zeitfunktionen an das Militär fest. Bereits vor seiner Wahl hatte Juan Orlando Hernández die Schaffung der PMOP durchgesetzt und kurz danach schuf er die „Tigres“, militarisierte Polizeieinheiten, die von US-Personal ausgebildet werden und deren Mitgliedern Verwicklung in Korruption vorgeworfen wird.

Die Militarisierung von Honduras brachte für die Wohlhabenden und internationale Investoren geradezu paradisiische Verhältnisse mit sich. Sicherheitskräfte wurden in Gebieten stationiert, in denen es zu Konflikten rund um Projekte in Bergbau, Agroindustrie, Wasserkraft oder Tourismus kam. Sie werden oft illegal und ohne die gesetzlich vorgesehene vorherige Befragung der lokalen indigenen Bevölkerung umgesetzt. Häufig arbeiten öffentliche und private Sicherheitskräfte durch gezielte Angriffe und selbst Mord bei der Terrorisierung und Einschüchterung der Bevölkerung zusammen.

Auch in die Ermordung Dutzender politischer AktivistInnen – Journalisten, Rechtsanwälte, Mitglieder der LGBT-Bewegung u.a. – waren Sicherheitskräfte verstrickt. So auch in den Mord an der indigenen Umweltaktivistin Berta Cáceres im März 2016. In das von langer Hand geplante Verbrechen war auch eine der mächtigsten Familien des Landes verwickelt.

Die US-Regierung hat die finanzielle Unterstützung für Polizei und Militär von Honduras zwischen 2010 und 2016 um 250 Prozent erhöht. Wie in den 80er Jahren haben US-Beamte es systematisch unterlassen, von honduranischen Sicherheitsagenten begangene Menschenrechtsverstöße zu melden. Man lobte stattdessen die Regierung Hernández als verlässlichen Partner im Drogenkrieg, obwohl sowohl der Bruder des Präsidenten als auch der frühere Präsident Porfirio Lobo in den Drogenhandel verwickelt waren.

Widerstand formiert sich

Aus der breiten Protestbewegung gegen den Putsch von 2009 ging die neue Partei *Libre* hervor. Trotz erheblicher Manipulationen und einer massiven Einschüchterungskampagne, der 18 ihrer KandidInnen und AktivistInnen zum Opfer fielen, ging *Libre* aus den Wahlen von 2013 mit 37 Sitzen als zweitstärkste Kongressfraktion hervor.

Die Enthüllung, dass Mittel des Honduranischen Sozialversicherungsinstituts für den Wahlkampf von Hernández abgezweigt worden waren, führte 2015 zu mas-

siven Protesten. Auf Vermittlung des US-Außenministeriums und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wurde damals die Mission gegen Korruption und Straffreiheit in Honduras (MACCIH) gebildet; dem Präsidenten blieb so das Schicksal seines über Korruption gestürzten und verhafteten guatemaltekischen Kollegen Otto Pérez Molina erspart. MACCIH ermittelte auch gegen hohe Funktionäre und Abgeordnete, doch am Tag vor JOHs erneuter Amtseinführung verbot der neu gewählte Kongress per Dekret die Fortführung dieser Ermittlungen; Korruption wird somit in Honduras in nächster Zukunft straffrei bleiben.

Für die Wahlen vom November 2017 hatte *Libre* gemeinsam mit zwei kleinen Parteien die Oppositionsallianz gegen die Diktatur gebildet und den populären TV- und Radiojournalisten Salvador Nasralla als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Die Allianz erkennt – wie auch die Liberale Partei – das von TSE-Präsident Mataros schließlich am 17. Dezember verkündete offizielle Wahlergebnis (JOH: 42,95%, Nasralla 41,24%) nicht an und fordert Neuwahlen.

Viele waren verblüfft, als sich wenige Stunden später die Wahlbeobachter der OAS weigerten, dem Wahlergebnis zuzustimmen. Sie veröffentlichten einen vernichtenden Bericht über Unregelmäßigkeiten während des Wahlprozesses und erklärten: „Aufgrund des knappen Wahlsiegs und der Unregelmäßigkeiten ist es der Beobachtermission nicht möglich, ein sicheres Ergebnis festzustellen.“ Am selben Abend forderte OAS-Generalsekretär Almagro sogar die Ausschreibung von Neuwahlen. Als am 22. Dezember das US-Außenministerium sein Machtwort sprach, indem es Juan Orlando Hernández zum Wahlsieg gratulierte, waren die Würfel gefallen. Am 22. Jänner erklärte auch die OAS, sie werde mit den neuen Machthabern von Honduras zusammenarbeiten.

Der erneuten Amtsübernahme durch JOH am 27. Jänner stand somit nichts mehr im Weg. Die nach wie vor Protestierenden wurden dabei durch ein massives Aufgebot von Polizei und Militär in Schach gehalten. Der Widerstand geht auch seither weiter und wird andauern, solange JOH der Forderung nach seinem Rücktritt nicht nachkommt. ■

Den auf nacla.org veröffentlichten Beitrag von Alexander Main vom *Center for Economic and Policy Research* in Washington, D.C. hat H. Klosius übersetzt, gekürzt und aktualisiert.

„MESOAMERIKANISCHE MIGRATIONSBEWEGUNG: VOM ÜBERLEBENSKAMPF ZUR GEMEINSAMEN VISION

Nicht erst seit US-Präsident Donald Trump vom Plan eines Mauerbaus besessen ist, hat sich die Migration und der Umgang mit ihr als vorrangiges Thema in die politischen Agenden gespielt. Gegenentwürfe von unten finden noch wenig Gehör, werden aber zunehmend deutlich artikuliert, auch in Mexiko und Zentralamerika.

Von José Jacques
und Leo Gabriel

Nicht nur in Europa und in den USA, auch in Lateinamerika steht die Migration ganz oben, in manchen Ländern sogar an erster Stelle der in den letzten Jahren akut gewordenen Problematiken. Vor allem im mesoamerikanischen Raum, also in Mexiko und in Zentralamerika, lässt sich dieses Phänomen nicht nur an den so genannten *remesas*, den Geldsendungen der MigrantInnen an ihre Familienangehörigen, sondern auch an der Anzahl der Toten und Verschwundenen ablesen, die alljährlich die gefährliche Reise von Hunderttausenden hinterlässt.

Dabei ist die Blutspur der Menschen, die aus Honduras, Guatemala und El Salvador durch Mexiko reisen, ganz besonders groß. Allein die Dunkelziffer derer, die in Mexiko in den letzten zehn Jahren zum Verschwinden gebracht wurden, beträgt laut dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen zwischen 70.000 und 120.000. Das ist ungefähr der Zeitraum, in dem das *Movimiento Migrante Mesoamericano* (Mittelamerikanische MigrantInnenbewegung) acht Mal eine so genannte „Karawane der zentralamerikanischen Mütter auf der Suche nach ihren auf der Durchreise in Mexiko verschwundenen Familienangehörigen“ veranstaltete.

Karawane der Mütter der Verschwundenen

Die programmierten Aktivitäten dieser Karawane beinhalten: Demonstrationen und Kundgebungen auf öffentlichen Plätzen, Informationsaustausch, Suche in Spitälern, Bordellen, Gefängnissen und sonstigen Unterkünften, wo sich die MigrantInnen aufhalten könnten. Die Mütter

organisieren auch Gedenkfeiern an den namenlosen Gräbern, die ihren Weg von Chiapas bis zur US-Grenze säumen, und organisieren Pressekonferenzen sowie Treffen mit den Behörden, denen sie vorwerfen, unachtsam gewesen zu sein oder sich zu Komplizen des organisierten Verbrechens gemacht zu haben.

Während die zahlreichen von der Regierung etablierten Kommissionen bisher kein einziges der verschwundenen Familienmitglieder ausfindig machen konnten, ist es der MigrantInnenbewegung gelungen, an die 270 Angehörige mit ihren Familien zusammenzuführen.

Doch das ist nicht das einzige, was die internationale MigrantInnenbewegung in Mexiko erreicht hat. Vor drei Jahren ist es ihr gelungen, ein Gesetz zu erzwingen, das es den überlebenden Opfern der Gewalt ein Jahr lang erlaubt, in ganz Mexiko mit einem „Humanitären Visum“ herumzureisen, ohne von den Behörden als „illegal“ gebrandmarkt zu werden.

Die Bewegung der mesoamerikanischen MigrantInnen war auch federführend beim Aufbau eines *Foro Social Mundial de Migraciones* (FSMM, Weltsozialforum für die Migration), das 2005 gegründet wurde und Anfang November dieses Jahres als gleichnamige Konferenz in Mexiko stattfinden wird. In mehreren Anläufen hat das FSMM erreicht, dass sich die UNO-Gremien mit der Problematik bei ihren Treffen in Manila, Johannesburg, Madrid und São Paulo auseinandersetzen. In Dakar, Senegal, verabschiedeten die weltweiten MigrantInnenorganisationen 2010 eine so genannte Charter der MigrantInnen, die – ausgehend vom Grundsatz *Kein Mensch ist illegal* – einen Reisepass für alle, denen in den einzelnen Ländern die Dokumente verweigert wurden, fordert.

Trump gegen Migrationspakt

Im September 2017 fand in New York unter den Auspizien der UNO eine Staatenkonferenz statt, die zum ersten Mal die Migrationsproblematik aus der Sicht der Betroffenen und nicht vom Bedürfnis nach



Foto: Leo Gabriel

Sicherheit der Länder des Nordens ausgehend argumentierte. Anfang Dezember sollte von den Staatspräsidenten im mexikanischen Puerto Vallarta ein so genannter Migrationspakt verabschiedet werden, aber Donald Trump erschien und zerschlug wie ein Elefant im Porzellanladen mit einigen Sätzen die jahrelange Vorbereitungsarbeit der staatlichen und nichtstaatlichen internationalen Gremien.

Es wird also noch einige Zeit dauern, bis sich in Mexiko die Sichtweise der MigrantInnen durchsetzen können wird. In der Zwischenzeit haben sich 38 soziale Bewegungen (unter ihnen die Lehrgewerkschaft SNTE, die Elektroarbeiter, die christlichen Menschenrechtsorganisationen CENCOS und SERAPAZ sowie das Zentrum für alternative Ausdrucksformen CLETA) zusammengeschlossen, um während dieses Jahres, das ja in Mexiko auch ein Wahljahr ist, eine *Asamblea de Resistencias* (Widerstandsversammlung) vorzubereiten. Sie werden dabei auch von der österreichischen Dreikönigsaktion unterstützt.

Dabei gehen die verschiedenen Bewegungen und NGOs vom Standpunkt aus, dass die im Weltsozialforum erarbeiteten Alternativen wie Solidarwirtschaft, biologischer Landbau, Ernährungssouveränität, Recht auf Arbeit und partizipative Demokratie in einer Reihe von Treffen mit den MigrantInnengruppen und -organisationen verknüpft werden sollten, um den in die Brüche gegangenen *American Dream* durch die Vision einer anderen Welt, die nicht nur möglich, sondern auch dringend notwendig ist, zu ersetzen. ■

José Jacques ist aktiv im *Movimiento Migrante Mesoamericano* und Koordinator des *Foro Social de Migrantes*.

„CONSULTA POPULAR“ ENTSCHEIDET MACHTKAMPF

In Ecuador wurde eine Volksabstimmung zu einem Machtkampf zwischen dem alten und dem neuen Präsidenten, den letzterer klar für sich entscheiden konnte. Wie gefragt die Meinung der Bevölkerung wirklich ist, bleibt abzuwarten.

Von Marie-Therese Lager

Ich weiß nicht, warum wir überhaupt wählen gehen, es ändert sich sowieso nichts. Die machen doch sowieso, was sie wollen.“ Das meinte eine junge Kunststudentin aus Guayaquil vor der Volksbefragung *consulta popular*, die am 4. Februar in Ecuador abgehalten wurde. Kein Einzelfall, denn ein Großteil der Bevölkerung zeigt sich unzufrieden mit der vor zehn Jahren in Gang gesetzten *Revolución Ciudadana*, die vollmundig strukturelle politische und soziale Umbrüche versprochen hat. Es handelt es sich dabei um eine politische Bewegung, die sich gemäß dem Paradigma des Sozialismus des 21. Jahrhunderts durch eine Abkehr von der neoliberalen Politik auszeichnen sollte, anders als jene für kulturelle und soziale Gleichberechtigung plädierte und eine Veränderung des ökonomischen Regelwerkes mit sich bringen wollte – nämlich innovative Konzepte, die dem Ökosystem und der Natur besondere Bedeutung beimessen und im Rahmen eines neuen Diskurses, dem des „Guten Lebens“ – *el buen vivir* –, national und international vermarktet wurden und werden. Im Zentrum steht eine nachhaltige Entwicklung, die verspricht, den Extraktivismus zu verringern und auf lange Sicht durch neue Bewirtschaftungsformen zu ersetzen, sowie die Eingliederung und Unterstützung ethnischer, kultureller und sozialer Minderheiten.

Des Weiteren verdeutlicht die Aussage dieser jungen Frau, dass sich die Bevölkerung von der gegenwärtigen Regierung genauso wenig verspricht wie von der vorausgegangenen. Doch was wurde versprochen und weshalb sollte sich eine Regierung überhaupt für jene einsetzen, denen innerhalb des sozialen Gefüges eine Außenseiterrolle zukommt? Zum Beispiel Randgruppen wie junge alleinerziehende Mütter, die sich für ein Studium entschieden haben, welches nicht in das gängige

Raster von Innovation, Technik, Entwicklung und Produktion – wichtige Charakteristika des globalen Kapitalismus – fällt. Oder all jene Menschen, die aufgrund von „Rasse“, „Klasse“, „Geschlecht“ und „Ethnizität“ nicht dem Stereotyp des maskulinen Mestizen zugerechnet werden können.

Könnte die Volksbefragung nicht auch als gut gemeinter Versuch betrachtet werden, die Bevölkerung an wichtigen strukturellen Entscheidungen zu beteiligen, um so dem „spirit“ des Sozialismus des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden? Oder ist sie eher als „Duell der Giganten“ innerhalb der von Ex-Präsident Rafael Correa ins Leben gerufenen politischen Bewegung der *Revolución Ciudadana* und somit als Versuch, einmal errungene Machtpositionen zu verteidigen, einzustufen? Correa und Präsident Lenín Moreno haben da diametral entgegengesetzte Interessen.

Ein unbotmäßiger Statthalter

Die aktuelle Volksbefragung entwickelte sich innerhalb eines Kontextes, der die Spaltung der politisch dominierenden sozialistischen Bewegung im Ecuador des 21. Jahrhunderts mit sich brachte. Da Rafael Correa nach zwei Perioden nicht ein weiteres Mal für das Amt kandidieren durfte, wurde für die Wahlen am 19. Februar 2017 Lenín Moreno, ein treuer Wegbegleiter Correas, Mitbegründer seiner Partei „Alianza PAÍS“ und von 2007 bis 2013 Vizepräsident, als Kandidat aufgestellt. Als „Mann des Volkes“, der sich durch Dialogbereitschaft und Bürgernähe auszeichnet, galt er als chancenreich. Nach einem Überfall auf offener Straße sitzt er zudem im Rollstuhl und gehört als Behinderter selbst zur Riege der Ausgegrenzten. Moreno sollte allerdings nur als eine Art Platzhalter installiert werden und Correa den Weg zurück ins Präsidentenamt ebnen.

Doch die Rechnung wurde ohne den Wirt gemacht, denn nach seiner Vereidigung leitete Moreno umgehend Maßnahmen ein, die eine Rückkehr Correas, des charismatischen Leaders der sozialistischen Bewegung, in das Präsidentenamt erschweren wenn nicht gänzlich vereiteln sollten. Er nahm Verhandlungen mit den unterschiedlichsten sozialen und politischen Gruppierungen auf, so der CONAIE (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*). Die wichtigste Insti-

tution in der Bewegung der Indigenen in Ecuador fordert eine Abkehr von der unter Correa zehn Jahre lang praktizierten Politik. Der den indigenen Gruppen und Nationalitäten von der Verfassung zugesprochene Schutz und die Gleichberechtigung blieben auf der Diskursebene, wurden aber niemals in der Realität zugestanden. Dies zeigte sich unter anderem an der im Dezember 2016 in Nankintz, einer ethnischen Gemeinschaft in der Provinz Morona Santiago, erfolgten Eskalation eines Konfliktes zwischen der indigenen Bevölkerung und den Behörden. Diese wollten große Teile des Territoriums an die chinesische Firma *Explorocobres S.A* zum Kupferabbau übereignen. Präsident Rafael Correa verweigerte jeglichen Dialog mit den Indigenen und verhängte wegen anhaltender Unruhen den Ausnahmezustand über die Provinz. Die CONAIE verurteilte das Vorgehen der Regierung aufs schärfste.

Außerdem wurde kürzlich Jorge Glas, der Moreno 2013 als Vizepräsidentenamt folgte, wegen Verwicklungen in den Odebrecht-Korruptionsfall zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und seines Amtes enthoben. Glas sowie weitere staatliche Funktionäre hatten von Odebrecht Schmiergeldzahlung erhalten und dem Konzern im Gegenzug Aufträge in der Höhe von bis zu 4,4 Milliarden Dollar zugeschanzt.

Sieben Fragen

Bei der Volksabstimmung im Februar wurden der Bevölkerung sieben Fragen vorgelegt. Die erste bezog sich auf die lebenslange Aberkennung der politischen Rechte von Politikern und Beamten, die der Korruption überführt wurden. Die zweite Frage hatte die Umstrukturierung des Rates für Bürgerbeteiligung, *Participación Ciudadana*, und soziale Kontrolle zum Thema und verfolgte das Ziel, die bisherigen Mitglieder, die treue Anhänger Correas sind, auszuwechseln. Die dritte Referendumsfrage galt einer Verfassungsänderung zur Abschaffung der unbegrenzten Wiederwahl von Mandatsträgern. Das „Ja“ bedeutet das Ende der Ära Correa, der ja die Hoffnung hegte, nach vier Jahren ins Präsidentenamt zurückzukehren. Die weiteren Fragen bezogen sich auf die Beschränkung des Abbaus von Erzen und Metallen in Schutzgebieten, unantastbaren Gebieten und urbanen Zonen, auf die Ein-

schränkung des Erdölfördergebietes im Nationalpark Yasuni im ecuadorianischen Urwald, ein strengeres Vorgehen gegen Kindesmissbrauch sowie die Abschaffung des Gesetzes über Kapitalgewinne.

Die Volksbefragung lief auf ein „Duell der Giganten“, Präsident Lenín Moreno und Ex-Präsident Rafael Correa hinaus. Correa warb für ein konsequentes „Nein“ auf die sieben Fragen¹. Dabei sind die Themen wichtig genug, um einer objektiven Analyse unterzogen zu werden. Die Art und Weise, wie die Fragen formuliert sind, ist gleichfalls zu überdenken, schließlich verfügt der Großteil der ecuadorianischen Bevölkerung lediglich über einen Pflichtschulabschluss. Dem wäre in der Formulierung Rechnung zu tragen gewesen. Es ging allerdings nicht nur um die Sprache, in der die Fragen verfasst waren, bereits der Selektionsprozess barg einiges an Zündstoff. Denn obwohl am 18. September 2015 die Bürgerinnen und Bürger Ecuadors aufgerufen worden waren, Vorschläge einzubringen, fiel die Entscheidung für jene Fragen, die schließlich in das Referendum aufgenommen wurden, hinter verschlossenen Türen.

Im Zentrum der Kritik von Seiten indigener und ökologischer Bewegungen standen zudem die Fragen 5 und 6, die sich auf die Beschränkung der Erdölförderung beziehungsweise des Abbaus von Metallen und Erzen bezogen und in erster Linie die Territorien sowie soziokulturellen Strukturen der indigenen Gruppen und Nationalitäten betrafen. Die offene Form der Formulierung lässt befürchten, dass dort auch in Zukunft mit extraktiven Aktivitäten zu rechnen ist – ungeachtet des eindeutigen Triumphes des „Ja“: In allen sieben Fragen lag die Zustimmung bei 2/3 der Stimmen und mehr. Eine aus neun Mitgliedern bestehende Parlamentskommission soll für die Umsetzung der Ergebnisse sorgen.

Gegen Revolution von oben

Seit der Verfassungsreform im Jahre 1998 gilt Ecuador offiziell als plurinational und multikulturell. Die Diversität des Landes wird durch das Grundgesetz weiter gestützt und vorangetrieben, wurde doch darin eine Politik festgeschrieben, die darauf abzielt, das kulturelle Erbe Ecuadors zu „schützen“ und zu vermarkten. Dies geht vor allem mit einem Aufleben des Plurilinguismus einher, der Implementierung und Förderung von Kichwa (Quichua) in Schulen. Schließlich handelt es sich dabei um die Muttersprache von



Bereits Anfang Oktober 2017 kündigte Präsident Moreno die Volksbefragung an

immerhin 13 der 15 in Ecuador anerkannten indigenen Gruppen. Sprache wird nicht nur als wichtiges Identitätsmerkmal angesehen, sondern stellt aufgrund der statischen und antiquierten Konzeption von Ethnizität ein zentrales Erkennungsmerkmal dar und legitimiert so auch den offiziellen Status als indigene Gruppe oder Nationalität.

Deswegen wundert man sich, dass die sieben Fragen nicht in Quichua übertragen wurden, wodurch es gerade älteren Angehörigen indigener Gruppen erschwert wurde, ihren Inhalt zu erfassen. Auch offenbart sich einmal mehr der monokulturelle Charakter eines Staatssystems, das in seinen juristischen und politischen Strukturen „westliche Werte“ abbildet. Während der 200jährigen Geschichte der „Unabhängigkeit“ Ecuadors wurde es ebenso wie im Rahmen der sozialistischen Revolution des 21. Jahrhunderts verabsäumt, Modifizierungen vorzunehmen, die den historischen, kulturellen und sozialen Kontext des Landes miteinbeziehen. Stattdessen macht man sich mehr denn je von den großen internationalen Wirtschaftsmächten abhängig, die sich auf Kosten derjenigen bereichern, die weder ökonomisches noch soziales oder kulturelles Kapital besitzen.

Die Volksbefragung vom 4.2. muss daher als weiterer Versuch dafür angesehen werden, die bestehenden politischen Strukturen zu erhalten und fortzuführen. Vor diesem Hintergrund trifft die eingangs zitierte Aussage der jungen Kunststudentin tatsächlich den Kern der Sache. Weiter

gedacht erweist sich das Referendum sogar als gefährliches Täuschungsmanöver, wird doch von staatlicher Seite vordergründig der Eindruck erweckt, dass man dabei sei, Machtstrukturen zu dezentralisieren, indem der Bevölkerung ein Mitspracherecht in wichtigen Fragen eingeräumt wird. Letzten Endes ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Abstimmungsberechtigten aus dem Bauch heraus entschieden hat, und zwar aufgrund von Sympathie und Akzeptanz gegenüber der vor zehn Jahren in die Wege geleiteten „Revolution“ oder aber als Protestbekundung dagegen, nicht aber auf Basis einer tiefer gehenden kritischen Analyse.

Es ist falsch anzunehmen, dass Veränderungen zugunsten der Unterdrückten, Marginalisierten und Segregierten von oben herab implementiert werden, auch bringt es wenig, faule Kompromisse im Sinne von „Es ist zwar nicht gut, aber besser als nichts“ einzugehen. Veränderungen sind einzig und allein durch sorgfältig reflektierende soziopolitische Gruppierungen und Bewegungen in Gang zu setzen, die sich auf Werte fernab des globalen Kapitalismus beziehen und ausreichend Autonomie genießen, um die Fülle ihrer Ideen frei artikulieren und einbringen zu können. ■

Die Österreicherin Marie-Therese Lager lebt seit 2012 in Ecuador. Seit 2016 ist sie an der Universidad de las Artes, Guayaquil, als Dozentin tätig.

¹ Im Jänner trat Correa gemeinsam mit 28 Abgeordneten aus der Regierungspartei aus und gründete die Bewegung „Bürgerrevolution“ (Revolución Ciudadana, RC).

„MISSION IMPOSSIBLE“: PAPST FRANZISKUS IN CHILE UND PERU

Ganz unterschiedliche Empfänge in Chile und Peru prägten die jüngste Reise von Papst Franziskus. Der Missbrauchsskandal in der Kirche bleibt auf der Agenda.

Von Wolfgang Schweiger

Für mich wird das keine schwere Reise. Ich habe hier studiert, habe viele Freunde und kenne Chile gut.“ So beruhigte Papst Franziskus auf dem Flug nach Santiago die Journalisten. Der „unfehlbare“ Papst sollte jedoch irren. Denn seine 22. Auslandsreise vom 15. bis 21. Jänner nach Chile und Peru erwies sich als eine der wohl schwierigsten und konfliktreichsten seines bisherigen Pontifikats.

Mit Chile hat sich der Papst ein Land ausgesucht, in dem sich nur mehr 44% der Bevölkerung als katholisch bezeichnen und das Ansehen der Kirche in den letzten Jahrzehnten sehr geschwunden ist. „War die Kirche zur Zeit der Diktatur ein Hort des Widerstands gegen das Pinochet-Regime, so ist sie jetzt abgeschottet und mit sich selbst beschäftigt“, urteilt der Jesuit Felipe Berríos, einer der wegen seines sozialen Engagements populärsten Priester Chiles. Um die Skepsis seinem Besuch gegenüber zu brechen „müsste der Papst wohl über seine bekannten sozialpolitischen Forderungen hinaus einen Schritt weitergehen und sich konkret mit dem Fall des Bischofs von Osorno, Juan Barros, beschäftigen“, so Felipe Berríos weiter. Denn dieser wird beschuldigt, die Taten des bekannten Priesters Fernando Kadima, der 2011 wegen Missbrauchs verurteilt wurde, stillschweigend gedeckt zu haben.

Immer wieder fordern Opferverbände dessen Rücktritt, aber der Papst stärkt seinem Bischof ostentativ den Rücken. „Alles Verleumdung, erst wenn es einen Beweis für die Schuld des Bischofs gibt, rede ich“, stellte er einem Journalisten gegenüber klar. Diese forsche Antwort führte jedoch zu Kritik auch in den eigenen Reihen. Der Papstberater und Vorsitzende der päpstlichen Kinderschutzkommission, Kardinal Sean Patrick O'Malley, meinte, Äußerungen, die die Botschaft vermitteln, „wenn du Vorwürfe nicht belegen kannst, glaubt man dir nicht“, stellen die Opfer ins Abseits. Und auch Felipe Berríos sieht Hand-



Der chilenische Priester Felipe Berríos

lungsbedarf: „Wenn Barros etwas gewusst hat, dann ist er schuldig, und wenn er nichts gemerkt hat, ist er für das Amt eines Bischofs ebenfalls nicht geeignet. Ein freiwilliger Rückzug wäre angebracht.“ Aber genau ein solcher wurde nicht in die Wege geleitet, sodass der Papstbesuch die Kirche in Chile möglicherweise nicht gestärkt, sondern in eine noch tiefere Krise gestürzt hat. Denn die öffentliche Entschuldigung des Papstes bei den Missbrauchsoffern für das erlittene Unrecht im Rahmen eines Gottesdienstes in Santiago de Chile reichte nicht. Das Thema blieb aktuell und überschattete alle anderen Aktivitäten wie das Treffen mit VertreterInnen der Mapuche-Minderheit im Süden Chiles, die Begegnung mit Opfern des Pinochet-Regimes sowie die politischen Gespräche mit Michelle Bachelet und dem neugewählten Präsidenten Sebastián Piñera.

Erst seine Ankunft in Peru bot dem Papst wieder die gewohnte Atmosphäre. Er wurde in Lima mit Volksfeststimmung empfangen und an den Fassaden hingen „Papa Francisco“-Transparente. Seine erste Station war aber Puerto Maldonado im Amazonasgebiet. Die indigenen Völker erwarteten vom Papst Hilfe gegen die Bergbau-Konzerne und Franziskus wurde ihren Forderungen gerecht. Er sprach von einer „Massenvernichtung“ des Naturraums und dass die Konsumgüter Grenzen haben müsse. Und er prangerte auch noch eine andere Zerstörung des Lebens an: „sklavische Arbeitsverhältnisse, sexuelle Ausbeutung, oft von minderjährigen Mädchen. Der Lockruf des Goldes vergif-

tet die alten Sitten, wie das Quecksilber der Schürfer die Flüsse.“ Der Besuch im peruanischen Regenwald war gleichzeitig der Auftakt zur internationalen Bischofssynode für Amazonien, die im Herbst 2019 im Vatikan stattfinden wird. Zur Vorbereitung übergaben Vertreter der Indigenas dem Papst seine Enzyklika „Laudato si“ in ihren lokalen Sprachen.

Erst nach seinem Besuch im Amazonastiefland fand die formelle Begrüßung im Präsidentenpalast in der Hauptstadt

Lima statt. In Anwesenheit des wegen Korruptionsvorwürfen in Misskredit geratenen Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski und von Kenji Fujimori, Sohn des wegen Korruption und Menschenrechtsverbrechen verurteilten Ex-Präsidenten, rief Franziskus dazu auf, mehr gegen Raubbau an der Natur, Menschenhandel und Korruption zu tun. Diese bezeichnete er als eine „subtile Form der Umweltverschmutzung“. Dieses „Virus“ habe viele Völker und Demokratien Lateinamerikas befallen.

Seine letzte Station in Peru war die Küstenstadt Trujillo im Norden Perus. Bei einem Gottesdienst sagte er: „Die Seele einer Gemeinschaft wird daran gemessen, inwieweit sie in schwierigen Momenten zusammensteht“ und würdigte dabei gelebte Solidarität nach den Überschwemmungen und Erdbeben als Folge des Klimaphänomens *El Niño Costero* im März 2017. Gleichzeitig kritisierte er aber auch „andere Unwetter“, unter denen die Region leide: organisiertes Verbrechen, insbesondere Drogenhandel, sowie Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und fehlenden Wohnraum.

Am letzten Tag der Reise traf der Papst Ordensfrauen zu einem Morgengebet. Danach folgten ein Gebet in der Kathedrale der Hauptstadt, ein Treffen mit Bischöfen sowie ein Abschlussgottesdienst auf einem Flugplatz nahe Lima. Abends trat er dann die Rückreise nach Rom an. Dabei überflog er wiederum sein Heimatland, das er – aus welchen Gründen auch immer – noch immer nicht besucht, ja nicht einmal auf seinem Reiseplan stehen hat. ■

TURBULENTE WEIHNACHTEN IN PERU

– und keine Spur von „Friede und Liebe“

Als der Papst im Jänner in Lima landete, konnte er am Titelblatt einer Tageszeitung die Aufforderung lesen, er solle „die Korrupten an den Ohren ziehen“. Und das ließ er sich nicht nehmen: Im Präsidentenpalast, vor PolitikerInnen und Honoratioren – allen voran Präsident Pedro Pablo Kuczynski (in Peru kurz PPK genannt) – bezeichnete er die breit grassierende Korruption als ein „Virus, das alles infiziert“. Auch wenn er den Namen Odebrecht nicht in den Mund nahm: PPK und viele andere sollten sich angesprochen fühlen. Schließlich ist das der Ausgangspunkt für die „brutalen Weihnachten“, die Peru diesmal erlebte.

Von Ulrike Lunacek



Foto: Ulrike Lunacek

Protestkundgebung in Lima am 30. Jänner

Quebrado“, war immer wieder zu hören, wenn das Thema auf PPK kam und dessen Gnadenakt just am Heiligen Abend für den früheren Diktator Alberto Fujimori: „humanitäre“ Begnadigung wegen seines „fortgeschritten degenerativen und unheilbaren“¹ Gesundheitszustandes nach Absitzen von nicht einmal der Hälfte der Strafe für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit², für die er im Jahr 2007 zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde, und gleichzeitig „Gnade“ – d.h. die Annullierung des erst in Vorbereitung befindlichen Strafverfahrens gegen ihn im Fall Pativilca³.

Am 25. Dezember verließ Fujimori das Gefängnis in Richtung Spital, aus dem er am 4. Jänner trotz seiner angeblich schweren Herzkrankheit entlassen wurde. Er fuhr mit seinem Sohn in ein Appartement, das die Fujimoris um 5.000 US-Dollar monatlich gemietet haben. In diesem Luxusvier-

tel gab es lautstarke Proteste von BewohnerInnen, die den früheren Diktator samt seinem Sicherheitsapparat nicht in ihrer Nähe haben wollten. Und einige stellen wieder einmal die Frage: Woher haben die Fujimoris das Geld für eine derartige Residenz? Schon 2004 hatte *Transparency International* geschätzt, dass der Diktator in seiner zehnjährigen Amtszeit rund 600 Mio. US-Dollar illegal angehäuft habe.

Die Empörung war und ist groß im Land. Schon am Heiligen Abend gingen einige Dutzend erzürnte PeruanerInnen vor dem Präsidentenpalast auf die Straße. Den Zeitpunkt hatte PPK absichtlich gewählt, meinte Marisa Glave, Fraktionsvorsitzende von *Nuevo Perú* im Abgeordnetenhaus, im Gespräch mit mir: Er wollte Zeit gewinnen, in der Hoffnung, die politische Aufregung wegen seiner Entscheidung werde sich beruhigen. Nach Weihnachten und Neujahr beginnen die Sommerferien,

da wollen viele Leute von Politik nichts wissen, und für Mitte Jänner hatte sich der Papst angesagt – diesem, so hoffte PPK, würde das Interesse mehr gelten als ihm.

Empörung über „schmutzigen Deal“

Doch das war eine Illusion. Am 28. Dezember, 11. Jänner und 30. Jänner fanden große Protestmärsche in Lima und anderen Städten des Landes statt. Und die Proteste werden weitergehen. Die Gemengelage ist schließlich nicht nur aus Menschenrechtsgründen brisant, sondern weil sie mit dem größten Korruptionsskandal in der Geschichte des Landes verknüpft ist.

Wie kam es dazu? Dass alles ein „schmutziger Deal“ gewesen ist, da sind sich große Teile von Bevölkerung und KommentatorInnen einig, und dafür sprechen auch die Fakten.

Seit seiner Verurteilung im Jahr 2007 und der Bestätigung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof im Jahr 2010 hatten Fujimoris Familie und AnhängerInnen immer wieder die Begnadigung aufs Tapet gebracht. Im Wahlkampf 2016, als PPK mit seiner Bewegung *Peruanos Por el Kambio*⁴ („PeruanerInnen für den Wechsel“) in die Stichwahl gegen Keiko Fujimori kam, war seine klare Ablehnung des schon lange bekannten Wunsches der Fujimoristen der Hauptgrund, dass PPK dann am 5. Juni 2016 die Stichwahl gegen Keiko Fujimori mit 50,12% sehr knapp gewann.

Zuvor hatte Verónica „Vero“, Mendoza mit ihrem linksalternativen *Frente Amplio*⁵ als Dritte am 10. April 2016 den Einzug in die Stichwahl gegen die Fujimori-Tochter trotz erfolgreicher 17,12% verpasst. Sie gab widerstrebend eine taktische Wahlempfehlung für PPK ab.

Kuczynski, ein neoliberaler Ökonom, früherer Investment-Banker und Weltbank-Mitarbeiter und eher Technokrat als Politiker, gleich alt wie Fujimori (beide werden in den nächsten Monaten 80), mit ihm lange bekannt und durchaus einer Meinung, was Fujimoris Wirtschaftsprogramm während der Diktatur betraf, war für viele menschenrechtsbewegte und links-alternative, aber auch bürgerlich-konservative PeruanerInnen eben das kleinere Übel bei der Präsidentschaftswahl 2016.

⇒ von Seite 19: PERU

Warum wurde dieses Weihnachten dann zu einem bitteren Fest, in den Augen von Millionen zur Beleidigung, ja zum Verrat an den Opfern der Fujimori-Diktatur? Warum wird der Slogan „*indulto es un insulto*“, also „Begnadigung ist Beleidigung“ wohl zum Schlagwort des Jahres 2017 in Peru werden?

Überraschung vor Weihnachten

Am Abend des 22. Dezember überstand der Präsident überraschend einen Misstrauensantrag im Kongress.

Noch im Oktober 2017 behauptete Kuczynski steif und fest, er habe nie auch nur die geringste Verbindung zu Odebrecht gehabt. Als Jorge Barata, ein früherer Peru-Beauftragter des brasilianischen Baukonzerns *Odebrecht*, auspackte und vier Firmen nannte, die eindeutig PPK zuzurechnen waren, wurde es eng für ihn. Dem Parlamentsausschuss *Lava Jato* beantwortete er dann einige Fragen schriftlich.

Inzwischen hatten Keiko Fujimori und *Fuerza Popular* schon versucht, andere Parteien – *Nuevo Perú*, aber auch *Aranas Frente Amplio* – dazu zu bewegen, im Parlament einen Amtsenthebungsantrag gegen PPK einzubringen. Ihre eigenen Leute wollten das nicht selbst initiieren. Am 14.12. brachte Marco Arana mit seinen Abgeordneten dann den Antrag auf „*vacancia*“ ein, gleichzeitig forderte er Neuwahlen für das Präsidentenamt und für eine verfassungsgebende Versammlung, da die Ursachen der Korruption im System lägen. Marisa Glave, Fraktionsvorsitzende von *Nuevo Perú*, unterstützte dieses Ansinnen nicht, die NP-Abgeordneten enthielten sich bei der Abstimmung am 22.12. der Stimme. Arana habe die Konsequenzen dieses nicht durchdachten und allzu rasch durchgepeitschten Antrages nicht mitbedacht, erklärte mir Marisa Glave. Wäre der Antrag durchgegangen, wäre verfassungsmäßig (da PPK angekündigt hatte, seine beiden VizepräsidentInnen Martín Vizcarra y Mercedes Aráoz würden dann auch zurücktreten) in der Folge der Parlamentspräsident – ein Fujimorist – Staatspräsident geworden, außerdem hätten die Fujimoristas sowohl die Ernennung des Obersten Staatsanwaltes wie des Verfassungsgerichtshofes in der Hand und nach Neuwahlen (wie von Arana gewünscht) auch die Wahlbehörde, denn diese Neuwahlen, da sind sich alle einig, würde Keiko Fujimori gewinnen. Gegenüber dieser putsch-

artigen Machtübernahme der Fujimoristas gab es von Marisa Glave im Dezember ein klares Nein.

Der Weg zum „*indulto*“

Die drohende „*vacancia*“ hat wohl hinter den Kulissen spätestens seit September einiges in Bewegung gebracht: Mitte September wurde die fachlich bewanderte Gesundheitsministerin Patricia García Funegra durch Fernando d’Alessiö ersetzt – er kam aus der Marine und hatte vor allem Strategie-Management-Erfahrung. Schon damals kam das Gerücht auf, Ministerin García würde einer Begnadigung Fujimoris aus humanitären Gründen nicht die Zustimmung geben, d’Alessiö schon. Es scheint, dass PPK schon damals überlegte, ob er der drohenden Amtsenthebung eventuell durch einen Deal mit jemandem aus Fujimoris Reihen entgehen könnte. Die Tatsache, dass d’Alessiö Anfang Jänner sein Amt als Gesundheitsminister nach nicht einmal vier Monaten niederlegte, spricht für diese These.

PPK scheint also schon seit einiger Zeit der Begnadigung Fujimoris den Weg bereitet zu haben. Schließlich ist für den Weltbank-Ökonomen und Investmentbanker Fujimori jemand, der die Wirtschaft Perus gerettet hatte. In Kenji Fujimori fand er einen Partner, mit dem der Plan zu beider Vorteil aufgehen konnte: PPK würde bis 2021 weiter regieren können und Kenjis Vater freikommen. Keiko Fujimori hatte seit der Kampagne 2016 versucht, ihre eigene politische Linie aufzubauen und so nicht mehr immer mit ihrem Vater in Zusammenhang gebracht zu werden. Sie war keine Freundin des *indulto*, auch wenn sie das öffentlich nicht sagen konnte.

Am 11. Dezember sucht Alberto Fujimori nun formell um die Begnadigung und die Annullierung aller laufenden Verfahren gegen ihn an, aus humanitären Gründen. Am 13. 12. gibt es neue Aussagen von Odebrecht, auch für Keiko Fujimori könne es eng werden, denn auch sie steht im Verdacht, Gelder von Odebrecht erhalten zu haben. Und: Es ist nicht ihr Anliegen, ihren Vater frei zu bekommen. Deshalb setzt sie alles daran, dass die Amtsenthebung (nach dem Antrag von Arana am 14.12.) so schnell wie möglich, ja putschartig, durchgezogen wird, noch bevor PPK ihren Vater begnadigen kann.

Am 17.12., so wurde später bekannt, ist es bei der Konstituierung eines medizinischen Dreier-Gremiums im Gefängnis zur Beurteilung des Gesundheitszustandes von

Fujimori alles andere als vertraulich und professionell zugegangen: Anwälte des Ministeriums sowie Freunde von Alberto Fujimori sollen anwesend gewesen sein. Das Gesundheitszeugnis über Fujimori stellt z.B. Bluthochdruck fest, an dem Tausende Landsleute leiden – ohne daran zu sterben, wie die unabhängige Journalistin Rosa María Palacios in ihrem Blog am 27.12. lakonisch feststellt.

Am 18.12. ist der Prozess zur Begnadigung voll im Gang, aber er muss geheim bleiben. Dazu müssen völlig unverdächtige Personen gefunden werden, die von der Unschuld des Präsidenten zu überzeugen sind und davon, dass die Demokratie gegen den Putschversuch von Keiko Fujimori verteidigt werden muss. „Einige von uns sind gutgläubig darauf hereingefallen“, schreibt Rosa María Palacios selbstkritisch in ihrem Blog. Auch Premierministerin Aráoz erklärte am 21. Dezember noch öffentlich, dass „Begnadigungen nicht zu verhandeln“ seien. Und am selben Tag erklärte das Justizministerium in einem offiziellen Kommuniqué, dass in der Begnadigungskommission des Präsidialamtes „keinerlei Antrag auf Begnadigung eingegangen“ sei. Fake News, Lügen, produziert von Regierungsseite.

Marisa Glave sagt, die Premierministerin hätte ihr noch am 23.12. versichert, dass die Begnadigung nicht geplant sei. Als die Amtsenthebung von Kuczynski dann mit den Stimmen von Kenji Fujimoris Getreuen abgewendet war, atmeten viele auf. PPK selbst wandte sich an das Land und beteuerte, aus seinen Fehlern gelernt zu haben. Am selben Abend versicherte er vor Journalisten, dass kein Begnadigungsprozess für Fujimori in Gang sei.

Am 23.12. gab es im Haus des Präsidenten ein Treffen, um die – Kenji Fujimori für die Stimmen im Parlament versprochene – Begnadigung auf den Weg zu bringen. Mercedes Aráoz zitierte dann per What’s App MinisterInnen sowie die gesamte Parlamentsfraktion für den 24.12. um 17:00 in den Regierungspalast. Einige Minister und Abgeordnete hatten Zweifel an diesem Vorgehen, doch sie blieben in der Minderheit. Sie legten ihre Funktionen später zurück. Am Heiligen Abend wurde die Begnadigung dann bekannt gegeben. „Sie haben uns Weihnachten ruiniert“, meint auch Marisa Glave.

Es sieht nicht gut aus im Neuen Jahr für die Zigtausenden, die am 28. Dezember, am 11. und am 30. Jänner auf die Straßen gingen, um zu demonstrieren –

und es wohl noch weiter tun werden. Alberto Fujimori soll planen, sich wie schon 2000 nach Japan abzusetzen, um sich weiteren Verfahren zu entziehen. Die dortige Staatsbürgerschaft hat er ja.

Ein Präsident auf Abruf

Rosa María Palacios glaubt nicht, dass PPK die nächsten zwölf Monate im Präsidentenamt überstehen wird. Marisa Glave sagt, wenn es einen neuen Antrag auf Amtsenthebung gibt, werden nicht nur die *Nuevo Perú*-Abgeordneten, sondern auch noch einige andere mitstimmen.

Denn PPK ist zur Geisel der Fujimoristen geworden. Mario Vargas Llosa, der ja 1990 die Präsidentschaftswahl gegen Fujimori überraschend verloren hatte, dann enttäuscht und erzürnt das Land verließ und die spanische Staatsbürgerschaft annahm, ergänzte in einem Artikel in *El País* noch: PPK ist zum Komplizen und zur Geisel von Fujimori geworden. Keine guten Aussichten dafür, dass das nächste Weihnachten das Fest des Friedens und der Liebe werden wird. ■

Ulrike Lunacek, frühere Grüne Europa-Abgeordnete und Vizepräsidentin des EP, hielt sich im Jänner in Peru auf.

¹ So lautete die Begründung PPKs.

² Er wurde wegen der beiden Massaker in *La Cantuta* und *Barrios Altos* sowie der Entführung des Journalisten Gustavo Gorriti und des Geschäftsmannes Samuel Dyer zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Weitere Verurteilungen gab es für Machtmissbrauch und Korruption, in Peru muss jedoch nur die längste Haftstrafe abgesessen werden.

³ Die strafgerichtliche Verfolgung dieser Entführung, Folter und Ermordung von sechs Personen in *Pativilca* durch die *La Colina*-Gruppe im Jahr 1992 – laut Aussagen eines Mitglieds dieser Todesschwadron auf Anordnung von Fujimori selbst – wurde erst 2017 begonnen. Daher hielte nach Meinung des früheren Staatsanwaltes César Azabache PPKs Gnadenakt der Verfassung nicht stand, die das frühestens 24 Monate nach Beginn des Verfahrens erlaubt. Ein Richterergremium wird darüber erst nach Redaktionsschluss entscheiden.

⁴ „*Kambio*“ absichtlich falsch geschrieben, damit es den Initialen von PPK entspricht.

⁵ Mittlerweile haben Verónica Mendoza, Marisa Glave, Indira Huilca (Tochter eines vor 25 Jahren von Fujimori ermordeten Gewerkschaftsführers) und einige andere nach mehreren Konflikten den *Frente Amplio* des Ex-Priesters Marco Arana verlassen und die neue Partei *Nuevo Perú* gegründet.

KÄUFLICHE DEMOKRATIE

Die Privatisierung Brasiliens unter Michel Temer

Mit der zweitinstanzlichen Verurteilung von Ex-Präsident Lula da Silva hat das brasilianische Regime beste Aussichten, bei den Wahlen im Herbst seine Macht abzusichern. Der neoliberale Umbau ist in vollem Gang.

Von Ricardo Borrmann

Die brasilianische Demokratie in den Abgrund geworfen“: Mit dieser Schlagzeile beschrieb die *New York Times* die aktuelle brasilianische Lage mit Bezug auf den Strafprozess gegen den ehemaligen Präsidenten Lula von der Arbeiterpartei PT. Am 24.1. bestätigte das Gericht zweiter Instanz seine Verurteilung wegen Bestechlichkeit und Geldwäsche und erhöhte die Strafe auf 12 Jahre und einen Monat Haft. Der Vorwurf lautet, Lula habe vom Großbauunternehmen OAS als Gegenleistung für Verträge mit dem Staatsölkonzern eine dreistöckige Wohnung entgegengenommen. Die Wohnung ist allerdings nicht in Lulas Besitz, noch habe er diese jemals benutzt, so seine Anwälte. Es könne keine Verbindung zwischen dem Objekt und Geldern des Ölkonzerns bewiesen werden. Die Wohnung wurde sogar vor kurzem zwangsversteigert, um Schulden des Unternehmens OAS zu tilgen, was die Widersprüche der Vorwürfe unterstreicht.

Alles deutet darauf hin, dass es sich hier um einen Schauprozess mit deutlichen politischen Zwecken handelt: Der ehemalige Staatschef führt in allen Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen im kommenden Oktober. Vor der Entscheidung des Gerichts qualifizierte einer der Richter das Urteil in erster Instanz von Richter Sérgio Moro als „*tadellos*“ und eine seiner Assistentinnen startete auf Facebook eine Kampagne gegen Lula.

Nach der Entscheidung wurde Lula der Pass entzogen, was nicht gerechtfertigt ist, da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Der Politiker wollte nach Äthiopien fliegen, um als Gastredner an einer Konferenz der UNO gegen den Hunger teilzunehmen. In Lulas Amtszeit hatte die Bekämpfung des Hungers höchste Priorität. Der aktuelle FAO-Präsident war Minister unter Lula und Hauptverantwortlicher für das erfolg-

reiche Programm gegen extreme Armut *Fome Zero*.

Dem Angriff der Justiz auf Lula war im August 2016 die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff vorangegangen. Im April 2016 stimmte das brasilianische Abgeordnetenhaus für die Einleitung des Impeachmentverfahrens gegen die 2014 mit mehr als 54 Millionen Stimmen wiedergewählte Präsidentin von der Arbeiterpartei (PT). Am 31. August 2016 wurde sie dann durch den Senat des Amtes enthoben. Offizielle Begründung für den Prozess waren angebliche Haushaltsmanipulationen: Die Regierung hatte Gelder von bestimmten Ressorts in andere Rubriken umverteilt, ohne dafür die Genehmigung des Parlaments einzuholen. Dabei handelte es sich allerdings um ein herkömmliches administratives Verfahren, das auch alle vorherigen Regierungen in Anspruch genommen hatten, ebenso wie Landes- und Städteverwaltungen.

Diese fragwürdige Begründung erweckte den Eindruck, dass die Amtsenthebung nur ein Vorwand war, um eine konservative Wende in der brasilianischen Politik einzuleiten und einen klar neoliberalen Kurs zu verfolgen, der bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Zustimmung fand. Deshalb sprechen viele von einem parlamentarischen Putsch mit der Unterstützung von privaten Medienkonzernen, dem Finanzsektor, Unternehmensverbänden und weiten Teilen der oberen Mittelschicht.

Neoliberaler Kurs nach der Wende

Die erste Maßnahme von politischer Bedeutung der neuen vom ehemaligen Vizepräsidenten Michel Temer (PMDB) geführten Regierung war ein umstrittenes Verfassungsänderungsgesetz. Ihm zufolge dürfen die Regierungsausgaben in den kommenden 20 Jahren nicht stärker steigen als die Inflationsrate. Davon werden vor allem Investitionen in Bildung und Gesundheit betroffen sein.

Das Gesetz offenbarte den neoliberalen Kurs der aktuellen brasilianischen Regierung. Kürzungen von Sozialleistungen, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, Beschränkung des öffentlichen Rentensystems, Steuererleichterungen für große

⇒ von Seite 21: BRASILIEN

Unternehmen und Agrarproduzenten, Verkauf von Staatsfirmen und Schuldentilgung am Finanzmarkt sollen die Wirtschaft ankurbeln und Brasilien angeblich wieder auf Wachstumskurs bringen. Griechenland lässt hier grüßen...

Mit Hinblick auf die demokratischen Grundregeln verdient diese Vorgangsweise die Skepsis der Bevölkerung. Das spiegelt sich auch in den jüngsten Umfragen: Der aktuelle Präsident ist mit den niedrigsten Beliebtheitswerten aller Zeiten konfrontiert. Nur zwischen 3% und 5% der Bevölkerung finden seine Regierung „gut“.

Die angekündigte Haushaltsdisziplin ist aber zwiespältig: Finanzminister Henrique Meirelles verkauft die Sparmaßnahmen und die Reformen als Heilmittel für die Sanierung der Wirtschaftsfundamente. Auf der anderen Seite wurden großen Privatbanken und Agrarproduzenten Schulden erlassen. Das alte neoliberale Rezept hat Vorrang: Es wird von unten nach oben umverteilt.

Unter Temer wurden erfolgreiche Sozialprogramme, wie etwa das Familienstipendium *Bolsa Família*, die Energieanschlussförderung *Luz para todos*, das Studentenstipendium *Prouni* und die Finanzierung von Sozialwohnungen *Minha Casa, Minha Vida*, drastisch gekürzt. Weiters wurde 2017 und 2018 der Mindestlohn erstmals nach allen PT-Jahren weniger stark angehoben als die Inflationsrate. Diese Entscheidung bedeutet einen deutlichen Verlust für die Arbeitnehmer. Der *Salário Mínimo* hat einen zentralen Multiplikatoreffekt für die Wirtschaft, weil sich andere Gehälter an ihm orientieren, wie etwa Renten und Tageslöhne.

Die wirtschaftlichen Erfolge, auf welche die neue Regierung verweist, sind zumindest als schwach zu beurteilen: Die Inflation lässt langsam nach, aber auf Kosten einer schweren Rezession (die bereits unter Rousseff begonnen hatte), der Zunahme der Armut und hoher Arbeitslosigkeit. Zwar gab es bei den Arbeitslosenzahlen in den letzten Monaten 2017 eine winzige Erholung, allerdings schrumpft die Zahl der Festangestellten mit sicheren Arbeitsverträgen weiter. Dies deutet auf eine Erhöhung prekärer Arbeitsverhältnisse hin.

Die bereits erlassene Arbeitsreform war zusammen mit der noch nicht gebiligten Rentenreform 2017 Anlass für zahlreiche landesweite Proteste und Streiks.

Für Arbeitnehmerverbände stehen sie für die vielen sozialen Rückschritte unter der neuen Regierung, darunter die Aufweichung geregelter Arbeitszeiten, von Weihnachtsgeld und Urlaub. Die Proteste wurden meistens von Rufen *Fora Temer* („Weg mit Temer“) begleitet.

Die äußerst regressive Steuerstruktur Brasiliens, die Konsum viel stärker als Eigentum und Kapitalgewinne belastet, bleibt allerdings unangetastet. Ende 2017 startete im Kongress eine Gruppe von Demonstranten einen Hungerstreik gegen die geplante Rentenform. Die Regierung sah sich schließlich außerstande, die Reform voranzutreiben, weil ihr die notwendigen Stimmen im Parlament fehlten. Die Reform ist äußerst unpopulär, weil sie eine Erhöhung des Mindestalters und der Beitragsjahre vorsieht. Viele Abgeordnete fürchten, im Wahljahr von ihrer Klientel bestraft zu werden. Ein neuer Versuch sie zu beschließen, ist dennoch für Februar geplant.

Korruptionsvorwürfe gegen Temer

Die Staatsanwaltschaft warf Temer die Bildung einer kriminellen Organisation und Justizbehinderung vor. Im Mai 2017 publik gewordene Audiomitschnitte eines geheimen Treffens des Präsidenten mit einem geständigen Fleischmogul belasten ihn schwer. Dabei informiert dieser Temer über Schweigegeldzahlungen an den ehemaligen Parlamentspräsidenten und bereits inhaftierten Architekten des Impeachments Eduardo Cunha und andere Justizmitarbeiter. Die Aufhebung von Temers Immunität scheiterte jedoch zwei Mal an der erforderlichen parlamentarischen Mehrheit.

Während Temer im Amt bleibt, mussten bereits zahlreiche Minister ihre Posten wegen Korruptionsaffären räumen. Der berühmteste Fall ist der seines engsten Beraters Geddel Vieira Filho, in dessen Arbeitswohnung Koffer voller Schmiergelder von der Polizei gefunden wurden. Auch Senator Aécio Neves, ein Temer nahestehender Spitzenpolitiker der PSDB, musste letztes Jahr um sein Abgeordnetenmandat bangen und verlor seinen Sitz im Senat. Seine Partei ist einer der wichtigsten Unterstützer der Regierungskoalition.

Als Konkurrent Rousseffs bei der Präsidentschaftswahl 2014 hatte Neves gleich nach deren Sieg einen Impeachmentprozess gefordert, ohne Beweismittel vorzulegen. Audiomitschnitte beweisen, dass er

Geld vom gleichen Fleischmogul genommen hat, was er nicht leugnet. Allerdings behauptet er, es handle sich um ein privates Darlehen (in Millionenhöhe). Seinen Posten als Parteivorsitzender musste er bereits räumen.

Der Ausverkauf von Staatseigentum

Kurz vor der Parlamentspause erließ der Kongress ein Gesetz, das die Privatisierung von Staatskonzernen im Energiesektor erlauben soll. Im Blick sind vor allem der Energieriese *Eletrobrás* und zahlreiche seiner regionalen Tochterfirmen. Die Justiz hat aber bis jetzt die Privatisierung verhindert, weil die Zweckmäßigkeit der Maßnahme nicht begründet wurde.

Staatsbanken stehen ebenso unter Verkaufsdruck. Die Regierung möchte die wichtige *Caixa Econômica* in eine Aktiengesellschaft umwandeln, was bis jetzt gesetzlich untersagt ist. Die Caixa zahlt landesweit Sozialprogramme und ist dafür verantwortlich, Kredite für Kleinbauern und für Wohnungsankauf bei niedrigen Zinsraten zu vergeben. Somit stellt sie ein wichtiges Werkzeug der Regierung auf dem Kreditmarkt dar.

Bei *Présal*, einer der größten Ölreserven der Welt, ist es nicht anders: Die alten Regeln, die unter Lula und Rousseff für die Ölförderung gegolten haben und eine minimale Teilhabe von 30% des Staatsölkonzerns *Petrobrás* vorsahen, wurden im Interesse ausländischer Großkonzerne geändert. Jetzt dürfen diese auch allein Ölfelder ankaufen und Öl fördern. Am 24. Jänner, zeitgleich zur Urteilsverkündung gegen Lula, kündigte Fernando Coelho Filho, der Minister für Bergbau und Energie, an, er werde im Juni weitere Erdölreserven vor Brasiliens Küste versteigern. Von dieser weltweit größten Versteigerung von Erdöl erwartet er sich Erlöse von ungerechnet 19 bis 23 Milliarden Euro.

Privatisierung von Bildung und Gesundheit

Letztes Jahr haben 23 Nobelpreisträger ein Manifest gegen die erheblichen Kürzungen im Bereich Wissenschaft und Technologie unterzeichnet. Die Kürzungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit stürzten die zahlreichen öffentlichen Hochschulen und die landesweite einheitliche Grundversorgung in eine schwere Krise. In einem Schreiben von 2017 empfiehlt die Weltbank der Regierung, auf ihre öffentli-

chen Bildungseinrichtungen zugunsten des Privatsektors zu verzichten.

Viele behaupten deswegen, die Landesuniversität von Rio de Janeiro (UERJ) wäre das Pilotprojekt für die Privatisierung des ganzen Bildungssystems, so wie in Chile. Die UERJ leidet unter der schweren Krise im Bundesstaat Rio de Janeiro, der wirtschaftlich stark von der Ölförderung und dem Staatsölkonzern abhängt. Stipendien, Forschungsgelder, Professoren- und Personalgehälter wurden nicht bezahlt. Die

der an eine PT-geführte Regierung abzugeben. Die Aussichten sind demnach nicht besonders gut, obwohl der ehemalige Präsident Lula in allen Umfragen am besten abschneidet.

Bewegungen wie der überparteiliche Sozialverband *Povo sem Medo* und Gewerkschaften haben eine Kampagne namens „Wahlen ohne Lula sind Betrug“ gestartet. Das Manifest fand bereits die Unterstützung von zahlreichen nationalen wie internationalen Intellektuellen, Künstle-

⇒ von Seite 5: BEWEGUNG(EN) IM AUFBRUCH

betrug oder einem zivil-militärischen Putsch eines durch und durch korrupten Justizsystems zum Opfer fallen.

Dass die Bevölkerung in verschiedenen Ländern nicht mehr gewillt ist, die betrügerischen Absichten der rechtsradikalen bis faschistoiden Machthaber hinzunehmen, hat sich zuletzt in Honduras gezeigt, wo Zehntausende – trotz intensivster Repression durch die Sicherheitskräfte und die Armee – bis heute mit Demonstrationen und Straßenblockaden gegen den offensichtlichen Wahlbetrug von Juan Orlando Hernández im November des Vorjahres protestieren.

Perspektiven für eine bessere Welt

Betrachtet man alle diese Entwicklungen in ihrer Gesamtheit, so zeichnet sich folgende Perspektive ab: Während sich die politische Rechte, deren Galionsfiguren – ebenso wie in den USA – meist dem Klub der Superreichen angehören, zusehends radikalisiert und militarisiert (die Entwicklungen in Venezuela sind ein Paradebeispiel dafür), haben sich in vielen Ländern Lateinamerikas die lokalen und regionalen Widerstandsnester, die es seit der Kolonialherrschaft immer gegeben hat, wieder aktiviert; diesmal jedoch nicht mit dem Ziel, kurzfristige Wahlerfolge zu erzielen, die dann unter dem Druck des Kapitals früher oder später zusammenbrechen, sondern in der Form von Sammelbewegungen, deren regionale und weltweite Vernetzungsinstanzen sich gerade im Aufbau befinden.

Es ist zu wünschen, dass diese Widerstandsversammlungen – die sich übrigens auch in Europa artikulieren, wie die Versammlung in Barcelona im Januar gezeigt hat und in die in Budapest im März wohl zeigen wird – mit ihrem Ansinnen, Strategien zu erarbeiten, die ein gemeinsames Vorgehen auf regionaler und weltweiter Ebene ermöglichen sollen, möglichst rasch wirksam werden. Denn angesichts des Überhandnehmens des nationalistischen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus ist eine Lücke entstanden, welche die traditionellen Linksparteien allein nicht mehr füllen können. ■

Leo Gabriel ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Interkulturelle Forschung und Zusammenarbeit in Wien sowie Mitglied des Internationalen Rates des Weltsocialforums.



Lulas Popularität ist zwar nach wie vor hoch, doch ist es ungewiss, ob er in den kommenden Präsidentschaftswahlen noch einmal kandidieren darf.

UERJ hat als eine der ersten Universitäten *affirmative actions* für die Aufnahme von schwarzen Studenten implementiert und steht deshalb für die Tradition der liberalen öffentlichen Hochschulbildung. Seit Monaten protestieren Professoren, Studenten und Mitarbeiter mit Kundgebungen und Streiks, doch scheint sich wenig zu ändern. Lula entschied sich sogar, dort seine Karawane durch das Bundesland Rio abzuschließen, und wurde von tausenden Menschen empfangen. Für den Fall seiner Wiederwahl als Präsident versprach er eine Volksabstimmung zur Aufhebung der unpopulären Reformen Temers.,

Wahlen ohne Lula?

Es ist wohl unrealistisch zu erwarten, dass die Sektoren, die das Amtsenthebungsverfahren angeleitet und unterstützt haben, bereit sind, bei den kommenden Wahlen im Oktober 2018 die Macht wie-

rInnen und Staatschefs. Darunter finden sich Namen wie jener des Sängers Chico Buarque, von Noam Chomsky und Politregisseur Costa Gavras. Eine engagierte Gruppe in Berlin namens „SOS Lula“ unterstützt die Initiative und hat sogar eine Videokampagne für Lula gestartet.

Währenddessen versuchte Präsident Temer in Davos vor einem halbleeren Raum, Brasiliens Wirtschaft für internationale Investoren schmackhaft zu machen. Auch wenn Brasilien auf internationaler Bühne derzeit keine Rolle spielt, hat der Markt bereits Partei ergriffen: Nach der Gerichtsentscheidung vom 24.1. stiegen die Aktienkurse deutlich, in einem Land, wo keine 0.3% der Bevölkerung Aktien besitzen und viele noch über kein Bankkonto verfügen. ■

Der Brasilianer Ricardo Borrman lebt seit fünf Jahren in München, wo er in Kunstgeschichte (LMU) promoviert.

EVO FOREVER? EVO FOREVER? EVO FOREVER? EVO F

Das Verfassungsgericht hat den Weg zu einer abermaligen Kandidatur von Evo Morales bei den Präsidentschaftswahlen von 2019 frei gemacht und damit das Resultat des gescheiterten Wiederwahlreferendums vom Februar 2016 aufgehoben. Die Opposition schäumt; die internationale Gemeinschaft bleibt gelassen. Bolivien begibt sich damit in eine fragwürdige Gesellschaft caudillistischer Rechtsverdreher. Doch die Regierung Morales hat auch Leistungen vorzuweisen, die für sie sprechen. Ihre wichtigste Stärke ist die Schwäche der Opposition.

Von Robert Lessmann

Gesetzestexte und Verfassungsparagraphen haben in Bolivien „erlebnisorientierten Charakter“, schrieb Stefan Jost in seiner Habilitation „Politisches System und Reformprozess 1993-1997“. Er wusste, wovon er sprach, denn er war vormals Bürochef der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in La Paz gewesen. Das war lange vor dem Beginn der Ära Evo Morales im Jänner 2006. Ende November 2017 war es wieder einmal so weit. Das Verfassungsgericht (*Tribunal Constitucional Plurinacional*) entschied: Das aktive und passive Wahlrecht stehe über einschlägigen Paragraphen der Verfassung von 2009, die nur die einmalige Wiederwahl erlauben. Es berief sich dabei auf die Amerikanische Menschenrechtskonvention – auch als Pakt von San José (Costa Rica) bekannt – aus dem Jahr 1969.

Oppositionsführer Samuel Doria Medina sprach von einem Staatsstreich. Es geht konkret vor allem um Artikel 168 der neuen Verfassung von 2009, der nur eine einmalige direkte Wiederwahl erlaubt. Bei Morales wäre es 2019 potenziell die dritte Amtszeit in Folge – nicht mitgerechnet die erste (verkürzte) Amtszeit auf der Grundlage der alten Verfassung. Das Verfassungsprojekt war von der Regierungspartei MAS (*Movimiento al Socialismo*) im Rahmen ihrer Politik einer „Neugründung Boliviens“ vorangetrieben worden. Die Begrenzung der Mandatszeiten durch den Artikel 168 war dann bei Nachverhandlungen des fertigen Verfassungsentwurfs auf Betreiben der Opposition nachträglich aufgenommen worden. Zu diesen im Gesetz gar nicht vorgesehenen Verhandlungen war es nach dem Zivilputsch von 2008 gekommen. Ein Viertel aller Artikel des Entwurfs wurde damals modifiziert. Die neue Verfassung wurde schließlich im Jänner 2009 in einem Referendum mit großer Mehrheit angenommen.

Die Opposition fürchtete sich schon damals vor dem charismatischen Morales, der alle Wahlen und Abstimmungen jeweils mit klarer absoluter Mehrheit gewonnen hatte. Die Regierungspartei MAS wiederum wollte auf ihr Flaggschiff nicht verzichten – zumal Wahlen und Abstimmungen, bei denen Morales nicht kandidierte (wie etwa Gemeindewahlen) meist weniger deutliche Erfolge brachten. Das mag auch der Grund für das Wiederwahlreferendum vom Februar 2016 gewesen sein, mit dem der Artikel 168 gekippt werden sollte. Überraschenderweise ging es für Morales mit 51,3 : 48,7 Prozent knapp verloren. Kurz davor hatte eine Exgeliebte des Präsidenten ein uneheliches Kind ins Feld geführt. Das Kind konnte nie präsentiert werden und die Dame sitzt nun unter anderem wegen Korruptionsvorwürfen in Untersuchungshaft. Die MAS spricht daher von einem „Lügenreferendum“ und überlegte seitdem, auf welchem Wege man dennoch eine erneute Kandidatur von Morales bewerkstelligen könne, wobei mehrere Alternativen zur Diskussion standen (wir berichteten in LAA 1/2017).

Erlebnisorientierte Auslegung

Während die Affäre um das nicht existierende Kind wahrscheinlich für die fehlenden 2,6 Prozentpunkte verantwortlich war, übersieht die MAS, dass es tatsächlich zu einer Erosion des Ansehens der Bewegung, der Regierung und des Präsidenten gekommen ist und Ergebnisse von 60 Prozent und mehr der Vergangenheit angehören dürften. Die „Regierung der sozialen Bewegungen“ ist zunehmend mit sozialen Protesten konfrontiert. Ende Jänner ging ein mehrwöchiger Streik der Mediziner gegen ein neues Strafgesetzbuch zu Ende. Präsident Morales hat das umstrittene Gesetzespaket schließlich an das Parlament zur Überarbeitung zurück verwiesen,

um zu verhindern, dass die Debatte von der Opposition missbraucht wird. Diese protestiert unter dem Kürzel F16 weiter gegen die Aushebelung des Ergebnisses des Referendums vom Februar 2016.

Die Regierungsdiskurse sind steril. Man beruft sich auf das Erreichte. Neue Ideen sind rar, Korruptionsvorwürfe dagegen so zahlreich und laut wie unter den alten Regierungen. Die erwähnte Exgeliebte des Präsidenten konnte zwar kein Kind vorweisen, soll aber Regierungsaufträge in Höhe von 500 Millionen Dollar für die chinesisch-bolivianische Firma requiriert haben, bei der sie Geschäftsführerin war. Nicht zuletzt haben die Bolivianerinnen und Bolivianer eben auch den „erlebnisorientierten Umgang“ mit Verfassungsparagraph 168 nicht goutiert. Und jenen mit dem Ergebnis des Referendums vom 21. Februar 2017 auch nicht: Bei von der MAS eingeführten Wahlen von Richtern im vergangenen Dezember erreichten ihre Kandidaten nur 30 Prozent Zustimmung. Die Opposition, die zum Wahlboykott aufgerufen hatte, feierte ihren Sieg in den sozialen Netzwerken.

Evo forever?

Sie sollte sich nicht zu früh freuen, das Ergebnis der Richterwahlen nicht überbewerten und die Zustimmung zu Morales nicht unterschätzen. Die Menschen wussten wenig über diese Richterwahlen und kannten die Kandidaten nicht. Nach 40 Prozent Nullvotum/Enthaltungen bei einer Abstimmung im Jahr 2011 konnte Morales bei den darauffolgenden Wahlen dennoch mit über 60 Prozent reüssieren. Einiges Band der Oppositionskräfte ist die Ablehnung von Morales und seiner MAS. Ihre Inhalte – soweit überhaupt erkennbar – liegen weit auseinander. Sie haben sich nie auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können. Der potenziell aussichtsreichste Gegenkandidat, Exinterimspräsident Carlos D. Mesa, dementiert alle Spekulationen um eine Kandidatur und hat keine Partei oder Bewegung im Rücken. Andere, wie Doria Medina (UN), stehen für das „ancien régime“, das im Dezember 2005 mit Pauken und Trompeten abgewählt wurde; beim Erdrutschsieg der MAS kam damals nur eine der Altparteien noch über die Dreiprozenthürde. Die linksliberale Bewegung *Sol.bo* (vormals *Movi-*



Foto: Eveline Sigl

Wird sie Evo noch einmal zum Präsidenten wählen?

miento Sin Miedo des Menschenrechtlers Juan del Granado) stellt seit 1999 sehr erfolgreiche Bürgermeister in La Paz – zwischenzeitlich auch einmal in Oruro und neuerdings in El Alto –, hat sich aber nie als landesweit agierende politische Kraft etablieren können.

Senatspräsident Alberto González (MAS) argumentierte süffisant, man habe das Ergebnis des Referendums ja befolgt und der fragliche Verfassungsartikel sei unverändert geblieben. Nur habe der Verfassungsgerichtshof ihn im Lichte internationaler Menschenrechtsabkommen neu interpretiert. Es ist jedoch fraglich, ob die Bevölkerung die juristischen Spitzfindigkeiten und Trickserien der MAS hinnehmen wird, mit denen sie sich in fragwürdige Traditionen stellt. Unter anderem der gerade im Nachbarland Peru unter dubiosen Umständen begnadigte Alberto Fujimori hatte 1992 durch einen Selbstputsch (*autogolpe*) und eine Verfassungsänderung seine Präsidentschaft verlängert, bis er schließlich im Jahr 2000 aus dem Amt gejagt wurde. Realistischer scheint da die Position von Vizepräsident Álvaro García Linera, der wiederholt betont hat, 2019 nicht wieder antreten zu wollen, und sich stattdessen der Ausbildung des politischen Nachwuchses widmen will, wo er Defizite sieht. In der Tat hat sich die MAS in ihrem *proceso de cambio* stets und immer stärker auf Evo Morales und sein Charisma verlassen und sich entgegen aller Ratschläge und Vernunft nicht um eine Nachfolge gekümmert, auch nicht in den zwei Jahren nach dem verlorenen Referendum

vom Februar 2016. Vielmehr scheinen erstaunlich viele Fäden in den Händen des Präsidenten zusammenzulaufen und die Politik von präsidentiellem Mikromanagement bestimmt zu sein. Minister wurden gewechselt wie anderenorts Oberhemden. Warnungen vor autoritären Tendenzen wurden negiert, und dass dies alles auf Kosten der Effizienz geht, versteht sich von selbst.

Keynesianismus a la boliviana

Ein Bereich scheint davon ausgenommen: die Ökonomie, bis zu seinem krankheitsbedingten Ausscheiden im Juni 2017 betreut von Luis Arce Catacora, der als Superminister für Wirtschaft und Finanzen als einziger verbliebener Minister von Anfang an dabei war. Während andere Länder Lateinamerikas – gerade auch die mit „progressivistischen“ Regierungen – Wirtschaftskrisen durchtaumeln, stellte in Bolivien sein Nachfolger Mario Guillén (ein enger Mitarbeiter und Vertrauter Arces) Ende September positive Wirtschaftsdaten für die Zeit bis August 2017 vor. Demnach war das Bruttoinlandsprodukt im Andenland 2017 bis dahin um 3,34 Prozent, die Binnenkaufkraft um 7,2 Prozent gestiegen. Wegen der Nachfrage nach Erdgas und Erdölprodukten aus Brasilien erwartete man für die verbleibenden Monate noch eine zusätzliche leichte Steigerung bis zum Jahresende. Der Jahresabschluss 2017 dürfte nun tatsächlich bei knapp unter 4 Prozent liegen.

Auch die bolivianische Wirtschaft ist stark von Erdgas- und Erdölexporten ab-

hängig und den Preisschwankungen in diesem Marktsegment ausgeliefert. In der Tat verzeichneten diese in den ersten acht Monaten des Jahres 2017 ein Negativwachstum von 14,1%, der Bergbau schrumpfte um 1,6%. Kritiker sprechen zu Recht von *extractivismo*, mangelnder Nachhaltigkeit, und bemängeln, dass hier gerade kein Wandel des Modells stattgefunden habe. Demgegenüber sind die Sektoren Landwirtschaft (8,6 Prozent), Bauwesen (7,2), Lebensmittel (5,6), Handel (5,2), öffentliche Dienstleistungen (4,8), andere Dienstleistungen (4,4), Finanzdienstleistungen (4,3), Elektrizität, Gas und Wasser (4,2) deutlich angewachsen.

Bolivien dürfte damit zusammen mit Uruguay weiterhin die Spitzenposition beim Wirtschaftswachstum in Lateinamerika behaupten. Das durchschnittliche Wachstum lag schon in den vergangenen zehn Jahren bei rund vier Prozent. Grundlage der Stabilität, trotz Einbrüchen beim Rohstoffexport, ist die gestiegene Binnenkaufkraft, die sich nicht zuletzt in einem starken Anwachsen privater Sparguthaben manifestiert. Dieses wiederum wurde durch eine konsequente Umverteilungspolitik, vor allem durch gestiegene Lohn-einkommen, ermöglicht: Mehrfach wurde der gesetzliche Mindestlohn angehoben und ein konjunkturabhängiges 14. Monatsgehalt am Jahresende ausbezahlt; die Einführung einer Mindestpension sowie einer Schuljahresabschlussprämie und eines Mutter-und-Kind-Bonus ergänzten die Maßnahmen.

Während also auf der politischen Ebene nach dem gescheiterten Wiederwahlreferendum für Präsident Morales und zunehmenden Korruptionsvorwürfen gegen Regierung und Verwaltung auch die Position der Regierungspartei MAS nicht mehr unangefochten ist, steht das Land wirtschaftlich nach wie vor so solide da wie nie. War Bolivien vor dem Regierungswechsel im Jänner 2006 auf Gedeih und Verderb von ausländischer Entwicklungsfinanzierung abhängig und hoffnungslos verschuldet, so liegt es heute bei den Devisenreserven im Verhältnis zur Wirtschaftskraft gleichauf mit Paraguay auf Platz zwei hinter Peru. Mit einer „Bewegung zum Sozialismus“ hat das alles zwar nichts zu tun und auch nicht mit der andinen Nachhaltigkeitsphilosophie des *Buen Vivir*. Aber sehr viele Bolivianerinnen und Bolivianer haben heute einfach ein besseres Leben als vor 2006. ■

DER FALL SANTIAGO MALDONADO

Auch nach dem Auffinden der Leiche des Aktivisten Santiago Maldonado Anfang Oktober 2017 sind die genauen Hintergründe seines Todes nicht vollends aufgeklärt. Währenddessen erschüttern weitere Gewalttaten gegen Mapuche-AktivistInnen die argentinische Gesellschaft.

Von Laurin Blecha

Santiago Maldonado, ein 28-jähriger Tätowierer und politischer Aktivist, nahm Ende Juli 2017 an Protesten der *Mapuche* in der argentinischen Provinz Chubut gegen den illegalen Verkauf von Land an den italienischen Textil- und Modekonzern *Benetton* teil. Im Zuge einer dieser Kundgebungen wurde Maldonado, der sich solidarisch auf die Seite der *Mapuche* stellte, von der *Gendarmeria Nacional* festgenommen und galt seit dem 1. August als verschwunden. Blutspuren in einer Dienststelle, die Maldonado zugeordnet werden konnten, erhärteten den Verdacht, dass er im Zuge seiner Festnahme durch Polizeigewalt zu Tode kam. Sein lebloser Körper wurde schließlich Anfang Oktober 2017 im Río Chubut von einem Suchtrupp entdeckt. Die Autopsie konstatierte Tod durch Ertrinken, die genauen Umstände sind derzeit jedoch immer noch nicht aufgeklärt.

Schon hatte es den Anschein, dass die argentinischen Behörden den Fall Maldonado als erledigt betrachteten. Am 25. November jedoch erschossen Mitglieder der Marine-Spezialeinheit *Albatros* den 22-jährigen Rafael Nahuel in der Nähe von Bariloche. Vorangegangen waren auch hier Proteste der *Mapuche*, die seit dem 11. November Land besetzt hielten, das sie als ihr historisches Erbe betrachten. Hundertschaften von Polizeieinheiten, darunter auch die *Albatros*, rückten in die indigene Gemeinde Lafken Winkul Mapu vor und begannen eine – laut Augenzeugen – äußerst brutale Räumung des Grundstücks, in deren Kontext scharf auf die davonlaufenden AktivistInnen geschossen wurde. Laut dem Autopsiebericht starb Nahuel durch ein Geschöß, das zur Standardausrüstung der Pistolen der Spezialeinheit gehört. Die Untersuchungen des zuständigen Bundesrichters Gustavo Villanueva gestalten sich jedoch – ähnlich wie im



Solidarität mit Santiago am Wr. Volksstimmefest 2017

Falle Maldonados – schleppend. Vergeblich verlangt Villanueva die Herausgabe von Videomaterial aus den Bodycams der Albatros-Mitglieder.

Die Proteste der *Mapuche* bewegen seit Monaten die argentinische Gesellschaft. Studierende, Intellektuelle, Menschenrechtsorganisationen sowie zahlreiche soziale Bewegungen üben scharfe Kritik an der argentinischen Regierung und deren Umgang mit den indigenen Gemeinschaften. Die Regierung von Mauricio Macri komme ihrer Pflicht nicht nach, ihre BürgerInnen vor der immer noch präsenten Repression durch Teile staatlicher Organe zu schützen, was auch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte im Kontext von Maldonados Verschwinden bemängelte. Auch die schlechte Informationspolitik der Regierung wird kritisiert: Durch Zurückhalten von Fakten entstehe der Eindruck, dass die Regierung bei vielen Problemen und Konflikten „auf Zeit spielt“. Dies wurde auch im Zusammenhang mit dem Verschwinden des U-Bootes *ARA San Juan* Mitte November deutlich.

Angesichts der zunehmenden Polarisierung in der argentinischen Gesellschaft, für die ein heftiges Schreiduell im Kongress zwischen dem Senator der Provinz San Juan, Ruperto Godoy (*Frente para la Victoria*), und der Ministerin für Sicherheit, Patricia Bullrich (*Cambiamos*), symptomatisch war, treten im Falle der Gewalt gegen die *Mapuche*-AktivistInnen die Tatsachen und Fakten in den Hintergrund. In einer perfiden Opfer-Täter-Umkehr wurden sogar Angehörige der *Mapuche*-Gemeinde beschuldigt, Maldonado umgebracht zu haben, um daraus politischen

Nutzen in ihrem Kampf gegen den Nationalstaat zu ziehen.

Die Konfliktlinien reichen weit zurück bis zur Konstituierung des argentinischen Nationalstaates in der Mitte des 19. Jahrhunderts. In dessen Kontext schoben die politischen AkteurInnen, v.a. die mächtige Agraroligarchie, die Grenzen des Staates weiter Richtung Süden und Westen. In einem Wettlauf mit Chile versuchte man, möglichst viel Land in den weiten Ebenen Patagoniens und der Pampa

an sich zu bringen. In blutigen Kampagnen zwischen 1833 und 1885 wurde die indigene Bevölkerung der Pampa und Patagoniens unter dem Vorwand der Ausbreitung der „Zivilisation“ nahezu ausgelöscht. Der zynische Begriff „Wüstenkampagnen“, sollte als politisches Schlagwort und als eine Art Beruhigungsmittel für die elitären Zirkel in Buenos Aires erhalten, denn in der Wüste gab es ja – nach dieser Darstellung – keine Menschen, sondern nur Tiere und Wildnis. Im Fortschritts- und Modernisierungsdenken des 19. Jahrhunderts hatten die Indigenen keinen Platz, schon gar nicht, wenn sie sich den jungen Nationalstaaten entgegenstellten. Die Mehrheit der indigenen Bevölkerung der Pampa und Patagoniens kam in den Kämpfen um, erlag eingeschleppten Krankheiten oder wurde zwangsumgesiedelt.

Dies sind einige der *venas abiertas* der Geschichte Argentiniens, die nun durch den Tod von Maldonado und Nahuel zum Vorschein gelangen. Aus der Sicht der staatlichen etablierten AkteurInnen stellen Minderheiten Störfaktoren dar. Sie fordern diese mit ihren alternativen Erzählungen und Erinnerungen und ihren historisch gewachsenen alternativen Lebensweisen heraus und stehen außerhalb der großen Nationalerzählung. Die ethnische Zugehörigkeit wird strukturell sanktioniert und der Nationalstaat versucht die Minderheiten durch Mechanismen der Inklusion (wie Konvertierung zum Christentum in der Kolonialzeit) oder Exklusion, wie Landenteignung, vom politischen und gesellschaftlichen Leben auszuschließen oder sie in die homogene Masse des Nationalstaates einzugliedern. ■

„ES WANDELT NIEMAND UNGESTRAFT UNTER PALMEN“

Diese Sentenz Goethes gewinnt hinsichtlich der steilen Karriere von Palmöl in den letzten 20 Jahren eine neue Bedeutung. Lateinamerika stellt bisher nur einen Nebenschauplatz dieser aktuellen Ölbonanza dar. Das könnte sich ändern.

Von Jürgen Kreuzroither

2016 ist die globale Anbaufläche auf 18,5 Millionen Hektar geklettert (die 14fache Ackerfläche Österreichs). Damit nimmt die aus Westafrika stammende Ölpalme zwar nur 7% der Fläche in Anspruch, auf der weltweit Ölsaaten angebaut werden, aber auf ihr werden beeindruckende 39% der Gesamtmenge an Pflanzenölen gewonnen. Die Produktivität ist also überragend: 3,3 Tonnen Öl pro Hektar im Vergleich zu 0,7 Tonnen beim Raps und gar nur 0,4 Tonnen bei Soja. Die Ölgewinnung ist bei Soja allerdings nur ein Nebenaspekt.

Superstar Ölpalme mit Schattenseiten

Neben der Produktivität erklären weitere Eigenschaften den rasanten Aufstieg von Palmöl zum meist produzierten Pflanzenöl der Welt. Kein Öl ist so vielseitig verwendbar: Ob Schokolade, Margarine, Backwaren, Speiseeis, Knabberzeug, Fertigmitteln oder Tierfutter – überall findet sich Palmöl. Aber auch bei der Herstellung von Waschmitteln und Kosmetika sowie in der chemischen Industrie wird das Wunderöl eingesetzt.

Zuletzt gibt es zwar eine gewisse Gegenreaktion der KonsumentInnen in Europa – NGO-Kampagnen gegen naturzerstörerische Ölpalmenplantagen dürften wirken –, und so wird zum Beispiel bei Backwaren wieder vermehrt tierisches Fett eingesetzt (siehe Anstieg des Butterpreises), doch es gewinnt ein anderer Nachfrager treiber buchstäblich an Fahrt: Dank vorgeschriebener Agrodieselbeimischung verbrauchte der Verkehrssektor in der EU 2015 erstmals mehr Palmöl als die stoffliche Nutzung in den zuvor genannten Industrien. Der Palmölanteil am Agrodiesel ist wegen des Preisvorteils inzwischen auf ein Drittel gestiegen. Dabei besteht mittlerweile Konsens, dass der Anbau von Palmöl zur Nutzung als Dieselmittel

weder ökologisch noch aus Klimagründen sinnvoll ist, wenn dafür Regenwald abgebrannt wird.

Expansionshoffungsregion Lateinamerika

Die globale Produktion von Palmöl konzentriert sich immer noch auf zwei Länder: Indonesien und Malaysia stellen 85%. Lateinamerika befindet sich aktuell abseits der einschlägigen globalen Handelsströme¹, die Wachstumsraten in der Produktion und das Potenzial für die Expansion des Palmölsektors sind jedoch bedeutend. Dies wiegt umso mehr, als sich in Asien Wachstumsgrenzen aufgrund der ökologischen und sozialen Folgen abzeichnen. Zudem hat Palmöl aus den führenden Produktionsländern mittlerweile einen schweren Imageschaden erlitten.

gibt etwa 5.000 ÖlpalmenpflanzerInnen, aber die 800 Großbetriebe stellen 70% der Erntemenge.

Auch in **Peru** ist die Beimischung von Agrodiesel vorgeschrieben. Allerdings musste eine Raffinerie wegen mangelnder Auslastung schließen, sodass Palmöl jetzt wieder als Rohstoff exportiert wird (v.a. nach Kolumbien). Es wird dennoch mit einer rasanten Ausweitung der Anbaufläche gerechnet, die absehbar auf Kosten von Primärwaldflächen im Amazonasbecken gehen würde. Landkonflikte mit Indigenen häufen sich und fordern angesichts der mangelnden Präsenz des Rechtsstaates immer wieder Todesopfer.

In **Brasilien** ist die Erzeugung von Agrartreibstoffen (Ethanol) dank des staatlich initiierten *Proalcool*-Programms seit den 1970er Jahren eine Angelegenheit des



Transport von Früchten der Ölpalme in der Region Bajo Aguán, Honduras

Kolumbien liegt immerhin am weltweit vierten Rang punkto Palmölerzeugung. Als Triebmittel wirkt eine hier seit 2008 bestehende Beimischverordnung von Agrodiesel als Treibstoffzusatz. Der Großteil des Palmöls geht somit in den Binnenmarkt und es wird zusätzlich aus Nachbarländern importiert. Die Ausweitung der Plantagen war dabei untrennbar mit dem internen Krieg Kolumbiens verbunden, ging also vielfach mit gewalttätigem Landraub einher. Entsprechend schaut die heutige Konzentration der Produktion aus: Es

Agrobusiness. Beim Start des Biodiesel-Programms 2004 wollte es die PT-Regierung anders machen und einen Entwicklungsmotor für Familienhöfe im armen Nordosten schaffen. Anfänglich wurde auf Rizinus als Ölpflanze gesetzt, doch bald stellte wieder das Agrobusiness mit Sojaöl und Rinderfett den überwiegenden Teil der Ölanlieferungen. Der Grund: Es musste keine neue Infrastruktur geschaffen werden, denn Sojaöl ist ein Beiprodukt der Tierfutterherstellung und Rinderfett fällt bei der Schlachtung an.

⇒ von Seite 27: PALMÖL

Dennoch ist die auf den Binnenmarkt ausgerichtete Biodieselindustrie verpflichtet, einen Teil des Rohstoffes aus familiärer Landwirtschaft zu beziehen. Dabei fand eine Umorientierung auf die Ölpalme statt, wodurch nicht mehr der trockene Nordosten, sondern der Bundesstaat Pará im Osten Amazoniens ins Zentrum rückte. Hier beherrschen drei Konzerne das Palmölgeschäft und verfügen über zwei Drittel der Palmölplantagen. Darüber hinaus binden diese Konzerne – staatlicherseits gefördert – Kleinbauern mittels Vertragslandwirtschaft ein. In der Praxis werden die LandwirtInnen dadurch gänzlich von einem Produkt abhängig. Der Einstieg kann nämlich nur über eine Kreditaufnahme erfolgen, denn Ölpalmen tragen erst ab dem dritten Jahr und die vorgeschriebenen zehn Hektar Anbaufläche erlauben es einem durchschnittlichen Familienbetrieb kaum, zusätzliche Kulturen zu betreiben.

Die Melka-Gruppe: von Malaysia nach Peru

Zurück nach Peru: Schon früh propagierte die UN-Drogenbehörde (UNODC) die Palmölproduktion als Einkommensalternative für Kokabauern. Nach der Dieselbeimischverordnung 2005 explodierte die Anbaufläche regelrecht. Allerdings kam es 2012/2013 zu einem Rückschlag: Billige Importe aus Argentinien (Sojaöl als Beiprodukt!) zerstörten den Marktpreis. Dennoch gibt es Schätzungen, dass sich die Kultur zu Beginn der 2020er Jahre auf 250.000 Hektar ausweiten könnte, und insgesamt gelten 1,4 Millionen Hektar als geeignet für den Anbau.

Günstig für die unregelmäßige Expansion erweist sich dabei die schwache Präsenz des peruanischen Staates in der Amazonasregion. Ein negatives Anschauungsbeispiel liefert die Melka-Gruppe: Der tschechisch-US-amerikanische Investor Dennis Melka hat in Malaysia viel Geld mit dem Palmölanbau verdient und versuchte in den letzten Jahren den Sprung über den Pazifik. Dabei bediente er sich eines unübersichtlichen Geflechts von 25 Unternehmen, das sowohl illegale Landnahmen als auch Steuerunterschlagungen verschleiern soll.

In die Schlagzeilen geraten ist der Fall der Gemeinde Santa Clara in der Region Ucayali. Große Teile des Gemeindelandes wurden mittels Strohmannern angeeignet und entwaldet. Das Agrarministerium stell-

te nachträglich fest, dass die Entwaldung von fast 7.000 Hektar illegal war. Die Betroffenen brachten den Fall auch vor den *Round Table of Sustainable Palmoil* (RSPO), eine internationale Selbstregulierungsinitiative, die von Palmölindustrie und großen NGOs gemeinsam gegründet wurde. Wie vorgeschoben diese Initiative ist, macht der Fall Melka deutlich: Nach langer Verhandlung zog die Melka-Gruppe wenige Tage vor der Entscheidung die Mitgliedschaft der fraglichen Unterfirma einfach zurück.



Die betroffene Unterfirma wurde inzwischen umbenannt. Ihre Mitarbeiter sind wiederholt dabei ertappt worden, auch angrenzendes Gemeindeland von Santa Clara zu schlagern. Die Gewinne aus dem illegalen Holzhandel, verbunden mit der Korruptionsanfälligkeit regionaler Behörden, sind zu verlockend. Die Konsequenz sind zunehmende Landkonflikte, die namentlich unter indigenen Vertretern bereits wiederholt zu Todesopfern geführt haben.

Kein ausgemachtes Geschäft

Wiewohl die Ölpalmenkulturen im tropischen Teil Lateinamerikas seit der Jahrtausendwende kontinuierlich wachsen, sind die Aussichten nicht eindeutig:

1. Die seit Jahren niedrigen Erdölpreise haben zwar die verordneten Beimischungen von Agrodiesel nicht beseitigt, dürften aber einer weiteren Erhöhung bis auf Weiteres im Wege stehen.

2. Solange der Rohstoffbedarf zur Agrodieselerzeugung mit Nebenprodukten gedeckt werden kann (Brasilien: Sojaöl, Rinderfett), dürfte Palmöl als Treibstoff keine Marktchancen haben.

3. Die politisch propagierte Einbindung von kleinen Landwirtschaftsbetrieben

scheitert an den Erfordernissen des Ölpalmenanbaus. Die geernteten Früchte müssen binnen weniger Stunden in einer Ölmühle verarbeitet werden. Das bedingt große zusammenhängende Anbauflächen und verstärkt damit die Landkonzentration. Zudem geraten Kleinbetriebe durch die praktizierte Vertragslandwirtschaft in eine fatale Abhängigkeit.

4. Die Behauptung, dass die Expansion nicht auf Kosten des Regenwaldes erfolge („nur degradierte Flächen“), ist leicht zu widerlegen. Damit steigt das Risiko eines

Imageschadens wie im Fall von Indonesien und Malaysia mit entsprechenden internationalen Reaktionen.

5. In Zusammenhang mit Punkt 3 und 4 erweist sich auch die Selbstregulation der Branche (*Round Table of Sustainable Palm Oil*, RSPO) bis dato als weitgehend wirkungslos.

6. Neue Chancen könnte aller-

dings der Emissionshandel bieten. Besonders die nun allseits propagierte Notwendigkeit, „negative Emissionen“ zu erzielen, um die Klimaziele zu erreichen, kann eine neue Zukunft für Palmöl bedeuten. Das Zauberwort lautet *Bio Energy with Carbon Capture and Storage* (BECCS). Dafür müssten Agrarpflanzen zur Energieerzeugung verbrannt und das dabei entstehende CO₂ im Boden gespeichert werden. Die Ölpalme wäre hierfür wegen ihrer hohen Produktivität ein idealer Kandidat.

So könnten ausgerechnet internationale Klimaschutzverhandlungen der Ölpalme in Lateinamerika zum Durchbruch verhelfen und damit der Vernichtung tropischer Waldbestände Vorschub leisten. Das Bekämpfen von Strategien, die eine Reduzierung von Treibhausgasen durch Landnutzung in anderen Teilen der Welt vorsehen, wird die Zivilgesellschaft in Nord und Süd noch länger beschäftigen. ■

¹ Anders die Situation bei Sojaöl, dem weltweit zweitwichtigsten Pflanzenöl. Hier kommen mehr als die Hälfte der globalen Exporte aus zwei südamerikanischen Ländern: Argentinien und Paraguay.

FALSCHER ERINNERUNGEN IN BOGOTÁ

Der Österreicher Gerardo Reichel-Dolmatoff genoss hohes Ansehen als Begründer einer modernen kolumbianischen Anthropologie – bis im Jahr 2012 seine Nazi-Vergangenheit aufgedeckt wurde. Versuch einer Ehrenrettung

von Gerhard Drekonja-Kornat

Go to South America. That's where the future is" – riet mir George Steiner 1964 im Rahmen eines traumhaften Alpbach-Seminars. Eigentlich lag er mit dieser Prognose falsch, denn die Zukunft sollte sich nach Asien verlagern, während Lateinamerika macht- und wirtschaftspolitisch Mittelmaß blieb. Natürlich brach ich, frischgebackener Doktor der Philosophie der Universität Wien, unverzüglich nach Süden auf, bar aller Netze und Absicherungen. Es wurde, anfänglicher Härten zum Trotz, eine wunderbare intellektuelle Vagabondage zwischen Argentinien und Kuba.

Mein Überlebensanker hakte bei Bogotás Universidad de los Andes ein.

Die kolumbianische Kapitale hatte damals gerade die erste Einwohner-Million geschafft, wirkte aber, obschon als „Athen Südamerikas“ gerühmt, noch steif und provinziell. Unaufhörliche Regengüsse trieben nicht nur den jungen Gabriel García Márquez, gewöhnt an seine karibische Sonne, beinahe zur Verzweiflung. „Bogotá“, bekennt er in seinem melancholischen Memoirenband (*„Vivir para contarla“*), „es la ciudad más triste del mundo“, ist die traurigste Stadt der Welt.

All das hat sich gründlich verändert. Zwar regnet es auf den fast 2.700 Höhenmetern, wo Bogotá wurzelt, immer noch so regelmäßig, dass man nachmittags die Uhr danach stellen kann. Allein für Traurigkeit bleibt kein Platz mehr. Heute zählt die Stadt zumindest acht Millionen Köpfe, vielleicht auch schon neun Millionen, so genau weiß das nicht einmal das Statistikeramt. Bogotá mauserte sich zu einer der dynamischsten Urbanisationen Lateinamerikas. Aus Provinzialität wurde elegante Weltoffenheit.

Zwei Männer, der deutsche Galerist und Buchhändler Karl Buchholz und der österreichische Anthropologe Gerardo Reichel-Dolmatoff, haben diesen bemerkens-



Foto: Internet

Gerardo Reichel-Dolmatoff (1912–1994)

werten Wandel mitbestimmt. Deshalb die Schockstarre, die 2012 in Kolumbien ausbrach, als beider Verstrickung in den Nationalsozialismus aufbrach.

Beide bedeuteten mir in meinen Bogotá-Jahren viel. In der „Librería Buchholz“ an der zentralen Avenida Jiménez, die vorkragende Glasfront mit umgedrehten Buchtiteln vollgestopft, verbrachte ich fast täglich die Regenstunden, entweder im Gespräch mit Herrn Buchholz, dessen schlohweiße Mähne und verschmitztes Lächeln ganz Bogotá verzauberten; oder im Kontakt mit den jungen Männern, welche die von Buchholz begründete Monatszeitschrift *ECO – Revista de la Cultura del Occidente* redigierten. *ECO* stellte wichtige Stimmen des deutschen Geistes, von Walter Benjamin bis Günther Grass, in spanischen Übersetzungen vor und dokumentierte gleichzeitig den Aufbruch der jungen lateinamerikanischen Literatur, deren „Boom“ unmittelbar bevorstand.

Bei Reichel-Dolmatoff, Gründer des ersten Anthropologie-Lehrstuhls an der Universidad de los Andes, lernte ich alles über Kolumbiens dichte indigene Kulturen, damals noch von der weißen Elite verachtet, bis sie, nicht zuletzt wegen Reichels unermüdlicher Anstrengungen, endlich in der Verfassung von 1991 Anerkennung und Rechtsstatus erhielten.

Beide waren also 2012 plötzlich „Nazis“! Kolumbianer, mit europäischer Geschichte kaum vertraut, sahen sich von beiden Männern, jahrzehntelang über ihre europäische Vergangenheit stumm betrogen, verraten, in ein Lügengestrüpp gestoßen. Immer noch hält in Bogotá der Schrecken an. Nur eine Erzählung, wie es damals wirklich war, mag darüber hinweghelfen.

Beginnen wir mit dem Anthropologen Gerardo Reichel-Dolmatoff: zwei Dutzend Bücher, hunderte wissenschaftliche Artikel, tausende Fotografien über das Leben kolumbianischer Indianer, zahlreiche Ehrendoktorate, internationale Auszeichnungen zuhauf, von Japan bis Kalifornien; und in der Fachwelt als „Vater der kolumbianischen Anthropologie“ geehrt.

Tritt auf in Wien im Juli 2012 anlässlich des 54. Internationalen Kongresses der Amerikanisten der kolumbianische Ethnologe Augusto Oyuela-Caycedo, ursprünglich ein Reichel-Fan, und enthüllt ihn als Nazi!

War Reichel ein Nazi? Ja, und eindeutig so. Um das zu verstehen, muss man die Familiengeschichte miteinbeziehen. Im Salzburgischen gab es einen richtigen „Clan Reichel“, mit Professor Heinrich Reichel (1876-1943), Onkel unseres Protagonisten, als Oberhaupt. Reichel war

⇒ von Seite 29: REICHEL-DOLMATOFF

Arzt und Eugeniker, der das „gute Leben“ an seinen neun Kindern am Land praktizierte, ohne Alkohol und Tabak, Deutschland-gläubig und Nazi-affin. Seine Kinder zeugten wiederum Kinder, so dass der Clan schließlich an die achtzig Mitglieder zählte. Söhne machten rasch Karriere in SA und SS.

Der etwas ältere Carl Anton Reichel (1874-1944) und Vater unseres Helden, fällt insofern aus dem Rahmen, als er neben seiner politischen Romantik, zwischen Mussolini und Hitler vazierend, als anerkannter Maler, Frauenheld und Lebenskünstler, verheiratet mit einer russischen Aristokratin (Gerardos Mutter), mit dem intellektuellen Europa Kontakt unterhielt.

So wuchs der Sohn, ursprünglich Erasmus, zuerst in paradiesischen Verhältnissen auf, bevor in das Gymnasium der Benediktiner in Kremsmünster gesteckt. Entsprechend der nationalen Familientradition leistete er sich die ersten Schlägereien, so dass er aus dem Schulinternat flog. Dies wiederholte sich in Linz, dann in Wien, mit Randalen gegen Kommunisten und Juden. Kein Wunder, dass Wiens Polizei ihn gern nach Deutschland gehen ließ, wo er, achtzehnjährig, sofort in die SA und bald darauf auch in die SS eintrat. In der „Nacht der langen Messer“ vom Juni 1934 gegen die anarchistische Röhm-Fraktion und auch später agierte er in SS-Strafkommandos. Erst in der Düsternis der parteiinternen Auseinandersetzung muss wohl das ästhetische Erbe seines Vaters durchgedrungen sein. Erasmus erlitt einen nervösen Zusammenbruch und stellte in der Folge einen Antrag auf Entlassung, um in München die Kunstschule zu besuchen. Überraschenderweise ließ die SS-Führung ihn gehen, mit der Begründung „Ungeeignetheit“ – was wohl nichts anderes hieß, als dass man mit diesem „schlappen Ostmärker“ nicht viel anfangen konnte. Dies geschah im März 1935. Erasmus Reichel zählte gerade 23 Jahre.

Wieso wissen wir so viele Einzelheiten über Reichels „Kampfjahre“? Weil er eine Art „confessio“ abfasste, mit allen Details hässlicher Gewalttaten. Otto Strasser, einer der Überlebenden der „nationalbolschewistischen“ Fraktion, publizierte diesen Text (ohne Autorisierung?) in seiner im Prager Exil angesiedelten Zeitschrift *Die Dritte Front*, in zwei Folgen Ende 1937

und Anfang 1938. Übrigens mit dem sensationellen – aber falschen – Titel „Geständnisse eines Gestapo-Mörders“, um die Verruchtheit des Hitlerismus bloßzustellen.

Damit stand der junge Erasmus plötzlich gegen die Nazis. Wir wissen kaum etwas über seine nun folgenden Wanderjahre durch Südeuropa, bis er schließlich, dank seines tschechischen Passes, 1937 in Paris landete.

In der französischen Hauptstadt gab es damals an die zweihunderttausend Flüchtlinge (vor Hitler, Stalin, Franco), was ein Untertauchen möglich machte, vielleicht auch mit Hilfe wohlmeinender Künstler-Freunde seines Vaters. Als Flaneur besuchte er Kunstkurse und hörte Vorträge an der Sorbonne. Paul Rivets „Musée de l’Homme“ mag ihn interessiert haben.

Aber wie dem Bann der von ihm bloßgestellten Nazis entkommen? Der existentielle Ausstieg gelang ihm mit der – geheimnisumwitterten – Übersiedlung nach Bogotá Mitte 1939.

Dort geschah das „kolumbianische Wunder“: Erasmus wandelte sich, den Namen seiner Mutter einsetzend, zu Gerardo Reichel-Dolmatoff, stieß in der kolumbianischen Hauptstadt zu jungen Leuten, die unter Anleitung des vor der Wehrmacht geflüchteten Paul Rivet ethnologische Feldforschung initiierten, erhielt anstandslos die kolumbianische Staatsbürgerschaft und ließ sich von Alicia Dussan, „einer schönen, intelligenten und immens reichen“ Dame der Bogotaner Gesellschaft, ehelichen. (Doña Alicia wird übrigens alle Publikationen ihres Gatten unterschreiben, so dass sie als „Mutter der kolumbianischen Anthropologie“ gelten darf.)

Noch ironischer: Während auf Drängen der Vereinigten Staaten nach Kriegseintritt nazi-freundliche Deutsche in einem Ausflughotel unweit Bogotá interniert wurden, stieg Reichel-Dolmatoff, protegiert von Paul Rivet, zum lokalen Sekretär von De

Gaulles Widerstandsbewegung *Freies Frankreich* auf.

Mit einem Wort: Der Mann, vorher ein gewalttätiges SS-Mitglied, häutete sich zwischen Paris und Bogotá zum neuen Menschen. Obschon aus allen Schulen geflogen und nie Träger eines akademischen Abschlusses, reüssierte der Autodidakt als Lehrer für ganze Generationen lateinamerikanischer StudentInnen!

Indes: von seiner gewalttätigen Jugend in Europa zu niemandem je ein Wort. Als ich nach 2012 bei Fachkollegen nachfragte, erhielt ich in Variationen immer die Art von Antwort, die mir sein Freund und langjähriger Mitstreiter Johannes Wilbert von der University of California gegeben hat: „No, he never mentioned his nazi-past to me, and I was entirely unaware of it.“ (Mail-Antwort vom 24. Juli 2015.)



Oyuela-Caycedo bei seinem Vortrag im Juli 2012 in Wien

Halt! Jetzt eine Überraschung, die Reichels Schweigen grell schreien lässt: Kurz vor seinem Tod, anlässlich des Ehrendoktorats seiner Universidad de los Andes am 15. November 1990, skizziert Reichel in seiner Dankesrede erstmals sein ganzes Leben, beginnend mit dem Gymnasium Kremsmünster, wo er mit der Lektüre griechischer und lateinischer Klassiker seine humanistische Prägung erfahren habe; wie er in Wien, München und Paris ein Kunststudium betrieben und bei berühmten Professoren der Sorbonne Vorlesungen gehört habe. Dies alles in einem bukolischen Europa, bar jeder nationalsozialistischen Gewalt.

Diese strahlende vita übernimmt buchstabengetreu die Festschrift des gloriosen Museo de Oro in Bogotá, damit den ge-

bürtigen Österreicher definitiv als *Antropólogo de Colombia* eingemeindend. Kolumbiens Postverwaltung ehrt ihn mit der Ausgabe einer Briefmarke aus der Serie berühmter einheimischer Wissenschaftler.

Diese Idylle zerschellt im Juli 2012, fast eine Dekade nach Reichels Ableben. Aber wie kam Augusto Oyuela-Caycedo auf Reichels Nazi-Vergangenheit? Weil auch im „Clan Reichel“ die Nachkommen, wie nach 1968 Usus, unbarmherzig nach den Taten und Untaten der Väter zu fragen begannen. Einer aus dem Clan, Friedemann Derschmidt¹, erstellte eine aufwendige Familienchronik, mit Tausenden von Internet-Items. Dank einer Großtante, die vergilbte Exemplare der Strasser-Zeitschrift mit den „Geständnissen eines Gestapo-Mörders“ herausrückte, war auch Erasmus' Nazi-Vergangenheit öffentlich. Nur dass in Österreich, wo viele Familien ähnliche dunkle Flecken aufweisen, dies niemanden interessierte. Jedoch der Kolumbianer Oyuela-Caycedo, diesen offenen Spuren folgend, katapultierte sich mit der Anklage in seinen prekären publizistischen Ruhm.

Karl Buchholz' vita bietet eine parallele, wenn auch in Abenteuer verpackte Dramatik. Im deutschsprachigen Raum kennt wohl jeder Interessierte die tragische Geschichte des greisen Cornelius Gurlitt, beginnend am 22. September 2010 mit einer Leibesvisitation im Eurocity 197 Zürich-München, was 2012 – fast überlappend mit Oyuelas Enthüllungen in Wien – zum „Schwabinger Kunstfund“ mit den rund 1.500 verborgenen Kunstwerken führte.

Meike Hoffmann und Nicola Kuhn publizierten vor kurzem bei C.H. Beck eine penibel recherchierte Dokumentation („Hitlers Kunsthändler“) über den Vater Hildebrand Gurlitt, auf den diese heimliche Sammlung zurückgeht. Eher nur peripher werden die anderen drei Kunsthändler dieses „Quartetts“ genannt: Ferdinand Möller, Bernhard A. Böhmer und eben Karl Buchholz. Sie alle keine jubelnden Nazis – ging auch gar nicht wegen jüdischer Großmütter –, aber den Umständen entsprechend opportunistisch mit den Wölfen heulend, indem sie sich den devisenknappen Nazis als offizielle Verkäufer von „entarteter Kunst“ anboten.

Alle vier waren leidenschaftliche Sammler, denen insbesondere der deutsche Expressionismus am Herzen lag. Ihre

ursprüngliche Hoffnung, die Nazis mit dieser „norddeutschen Kunst“ zu versöhnen, trug nicht. Also wurde „entartete Kunst“, statt auf Scheiterhaufen zu landen, in der Schweiz gegen Devisen versteigert. Gleichzeitig kaufte und verkaufte man privat, immer auf einer gefährlichen Gratwanderung, vorbei an NS-Kunstkommissaren, insbesondere beim Ankauf von Bildern und Drucken aus jüdischem Familienbesitz, deren Mitglieder die Reichsfluchtsteuer aufbringen mussten und daher nicht lange über den Preis verhandeln konnten.

Besonders umtriebige zeigte sich Karl Buchholz, der neben seinen Berliner Geschäften Galerien nach Bukarest, Lissabon und sogar nach New York – sehr zum Misstrauen der Nazi-Kommissare – auslagerte.

Als Berlin schon brannte und die Galerie in Bukarest bereits in russischer Hand war, setzte sich Buchholz im Jänner 1945 mit einem der letzten Flüge nach Spanien ab. Unbeirrt eröffnete er dort im darauf folgenden November die Madrider Dependence. Anschließend zog es ihn nach Südamerika. Lakonisch heißt es in der Gurlitt-Studie: „Buchholz befindet sich seit Kriegsende im Ausland“ (p. 289). Nach einer Zwischenstation in Rio taucht der Unermüdliche Anfang 1950 in Bogotá auf – um zu bleiben. Am 17. November 1951 kann er seine „Librería Buchholz“ mit abgeschlossener Galerie eröffnen. Auf diese Weise entkam Buchholz den peinlichen Befragungen alliierter Kommissare, wie sie es bei Hildebrand Gurlitt, hartnäckig auf der Suche nach Raubkunst, taten. Schließlich war er jetzt ein „Flüchling vor den bolschewistischen Russen“.

Im Gegensatz zu Gurlitt hatte Buchholz offensichtlich keine großen Bestände mitgebracht. Allein, er verfügte über Geld, internationale Verbindungen, Expertise und Charme. Bald fraß ihm ganz Bogotá aus der Hand. Tochter Godula, in München eine eigene Galerie mit der damals noch völlig unterschätzten lateinamerikanischen Kunst aufbauend, hat ihrem Vater eine liebevolle Hommage gestaltet, als stattlicher Band mit vielen historischen Fotos und

Briefkopien². Die Bogotá-Zeit bildet den Hauptteil. Es ist offensichtlich, dass Bogotá zu Karls zweiter Heimat wurde, wo er mit Gattin und Sohn Albert zufrieden, ja glücklich lebte, als leidenschaftlicher Händler einer Ware und deren geistigen Inhalten.

Über die „toxische Qualität“ seiner Transaktionen für die Nazis hat er meines Wissens in Bogotá nie geredet. Wozu auch? Im damaligen Bogotá hätten diese alten Geschichten aus einem vergangenen Europa niemanden interessiert. Wohl wusste die jüdische Gemeinde darum, zog aber auch Schweigen vor.



Karl Buchholz mit Sohn Albert, 1957

Foto: semana.com

Liebe Freunde in Bogotá, fühlt Euch nicht getäuscht und verraten. Wichtig ist, was bleibt: Karl Buchholz hat Euch moderne Kunst schätzen und lieben gelehrt; dank des Kulturaustausches mittels der Zeitschrift ECO konnten viele junge Intellektuelle Provinzialität abstreifen.

Gerardo Reichel-Dolmatoff wiederum baute die Fundamente einer modernen kolumbianischen Anthropologie. Sein wissenschaftliches Werk enthält keine „toxischen Inhalte“, wie es prüfende Lektüre von internationalen Professoren auf einem Symposium an der Universidad de los Andes im Februar 2016 bestätigte.

Wer jetzt noch Steine werfen will, mag es tun. ■

¹ Zusammenfassend Friedemann Derschmidt, *Sag Du es Deinem Kinde! Nationalsozialismus in der eigenen Familie*. Wien, Verlag Löcker, 2015.

² Godula Buchholz, *Karl Buchholz. Buch- und Kunsthändler im 20. Jahrhundert*. Köln: Dumont, 2005.

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO

Verfassungsklagen gegen umstrittenes Sicherheitsgesetz

Die Diskussion um das Ende 2017 vom mexikanischen Abgeordnetenhaus und dem Senat mit den Stimmen der Regierungsmehrheit und Teilen der konservativen Oppositionspartei PAN verabschiedete Gesetz zur Inneren Sicherheit wird vor dem Obersten Gerichtshof weiter geführt. Mehrere Tage vor Ablauf der entsprechenden Frist am 20. Januar hatte bereits die Stadt Cholula eine Verfassungsklage eingereicht. Am 18.1. folgten 188 Parlamentsabgeordnete einschließlich wichtiger DissidentInnen innerhalb der PAN. Die Allianz der Oppositionsparteien kam damit deutlich über das für die Klage notwendige Quorum von mindestens einem Drittel aller 500 Abgeordneten. Auch die Opposition im Senat brachte ihre Klage auf Verfassungswidrigkeit des Gesetzes ein.

Das äußerst umstrittene Gesetz überträgt dem Militär eine Vielzahl von Polizeiaufgaben und weitreichende Entscheidungsbefugnisse für den Einsatz im Inneren. Begründet wird dies mit dem notwendigen Kampf gegen die Drogenkartelle. Es gibt jedoch zahlreiche Befürchtungen, das Gesetz werde auch dazu dienen, gegen soziale Proteste und Bewegungen vorzugehen. Beispiele hat das Militär dafür in der Vergangenheit immer wieder geliefert. Fehlende Transparenz und Rechenschaftslegung, die dem Militär durch das Gesetz möglich sind, werden ebenso scharf kritisiert. Praktisch alle nationalen und internationalen Menschenrechtseinrichtungen bis hin zur UNO hatten sich deswegen ausdrücklich gegen das Gesetz ausgesprochen. Das Gesetz verletzt laut GegnerInnen zahlreiche Verfassungsartikel, darunter mehrere Grundrechte.

Trotz der massiv vorgebrachten Zweifel hatte Präsident Enrique Peña Nieto das

Gesetz noch vor Jahresende verkündet, statt sein Veto einzulegen. Über strittige Punkte solle falls nötig das Oberste Gericht entscheiden, wusch er sich die Hände in Unschuld. Verteidigungsminister Salvador Cienfuegos betonte, Marine und Heer würden

sich der Entscheidung der Verfassungsrichter beugen. Kein anderer mexikanischer Verteidigungsminister hat sich in der Vergangenheit so oft „politisch“ geäußert wie Cienfuegos. Für die Verabschiedung des Gesetzes zur Inneren Sicherheit war das Militär ungewöhnlich offensiv in der Öffentlichkeit eingetreten.

Bisher zehn Menschenrechtsorganisationen aus mehreren Ländern haben anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes zur Inneren Sicherheit und der „Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Land“ im vergangenen Dezember das Internationale Mexiko-Observatorium gegründet. Ein Mitglied ist die deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko.

Gerd Goertz, poonal

COSTA RICA

Vor polarisierender Stichwahl

Ticas und Ticos haben am 4. Februar 2018 einen Auszählungskrimi erlebt. Um 23.30 Uhr waren 90 Prozent der Stimmen ausgezählt. Nach dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen haben es zwei „Alvarados“ in die Stichwahl geschafft.

Der Evangelikale Fabricio Alvarado von der Partei Nationale Restauration führt mit 24,9 Prozent der Stimmen, knapp dahinter der Kandidat der regierenden Partei der Bürgeraktion PAC, Carlos Alvarado, mit 21,6 Prozent. Ein Viertel der Stimmen für die evangelikal dominierten Moral-konservativen, das kommt im sozialliberal und katholisch geprägten Costa Rica einem politischen Erdbeben gleich.

Auf Platz drei und vier liegen die beiden Parteien, die die costa-ricanische Politik über Jahrzehnte dominiert haben, die Partei der Nationalen Befreiung PLN mit dem Unternehmer und Großgrundbesitzer Alvaro Álvarez Desanti (18 Prozent) und die Christsozialen PUSC um Rodolfo Piza

(16 Prozent). Beiden Altparteien dürfte es zum Verhängnis geworden sein, dass sie sich im Vorfeld der Wahlen in jeweils zwei konkurrierende Strömungen gespalten haben. Für die ehemals sozialliberale, aber seit zwei Jahrzehnten neoliberale PLN ist das Ergebnis ein historisches Desaster, ihr Kandidat kommt erstmals in der Geschichte der Partei nicht in die Stichwahl.

Der ehemalige Sicherheits- und Justizminister Juan Diego Castro von der PLN hatte mit seinem rechtspopulistischen Diskurs in den Umfragen vor der Wahl lange Zeit geführt, brachte es aber nur auf ein Zehntel der Stimmen. Der christsoziale Dissident und Kinderarzt Rodolfo Hernández erreichte 5 Prozent. Sowohl Piza wie Álvarez Desanti fehlen damit die entscheidenden Stimmen für den Einzug in die Stichwahl.

Das Linksbündnis *Frente Amplio* kam bei den letzten Wahlen mit dem äußerst populären José María Villalta noch auf fast ein Fünftel der Stimmen, erreichte dieses Mal jedoch nicht einmal ein Prozent. Villalta hat für das Linksbündnis immerhin einen Parlamentssitz errungen; das Ergebnis mit acht verlorenen Sitzen wirft die Linke aber auf den Status einer Kleinpartei zurück.

Die Stichwahl am Ostersonntag, dem 1. April, wird also zu einem Showdown zwischen dem liberalen und dem erz- und moralkonservativen Lager. Es sieht so aus, als ob beide „Alvarados“ von der polarisierenden Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte vier Wochen vor der Wahl profitiert haben, nach der Costa Rica die Ehe für gleichgeschlechtliche Ehen zu öffnen habe. Es war das Aufregerthema im Wahlendspurt. Soziale, Wirtschafts- und auch Sicherheitsthemen sind dadurch in den Hintergrund getreten.

Wer in der Stichwahl die besseren Chancen hat, ist nicht abzusehen und wird entscheidend davon abhängen, wer die Kandidaten und AnhängerInnen der Altparteien mit Argumenten, Zugeständnissen und wohl auch Kuhhandel hinter sich bringt. Gleiches gilt auch für das costa-ricanische Parlament, in dem keine Partei auch nur in die Nähe einer eigenen Mehrheit kommen wird. Dass die Altparteien mit ihren Abspaltungen das Parlament allerdings dominieren werden, macht das Regieren in den nächsten vier Jahren für den zukünftigen Staats- und Regierungschef schwierig.

Markus Plate, poonal

VENEZUELA

Dialog abgebrochen

Nach dem erneuten abrupten Abbruch der Gespräche durch die Opposition hat Venezuelas Präsident Nicolás Maduro die Bevölkerung des Landes aufgerufen, ein mit dem Oppositionsbündnis Tisch der Demokratischen Einheit (MUD) ausgehandeltes Abkommen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Maduro hatte das nach fast zweijährigen Verhandlungen unter internationaler Vermittlung beschlossene Dokument über Rahmenbedingungen für ein friedliches Zusammenleben am 7. Februar unterschrieben und die Umsetzung aller Vereinbarungen zugesagt.

Politiker des MUD hatten zuvor die Unterschrift verweigert und die Gespräche mit der Regierung zum wiederholten Male abgebrochen. Der Dialogprozess sei auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, erklärte Danilo Medina, der Präsident der Dominikanischen Republik, dessen Regierung eine Vermittlerrolle bei den Verhandlungen innehatte. Man habe die Treffen mit der Absicht eines Vertragsabschlusses begleitet, was die Opposition offenbar nicht begriffen habe.

Beide Seiten hatten sich unter anderem auf die Durchführung von Präsidentschaftswahlen am 22. April geeinigt und die Respektierung des Wahlergebnisses zugesagt. Der MUD-Sprecher Julio Borges behauptet dagegen jetzt, die Regierung habe den Wahltermin einseitig festgelegt. Laut dem Abkommen wird die Regierung Maduro bei diesen Wahlen erstmals auch ein Team von Wahlbeobachtern der Vereinten Nationen zulassen. Die Opposition verpflichtete sich, gemeinsam mit der Regierung auf ein Ende der Sanktionen der USA, der Europäischen Union und Kanadas hinzuwirken. Auch wurde eine konkrete Zusammenarbeit bei sozialen und wirtschaftlichen Fragen vereinbart, um die schwere Krise im Land zu lösen. Man einigte sich zudem auf die Bildung einer Wahrheitskommission.

Die Opposition bestreitet seit dem Abbruch der Gespräche, dass man sich bereits einig gewesen sei, und beschuldigt die Regierung – entgegen der Aussagen der Vermittler – das Dokument einseitig abgeändert zu haben. Auf seiner Webseite präsentierte der MUD nun ein alternatives Dokument. Darin fordert das Bündnis unter anderem die Neubesetzung der Wahlbehörde und die Freilassung des rechts-

kräftig verurteilten Politikers Leopoldo López.

Die Regierung Maduro beschuldigt indes die USA, hinter dem Scheitern des Abkommens zu stecken, um einen Machtwechsel in Venezuela herbeizuführen. US-Außenminister Rex Tillerson habe Parlamentspräsident Borges angerufen, um ihn von einem Verhandlungsabbruch zu überzeugen und ihm Weisungen erteilt.

Tillerson hatte Anfang Februar bei seinen Staatsbesuchen in Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien und Jamaika bereits erklärt, dass die US-Regierung die Präsidentschaftswahlen in Venezuela nicht anerkennt und zudem ein härteres Vorgehen lateinamerikanischer Länder gegen die sozialistische Regierung von Präsident Maduro gefordert.

Flo Osrainik, Vilma Guzmán, amerika 21

KUBAS NEUSTART MIT BLICK NACH OSTEN

Die Länder der EU sind für Kuba nach China und Venezuela die wichtigsten Handelspartner und Investoren. Und mit ihren Leistungen und Problemen kennt man sie überraschend gut. Davon zeugten die fundierten und informierten Beiträge der 1. Konferenz für Europastudien, die vom 5.-7.12. 2017 an der Universität von Havanna stattfand.

Nach langen Jahren der Unterbrechung knüpfte die Konferenz an eine ebenso lange Serie von Kooperationsseminaren an, die das 1974 gegründete *Centro de Estudios Europeos* (CEE) organisiert hatte. In den 1990er Jahren nahmen daran neben Akademikern und politischen Stiftungen im Schlepptau Letzterer auch Vertreter aus der Wirtschaft teil. Der 2016 viel zu früh verstorbene Direktor des Wiener *International Institute for Peace* (IIP), Peter Stania, fehlte nie. Als im Jahr 1996 mit einer Rede von Raúl Castro der erste Schub von Wirtschaftsreformen auf Eis gelegt wurde, hat man auch das in der Reformdebatte federführende Institut für Amerikastudien aufgelöst. Andere, wie das Zentrum für Europastudien folgten, obwohl es an der Reformdiskussion nur am Rande beteiligt war. Es war die Zeit der Präsidentschaft des Konservativen José María Aznar in Spanien, mit dessen „gemeinsamem Standpunkt“ sich die Kuba-Politik der EU an jene Washingtons anlehnte und die Beziehungen sich abkühlten. Eduardo Perera, seinerzeit Mitarbeiter des CEE und heute Präsident des Jean Monnet-Lehrstuhls der Universität Havanna, hat diese Tradition nunmehr wiederbelebt.

Mit ihrem Jean Monnet-Programm fördert die Europäische Kommission seit 1990 höhere Studien der europäischen Integration in inzwischen 60 Ländern. Perera betont, dass die Forschungsarbeit seines Instituts und auch die nun begonnenen Konferenzen langfristige Zielsetzungen

sind, die unabhängig von einer Brüsseler Förderung, die im August 2018 zunächst einmal ausläuft, fortgesetzt werden sollen.

Mit welcher Ernsthaftigkeit Kuba den Blick nach Osten richtet, zeigten nicht nur das exquisite Teilnehmerfeld aus der akademischen Welt und die Qualität der Beiträge. Mit María Esther Fiffe Cabrera nahm auch die Direktorin der Abteilung für Europa und Kanada aus dem Außenministerium an der Eröffnungsveranstaltung teil. Isabel Allende, die große alte Dame der kubanischen Europapolitik (ehemalige Vizeaußenministerin und Botschafterin) wurde in ihrem Vortrag nicht müde zu betonen, wie oft sich kubanische Hoffnungen in der Vergangenheit auf Europa gerichtet haben. Kuba sei unter den ersten Staaten gewesen, die nach dem Zerfall des Ostblocks auch dessen Nachfolgestaaten anerkannt haben, jene der Sowjetunion und die des früheren Jugoslawien.

Bemerkenswerterweise nicht thematisiert wurde auf der Historikerkonferenz die neue Strategie der EU zu Kuba, die nach zweijährigen Verhandlungen zu einem neuen Partnerschaftsabkommen geführt hat. Anfang November 2017 provisorisch in Kraft getreten, muss es noch von den nationalen EU-Parlamenten gebilligt werden.

Im Vordergrund der Vorträge und Debatten der Konferenz standen die aktuellen Probleme in Europa, die mit viel Sachkunde analysiert und mit großer Sorge gesehen wurden: der Vormarsch der Rechtspopulisten (Österreich kam nur insofern vor), die Katalonienkrise und natürlich der Brexit. Unterhalb dessen herrschte indessen ein Konsens in der Anerkennung, ja Bewunderung der europäischen Integrationsleistung: Paradigma nein, Referenzpunkt allemal, so das Fazit. ■

IGLA-Mitarbeiter **Robert Lessmann** hielt am Eröffnungstag den Keynote-Vortrag zum Thema „Latinoamérica, Europa y la reforma de la política antidrogas: retos y posiciones“.

Interview mit
Arnoldo Gálvez Suárez

Der guatemaltekeische Autor hat seinen neuen Roman kürzlich in Wien vorgestellt.

Dein neuer Roman „Puente adentro“, auf Deutsch erschienen unter dem Titel „Die Rache der Mercedes Lima“, behandelt ein heikles Thema: die jüngere Vergangenheit. Wie wurde das Buch vom Feuilleton aufgenommen?

Zu meiner Überraschung sehr gut. Es wurde viel rezensiert.

Und wie verkauft es sich?

Wenn man die Enge des Literaturmarktes in Guatemala berücksichtigt, nicht schlecht. In Guatemala wird wenig, aber doch gelesen. Bücher lösen schon manchmal eine Debatte aus. Den Beweis erbrachte die jüngste Buchmesse in Guatemala. Dort hat man gesehen, dass die Zahl der Leser steigt.

Du wolltest weder einen Krimi noch einen historischen Roman schreiben. Was ist es geworden?

Ich denke, beides. Ich war bemüht, den historischen Kontext der Handlung so realistisch wie möglich darzustellen.

Eine Zeitebene spielt im Jahr 1989, als die Intensität des Konflikts schon abgenommen hatte.

Ja, aber in der Erinnerung des Universitätsprofessors werden auch die Jahre der schlimmsten Repression, 1978 bis 1982, lebendig. 1989 wurden Studentenfürher und Professoren nicht mehr so systematisch ermordet. Aber es gab immer noch Fälle.

In Argentinien mussten mehr als zehn Jahre vergehen, bis sich die Gesellschaft den Verbrechen der Militärdiktatur stellte. In Guatemala hätte doch eine Aufarbei-

GUATEMALAS WIDERSPRÜCHLICHE WIRKLICHKEIT

tung nach den Friedensverträgen von 1996 beginnen können.

Die Gesellschaft steht noch nicht zu ihrer Vergangenheit und will sich noch nicht auf Fragen wie Gerechtigkeit und Wiedergutmachung einlassen. So wird der Genozid verleugnet, für den Ex-Diktator Efraín Ríos Montt 2013 verurteilt wurde. Dieser Begriff spaltete die Gesellschaft. Für viele ist es eine Art persönliche Schande, wenn die Vereinten Nationen von Völkermord in Guatemala sprechen. Mit Ríos Montt stand in Wahrheit die ganze guatemaltekeische Gesellschaft vor Gericht.

Ist die Literatur dafür geeignet, der Gesellschaft diese bittere Pille zu verabreichen?

Ich denke, es ist möglich. Es ist nicht meine Absicht, denn wenn du die Literatur in den Dienst einer Sache stellst, dann grenzt das an Propaganda und ist zum Scheitern verurteilt. Aber vielleicht kann man mit der Fiktion ein Stück Geschichte erklären. Das ist es aber nicht, was mich interessiert.

Ist es möglich, in einem so von Gewalt geprägten Land einen unpolitischen Roman zu schreiben?

Es ist schwierig, aber möglich. Nur weil du Guatemalteke bist, musst du nicht über diese Themen schreiben. Es gibt so viele Themen wie Autoren. Zentralamerika ist die gewalttätigste Region der Welt, also muss sich die Literatur damit befassen. Mich interessiert es nicht nur, weil ich Guatemalteke bin. Es ist ein Thema, seit es Literatur gibt. Nimm nur die Shakespeare-Dramen: Da fließt das Blut heraus.

Welches ist das echte Guatemala: das der Seen und Vulkane aus den Tourismusbroschüren oder das blutgetränkte Land der Sensationspresse?

Ich denke, Guatemala ist die Summe dieser Widersprüche: wunderschön und gewalttätig, voller Ungerechtigkeiten, rassistisch. Man glaubt, dass der Kampf verloren ist und jedes Opfer zu nichts führt.

Das ist das wahre Guatemala als Summe von alledem.

Heute wird nicht mehr aus un-mittelbar politischen Gründen gemordet, sondern weil sich jemand einem Bergbauprojekt widersetzt oder sich sein Land nicht rauben lassen will.

Das ist es, was wir heute erleben: die Ausbeutung der Rohstoffe mit allen sozialen Kosten. Aber die Fähigkeit der Dorfgemeinschaften, sich dagegen zu organisieren, hat Früchte getragen. Es sind Menschen gestorben, weil sie die Umwelt verteidigt haben. Aber wir haben auch gesehen, dass solche Projekte gestoppt wurden, dass der schädliche Bergbau eingestellt werden musste. Es gibt Gewalt gegen die Anführer dieser Bewegungen, aber sie bringen etwas weiter und setzen Präzedenzfälle. Es ist heute nicht mehr möglich, solche Projekte gegen den Willen der Gemeinschaft durchzusetzen.

Inwieweit ist der korrupte Justizapparat gesäubert worden?

Nicht genug. Wir sprechen da von kriminellen Strukturen im Staatsapparat. Es gibt aber Fortschritte, viele Richter agieren mit größerer Freiheit. Die Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG) hat da in zehn Jahren viel weitergebracht.

Interview: Ralf Leonhard

Zum Inhalt

Die Rache der Mercedes Lima führt uns in das Guatemala des Jahres 1989. Die politische Gewalt der frühen 80er Jahre war noch gegenwärtig. Was lag daher näher, als den Tod eines marxistischen Universitätsdozenten in die lange Statistik der politischen Morde einzureihen? 20 Jahre später trifft einer der Söhne, dem der Anblick des blutüberströmten Vaters noch immer Alpträume bereitet, auf Mercedes Lima, eine Geliebte des Vaters, die damals kurze Zeit bei der Familie gelebt hatte. Nach und nach findet der Protagonist heraus, dass die Frau ein Geheimnis hütet, das mit dem Tod des Vaters zusammenhängt. *rld*
Edition Büchergilde, Frankfurt am Main 2017, 336 Seiten, 25,00 Euro



BUCHBESPRECHUNG

ZWISCHEN FIKTION UND GESCHICHTE

Rodrigo Hasbún: *Die Affekte*

Aus dem Spanischen von Christian Hansen.

Berlin: Suhrkamp, 2017

142 Seiten. € 18,50

Ausgerechnet das introvertierte Bolivien bot während und nach der Hitlerzeit unorthodoxen Unterschlupf für zahlreiche Deutschsprachige, Antifaschisten, Juden, Nazis, Abenteurer. Eine eigene mitteleuropäische Exilliteratur hat sich darum gekümmert, auch um die fast immer auftretenden generationellen Spannungen zwischen Vätern und Töchtern/Söhnen aufzuzeigen.

Einheimische Stimmen dazu fehlten bisher. Deshalb griff ich mit Interesse nach dem Text des jungen bolivianischen Autors Rodrigo Hasbún, der mit einem schmalen eleganten Band dieses Thema behandelt. Wie jeder lateinamerikanische Intellektuelle, der dem heimischen Literatur-Hungertuch entkommen will, sitzt er längst an einer Writing School im texanischen Houston, wo er alles Provinzielle abstreifen und Weltläufigkeit praktizieren kann, auch zu unserem Thema.

So weit, so gut. Gäbe es nicht am Anfang eine leicht zu übersehende Einschlebung mit der Information, hinter diesem Werk der Fiktion stünde KEIN getreues Abbild der Familie Ertl. Jetzt haben wir ein Problem, denn die Ertls machen einen Teil unseres Memorials aus.

An den Vater Hans Ertl mögen sich ältere Semester erinnern: tollkühner Kameramann, bevorzugter Filmer für Leni Riefenstahl, Dokumentarist vom heroischen General Rommel in Afrika etc. Nach dem Krieg problemlos entnazifiziert, reüssierte er als Meister des Bergsteiger-Farbfilms „Nanga Parbat 1953“. Da nicht entsprechend geehrt, übersiedelte er trotz nach Südamerika, wo er sofort eine halbsbrecherische Expedition in den unerforschten Dschungel des nordwestlichen Bolivien unternahm, um gegen Batterien von Giftschlangen und Feuerameisen, bekämpft mittels Flammenwerfern, die sagenhafte vor-inkaische Paititi-Kultur aufzuspüren – was übrigens misslang.

Mangels männlicher Unterstützung nimmt Hans Ertl seine drei Teenager-

Töchter mit, wobei sein Liebling, Monika, nicht nur das Handwerk fotografischer Dokumentation, sondern auch das Handhaben eines Revolvers erlernt.

Monika, Ertls älteste Tochter, gilt in der Erinnerung Lateinamerikas als Ikone des antiimperialistischen Kampfes. Wie es zu dieser Metamorphose, weg aus der bürgerlichen Langeweile in den Rausch terroristischer Guerilla, kommen kann, sollte das eigentliche Thema des schmalen Bandes unseres Autors sein. Nicht literarisch, aber als Erklärungsmodus scheitert er, wie alle vor ihm.

Rodrigo Hasbún hat einen Vorteil: Er kennt den Bericht der Paititi-Expedition, publiziert 1956 in München, mit vielen ausagestarken Fotos, wobei immer Monika hervorsteht. Daraus zitiert er fast wörtlich eine Reihe von Passagen und will, völlig unmotiviert, eine Häufung an „verwirrter und unbeherrschter Nervosität“ an Monika feststellen. Damit rechtfertigt er die bald anstehende Zersplitterung der Familie und den Ausstieg von Monika aus dem konventionellen Eheleben in La Paz.

Alle folgenden Sequenzen des Textes, nunmehr wirklich fiktiv, werden von verschiedenen Personen in unterschiedlichen Sprachtechniken erzählt, wobei in einem Fall, einer Grabrede, doppelte Schrägstriche im Text den inneren Monolog kenntlich machen sollen. (Hoffentlich übernehmen Hasbúns Kollegen nicht diesen abstrusen Tick!)

Jetzt drängt in den atomisierten Passagen alles zum Höhepunkt, dem 1. April 1970, Datum des Attentats Monikas auf den bolivianischen Generalkonsul in Hamburg, um sowohl den Tod des Che Guevara wie auch dessen Nachfolgers Inti und anderer bolivianischer Guerilleros zu rächen, sie alle auf dem Konto des erbarungslosen Roberto Quintanilla Pereira, damals Oberst im Innenministerium und nunmehr in Sicherheit in Hamburg. Übrigens benützte Monika für ihre drei Schüsse eine Pistole aus dem Besitz des – damals bereits untergetauchten – italienischen Verlegers Giangiacomo Feltrinelli.

Ist das alles noch Fiktion? Hamburgs Polizei jedenfalls musste den Fall ungelöst zu den Akten legen. Der Autor zieht sich



aus der Affäre, indem er kryptisch schreibt: „Es stimmt nicht, dass die Erinnerung ein sicherer Ort ist.“

Viel engagierter handelte seinerzeit der französische Revolutionsromantiker Régis Debray, dessen poetischer Roman „*Ein Leben für ein Leben*“ (im Original „*La neige brûle*“, 1977) unverblümt die ganze Geschichte erzählt.

Debray, eingeschworener Kuba-Fan, Autor der Kampfschrift „*Revolution in der Revolution*“, Gefährte von Che Guevara, in Bolivien zu 30 Jahren Haft verurteilt, dank diplomatischer Interventionen bald wieder frei und dann in der revolutionären Szene Lateinamerikas unterwegs (bis er später in das bürgerliche Paris zurückkehrt, um Präsident Mitterrand zu beraten), unterhielt eine erstaunliche Freundschaft zu Monika, die bei ihm Imilla heißt. Er chauffiert – seine genauen Detailschilderungen lassen keine andere Erklärung zu – Monika durch halb Europa bis Hamburg, wartet auf sie nach dem Attentat und bringt sie nach Salzburg, wo sich die Wege trennen – von Debray augenzwinkernd gedeckt, indem er seine Begleiterin „einen Abstecher in ein kleines Dorf in Kärnten, in dem sie geboren wurde“, machen lässt.

Monika setzt unbeirrt den revolutionären Kampf in La Paz fort, wo sie am 12. Mai 1973 im Kugelhagel der Polizisten fiel. Ihr Leichnam wurde an unbekanntem Ort verscharrt. Vater Ertl wird ihn nie auffinden können.

Somit kann auch Rodrigo Hasbún die Geschichte nur einmal mehr – wenn auch literarisch riskant – erzählen. Sein Resümee „Auch dort entfernen wir uns am Ende von den Menschen, die wir am meisten lieben“ hilft nicht weiter. Auch dass der Verlag den spanischen Titel „*Los afectos*“ ohne weitere Erläuterung als „*Die Affekte*“ herausbringt, sorgt eher für Verwirrung.

Gerhard Drekonja-Kornat

VON AUFTRAGSMORDEN, KILLERBANDEN UND STRASSENGANGS

Alberto Arce: Blood Barrios. Dispatches from the world's deadliest streets

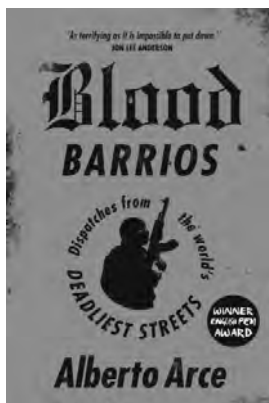
Zed Books, London, 2017. 175 Seiten,
£ 10,99/US-\$ 15,95

Das Buch beginnt wie eine reißerische Reportage, aus der das Blut quillt. In den Straßen von Tegucigalpa häufen sich die Toten, die meisten mit Schusswunden. Das Leichenhaus in der Hauptstadt von Honduras ist meistens überfüllt. Dann geht es aber doch in die Tiefe. Der spanische Journalist Alberto Arce, der für die Agentur *Associated Press* (AP) zwei Jahre lang in Tegucigalpa stationiert war, konnte sich rühmen, 2012/2013 als einziger Auslands-korrespondent in Honduras zu arbeiten. Mangels politischer Relevanz der Ereignisse wurde er zum Chronisten der Blut-taten, ihrer Hintergründe und der Verstrickung der staatlichen Sicherheitskräfte in das organisierte Verbrechen.

Die Statistiken sprechen für sich. Honduras galt damals mit 85 bis 91 Morden pro 100.000 Einwohner als das gewalt-tätigste Land der Erde. In der Wirtschafts-metropole San Pedro Sula lag die Opfer-zahl sogar bei 166/100.000. (Die Ver-gleichszahlen europäischer Länder wie Deutschland oder Schweiz liegen unter 1.)

Die meisten Mordfälle bleiben unau-geklärt, weil die Polizei angesichts der schieren Anzahl von Tötungsdelikten überfordert ist, weil sie kein Interesse hat oder selbst in das Verbrechen verstrickt ist. Arce geht einigen der mysteriösen Fälle nach. Am Beispiel eines erschossenen Taxifahrers schildert er, wie kriminelle Banden nicht nur Taxifahrer, sondern auch Buschauffeure und jede Art von Wirt-schaftstreibenden mit Schutzgeldforderungen erpressen. Zahlen sie nicht, müssen sie mit dem Tod rechnen. Wer sich der Er-pressung nicht beugen will, verlässt das Land.

Der Tod eines Jugendlichen, der sich nachts heimlich aus dem Haus schleicht, um sich mit seiner Freundin zu treffen, und nicht zurückkehrt, wurde vom Vater auf eigene Faust untersucht. Er findet heraus, dass Soldaten den Jungen, der mit dem Motorrad nicht anhalten wollte, in eine Sackgasse jagten und erschossen. Die Armee reagiert mit Mauern und Ver-schleierung, bis das Verbrechen nicht mehr zu leugnen ist.



Der Autor wird gleich bei einer seiner ersten Presse-konferenzen von hondura-nischen Kolle-gInnen darauf aufmerksam gemacht, dass man bestimmte Fragen bes-ser nicht stellt. Journalisten

werden von Politikern und der Polizei dafür bezahlt, dass sie in deren Sinn oder gar nicht berichten. Deswegen relativiert Arce die Rekordzahlen ermordeter Presse-leute in Honduras. Politische Motive, wie sie von Menschenrechtsorganisationen oder Reporter ohne Grenzen unterstellt werden, sieht er hinter den meisten Tötun-gen nicht: „Der erste Journalistenmord, über den ich berichten sollte, betraf einen Mann, der ein TV-Programm leitete, in dem man die Lottozahlen raten musste“. Der letzte wurde drei Jahre nach seinem letzten Videofilm ermordet: „Die Mutter erzählte mir, er sei in seltsame Drogen-geschäfte verwickelt gewesen“.

Desillusioniert sieht Arce auch die poli-tische Oppositionsbewegung. Nach dem Putsch gegen den gemäßigt linken Präsi-denten José Manuel Zelaya im Juni 2009 sei zwar die Drogenkriminalität in die Höhe geschneit, weil die Sicherheitskräf-te mit der Repression von Demonstrationen beschäftigt waren, doch alarmistische Meldungen über die Verfolgung von Op-positionsellen hätten sich meist als reine Propaganda herausgestellt. Bigotte Homo-phobie aus dem Munde vorgeblich pro-gressiver Politiker habe ihn schockiert.

Als sich der Reporter mit den Todes-schwadronen innerhalb der Polizei zu be-schäftigen begann und Informanten fand, die freimütig aus dem Nähkästchen plauderten, wurde ihm das Pflaster langsam zu heiß. Drohungen nahmen zu und er ließ sich versetzen.

Das flott geschriebene Buch gibt einen schauerlichen Einblick in „die tödlichsten Straßen der Welt“. Eine profunde politi-sche Analyse darf man sich allerdings nicht erwarten.

Ralf Leonhard

PRIVATISIERTE REVOLUTION

Hannes Bahrmann: Nicaragua. Die privatisierte Revolution

Ch. Links Verlag, Berlin, 2017
237 Seiten, € 18,50

Nicaragua wird seit 2007 wieder von Daniel Ortega regiert, ehemals Revo-lutionskommandant und Präsident von 1985 bis 1990. Nach drei Perioden konser-vativ-neoliberalen Regierungen ist im kleinen zentralamerikanischen Land wie-der die kämpferische Rhetorik der 1980er Jahre zu hören. Doch hinter den antiimpe-rialistischen Parolen werden Geschäfte ge-macht. Für alle, die noch glauben mögen, dass in Nicaragua wieder ein revolutionä-rer Aufbruch herrscht, hält Hannes Bahr-mann ernüchternde Tatsachen bereit. Die meisten Sozialleistungen werden aus einer schwarzen Kasse finanziert, die sich aus venezolanischen Erdölkrediten speist. Diese Bonanza geht mit dem wirtschaftli-chen Niedergang Venezuelas zu Ende. Und die Schulden bleiben dem Land. Da-niel Ortega und seine zunehmend mächtige Frau Rosario Murillo, die als Vizeprä-sidentin auch die Gemeindepolitik diri-giert, haben einen zunehmend autoritären Staat errichtet, wo politische Loyalitäten belohnt werden und der Opposition die Luft abgeschnürt wird.

Daniel Ortega hat über Pakte mit sei-nem rechten Erzrivalen Arnoldo Alemán nach und nach die Kontrolle über die Staatsgewalten erlangt und bedient sich nach Bedarf des willfähigen Justizappa-rats. So hat der Oberste Gerichtshof auch den Weg für die von der Verfassung ver-botene Wiederwahl freigemacht. Inzwi-schen ist der Artikel aus der Verfassung getilgt. Ortega kann sich bis an sein Lebensende im Amt bestätigen lassen.

Die Söhne und Töchter des Präsi-dentenpaares kontrollieren die wichtigsten Medien und bereiten sich in wirtschaftli-chen Schlüsselpositionen auf höhere Wei-chen vor. Dass sich in dem Land, wo sich die Sandinisten einst gegen die mehr als vierzigjährige Familiendiktatur der Somo-zas erhoben, erneut eine dynastische Lö-sung anbahnt, entbehrt nicht der Ironie. Das Vermögen der Familie Ortega reicht zwar bisher nicht an das der Somozas heran, doch gilt Daniel Ortega bereits als zweitreichster Mann Nicaraguas.



Neben einer vernichtenden Darstellung des Systems Ortega skizziert der Autor auch die Geschichte des 20. Jahrhunderts, von der Okkupation Nicaraguas durch die USA über den Befreiungskampf des Augusto Sandino bis zur Sandinistischen Revolution. Das eine oder andere schmutzige Detail aus der Zeit der Revolution wird dabei zutage gefördert.

Das Buch gibt einen realistischen Einblick in die beklemmende Herrschaft der Ortegas, ohne dabei in Schwarzweißmalerei zu verfallen. Ärgerlich, dass einige Namen (wie z.B. Arnaldo statt Arnaldo Alemán) konsequent falsch geschrieben werden. Solche Schlampereien entwerten eine sonst gründliche Recherche.

Ralf Leonhard

VERLIEBT IN COSTA RICA

Franziska Lô: 111 Orte in Costa Rica, die man gesehen haben muss.
Emons Verlag, Köln, 2017. 240 Seiten,
€ 16,95

Listen, Listen, Listen. Wohin man blickt, werden Listen gemacht. Die 100 wichtigsten Bücher, die 99 romantischsten Lieder und die 20 schönsten Toiletten. Die Listomanie greift um sich, wohin man schaut. Alles wird aufgelistet, durchnummeriert, einsortiert. Pure Effizienz. Dann werden die Listen mit dem Imperativ „das müssen Sie wissen!“ versehen,

und wer das nicht weiß, ist weder hübsch noch gebildet noch in.

Aus dieser Logik ist es nicht verwunderlich, dass auch Reiseführer so gemacht werden. Franziska Lô hat in der vom Emons Verlag herausgegebenen Reihe „111 Orte, die man gesehen haben muss“ ein Buch über Costa Rica geschrieben. Eigentlich steht der Autor dieser Zeilen den diversen Listen eher kritisch gegenüber, aber das Buch von Franziska Lô ist so liebenswert und klug geschrieben, dass es selbst des Listenhassers Herz berührt.

111 Orte und manchmal auch Begegnungen in Costa Rica werden beschrieben. Jeweils eine Seite Text und ein fast immer außerordentlich nettes Foto dazu. Alles sehr persönlich gehalten, mit viel Empathie und Liebe fürs Detail beschrieben. Am Ende des Textes ein paar nützliche Infos, eher zurückhaltend. 111 Orte, eine Seite Text, ein Foto, Vorwort, Landkarte, Inhalt, und die 240 Seiten sind zusammen.



Es ist nicht zu überlesen, dass die Autorin eine Liebesbeziehung zu Costa Rica hat. Natürlich sind bei den 111 Orten auch die klassischen Tourismusdestinationen dabei: Schildkröten und *Monteverde*, heiße Quellen und Schokolade, die *Marimba* und der Mercado Central sowie Corcovado und *Quepos* dürfen natürlich nicht fehlen. Die Reihenfolge der beschriebenen Orte ist geographisch sortiert, was das Suchen erleichtert. Neben den bekannten Tourismus-Highlights gibt es auch weniger bekannte und ein paar gar unbekanntere oder vergessene Destinationen. Die *Maritza-Bar* in Puerto Viejo, eine fast ausschließlich von Einheimischen frequentierte Bar, oft mit

Live-Musik, wird detailreich und liebevoll beschrieben. Genauso wie das namenlose Grab eines Rastafari, ebenfalls in Puerto Viejo. Die Auswahl ist subjektiv, aber nicht wahllos.

Die 111 beschriebenen Orte decken – klarerweise – nicht ganz Costa Rica ab, obwohl das Land in Mittelamerika mit seinen 51.000 Quadratkilometern und fast fünf Millionen EinwohnerInnen nicht allzu groß ist. (Im Vergleich dazu Österreich: fast 84.000 Quadratkilometer und 8,8 Millionen Einwohner). Aber die Beschreibung von Orten, Menschen, Straßen, Tieren und Verhaltensweisen vom Norden bis Süden und Osten bis Westen des Landes gibt einen charmanten, liebevollen und humorvollen Ein- und Überblick über Costa Rica und seine BewohnerInnen.

„111 Orte in Costa Rica, die man gesehen haben muss“ ist kein Reiseführer mit hunderten Hotels, Busterminals, Abfahrtszeiten und Preisen. Wer das will, sollte zu einem anderen Buch greifen oder sich einen Ruck geben und zwei Bücher kaufen. „111 Orte in Costa Rica, die man gesehen haben muss“ ist ein Lese- und Genussbuch. Ein Reiseführer wie eine Vorspeise: sehr schön zum Ansehen, schmeckt gut und macht Appetit auf mehr.

Andreas Teltscher

VERSCHWUNDEN: ZEUGE EINES ALBTRAUMS

Mario Villani: *Desaparecido. Erinnerungen aus einer Gefangenschaft*
Erhard Löcker GesmbH, Wien, 2016
257 Seiten, € 22,-

Mario Villani ist einer der wenigen, die während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) verschleppt wurden und lebendig wieder aufgetaucht sind. *Desaparecido*, also „verschwinden“ war der Physiker von der La Plata-Universität vier Jahre lang in fünf verschiedenen geheimen Folter- und Gefangenenlagern. Seine technischen Fertigkeiten halfen ihm, Folter, Zwangsarbeit und Ungewissheit zu überleben. Er reparierte elektronische Geräte und machte sich damit für seine Bewacher unentbehrlich. Ein Schlüsselerlebnis war der Auftrag, ein elektrisches Foltergerät – *la picana* – wieder instandzusetzen. Zuerst

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37: BUCHBESPRECHUNGEN

weigerte er sich. Als ihm der Folterknecht klar machte, dass die ersatzweise Tortur mit blanken Drähten noch viel brutaler war, willigte er ein und konnte sogar durch Einbau eines schwächeren Kondensators die Elektroschocks etwas abschwächen. „War er dadurch zum Komplizen seiner Folterer oder gar zum Kollaborateur geworden, oder hatte er nicht vielmehr seinen Mitgefangenen einen wertvollen Dienst erwiesen?“, fragt sich der Völkerrechtler und Folterexperte Manfred Nowak im Vorwort. Villani stellt sich immer wieder die Frage, warum er überlebt hat und so viele andere nicht. Eine Antwort hat er nun: „Warum ich heute noch am Leben bin? Ich weiß es nicht. Ich habe damals nicht selber entscheiden dürfen.“

Villani wurde in mehreren Prozessen gegen die Putschisten und Folterknechte zu einem der Kronzeugen gegen das Militärregime. Aber erst drei Jahrzehnte nach dem realen Altraum ist Villani imstande, seine Erinnerungen systematisch auszu packen und seine Überlegungen zu formulieren. In Interviews mit dem argentinischen Literaturprofessor und Autor Fernando Reati, die sich über mehr als zwei Jahre hinziehen, erzählt er seine Geschichte. Dass diese beklemmenden Schilderungen jetzt auch auf Deutsch vorliegen, ist einer Gruppe von Studierenden der Translationswissenschaften in Wien zu verdanken, die sich die Arbeit aufteilten und unter der Leitung der Dozentin Helga Lion schließlich zur Veröffentlichung brachten.

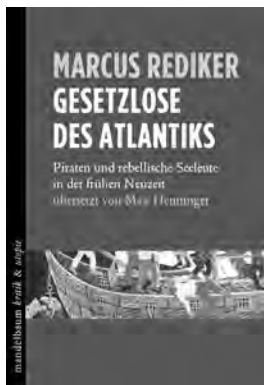
Ralf Leonhard

VON SEEFAHRERN UND PIRATEN

Marcus Rediker: *Gesetzlose des Atlantiks. Piraten und rebellische Seeleute in der frühen Neuzeit*

Mandelbaum Verlag, Wien, 2017
310 Seiten, 18 Euro

Legalität ist eine Machtfrage“. Das Ledenkwürdige Zitat wird Ulrike Meinhof zugeschrieben. Dass es zwischen Herrschaft und Kriminalität fließende Grenzen gibt, ist indessen lange bekannt. Augustinus (*De civitate Dei* IV, 4) berichtet von einer Begegnung zwischen Alexander dem



Freilich, weil ich's mit einem kleinen Fahrzeug tue, heiße ich Räuber. Du tust's mit einer großen Flotte und heißt Imperator.“

Kein Wunder, dass es große Verwirrung auch um die Begrifflichkeit gibt: Piraten, Korsaren, Freibeuter... Als Henry Morgan im Juli 1668 mit 500 Mann die zu Spanien gehörende Stadt Portobelo im heutigen Panama überfiel, hatte er einen Freibeuterbrief des Gouverneurs von Jamaika im Gepäck. Im gleichen Jahr brannte er Santa María del Puerto Príncipe auf Kuba nieder, das deshalb ins Inselinnere verlegt wurde und heute Camagüey heißt. Später wurde er von ihrer Majestät selbst zum Vizegouverneur von Jamaika ernannt und als unerbittlicher Piratenjäger bekannt.

Um Letztere geht es dem Historiker an der Universität Pittsburgh, Marcus Rediker: Das Meer sei kein Ort ohne Ort, schreibt er und sieht das Schiff als „Maschine aus Holz, Leinwand und Hanf“ die im „Zeitalter der Seefahrt“ (1500-1850) außerordentliche Dinge ermöglichte, wie Raub, Eroberung sowie schließlich bis heute andauernde politische und wirtschaftliche Hegemonie; ein Vehikel der ursprünglichen Akkumulation. Ohne Schiffe kein Weltmarkt. Und diese Maschine läuft wiederum nicht ohne die „kollektive Arbeit des Seefahrers“. Nach Kürzungen der Heuer legten diese im Jahr 1768 die größte Flotte der Welt lahm und prägten einen Begriff: den Streik. „To strike the sails.“

Rediker widmet sich diesem Prozess „von unten“, beschreibt ungläubliche Arbeitsbedingungen und Sklaverei, aber auch daraus hervorgegangene Arbeits- und Freiheitskämpfe, wie sie nicht zuletzt für die amerikanische Revolution von Bedeutung waren. Unmenschliche Zustände auf den Sklavenschiffen und Sklavenaufstände, bis hin zu dem von Toussaint l'Ouverture auf Saint Domingue/Haiti. Marinesoldaten, Freibeuter und Sklaven, die zu Piraten wurden. So ist Redikers Arbeit weit mehr

Großen und einem Seeräuber, den der König fragte, was ihm einfiel, dass er das Meer unsicher mache. Dieser entgegnete: „Und was fällt dir ein, dass du den Erdkreis unsicher machst?“

als ein Piratenbuch, wie der Untertitel suggeriert.

Das Buch zeigt „...wie Seefahrer, Piraten und buntscheckige Haufen eine Geschichte prägten, die wir lange Zeit als weiß, elitenspezifisch, national und auf dem Festland angesiedelt betrachtet haben. Diese kosmopolitischen ArbeiterInnen aller Länder haben uns in einer neuen Ära der Globalisierung einiges zu sagen“, schreibt Rediker im Vorwort. Kapitel 4 widmet sich ausführlich den Piratengesellschaften, wie sie in jener Zeit sporadisch in der Karibik entstanden, wo Kapitäne teilweise gewählt wurden und absetzbar waren, wo häufig der Löwenanteil der Beute an die Mannschaften ging und wo es eine Art Unfallversicherung mit Entschädigung gab: 600 Piaster oder sechs Sklaven für den Verlust des rechten, 500 Piaster oder fünf Sklaven für den linken Arm. Letzterer Kodex wird (von weniger wissenschaftlichen Autoren) übrigens Henry Morgan zugeschrieben. Auch hier haben wir es also mit fließenden Grenzen zwischen dem einen oder anderen emanzipatorischen Aspekt und insbesondere Herrschaft zu tun – und mit einer ziemlich dürftigen Quellenlage. Die Analyse dieser Phänomene in der Tradition von Eric Hobsbawms („Die Banditen“) Sozialrebellent ist interessant. Ob es sich dabei eher um archaische Sozialbewegungen oder doch um Holzwege der Geschichte handelt, bleibt offen.

Robert Lessmann

OFFENLEGUNG GEMÄSS §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber und Medieninhaber ist die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA). Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist, bezweckt umfassende und objektive Information über die soziale Wirklichkeit und politische Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik sowie die Förderung der menschlichen und kulturellen Beziehungen zwischen diesem Kontinent und Österreich. Die Blattlinie entspricht diesen Zielen.

ZVR-Nr.: 278 710 314

Obmann: Ralf Leonhard

Obmann-Stv.: Leo Gabriel

Schriftführer: Brigitte Ghafouri-Schmidt

Schriftführer-Stv.: Wolfgang Schweiger

Kassier: Hermann Klosius

Kassier-Stv.: Cornelia Perle

FrauenFilmTage 2018

1. März: Filmcasino, Margaretenstr. 78, 1050 Wien

2. bis 8. März: Stadtkino im Künstlerhaus, Akademiestr. 13, 1010 Wien

Eröffnet werden die FrauenFilmTage 2018 am 1. März im Filmcasino mit dem mexikanischen Film **The Eternal Feminine** von *Natalia Beristáin* über die wichtige mexikanische Schriftstellerin Rosario Castellanos, die schon in den 50er Jahren versuchte, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Der aktuelle Spielfilm von Natalia Beristáin gewann den Publikumspreis am Morelia International Film Festival und hatte seine internationale Premiere im November 2017 am Filmfest Rom.

In der diesjährigen Blickrichtung der FrauenFilmTage sind filmische Arbeiten lateinamerikanischer Filmemacherinnen. So erzählt die argentinische Regisseurin *Anahí Berneri* mit ihrem Film **Alanis** die eindrückliche Geschichte einer jungen Mutter und Sex-Arbeiterin. Alanis sucht selbstbewusst und bestimmt ihren Platz in der Gesellschaft. Anahí Berneri gewann beim Filmfestival in San Sebastián mit *Alanis* den Preis für die beste Regie.

Ein weiterer Film zum Schwerpunkt ist **Amazona**, die Geschichte von Val und Clare. Die Dokumentarfilmerin *Clare Weiskopf* besucht ihre Mutter Val im kolumbianischen Urwald. Es ist eine intime Reise zweier Frauen und die Suche nach den Grenzen zwischen Verantwortung und Freiheit.

Princesita ist ebenfalls Teil des Schwerpunktes. Ein aufwühlender Spielfilm von *Marialy Rivas*, mitproduziert von *Pablo Larraín*, über das junge Mädchen Tamara, das dem dominanten Sektenführer Miguel (Marcelo Alonso) ausgeliefert scheint.

Das komplette Programm der FrauenFilmTage 2018 und weitere Infos gibt es auf der neu gestalteten Website der FrauenFilmTage unter www.frauenfilmtage.at

Buchpräsentation: Los Guarani – persecución y resistencia

LAI-Europasaal, Türkenstr. 25, 1090 Wien

8. März, 19:00 bis 21:00

Das Buch „*Los Guarani – persecución y resistencia*“ (Das Volk der Guarani – Verfolgung und Widerstand), „*Mapa Guarani Continental*“ (Landkarten zum

Guarani-Siedlungsgebiet in Südamerika) sowie das E-Book „*Die inspirierten Worte. Aus der Welt der Guarani-Indianer Südamerikas*“ werden vorgestellt. Neue Texte und Einsichten aus Südamerika, von Friedl Paz Grünberg und Georg Grünberg, in spanischer und deutscher Sprache.

Das erste Buch ist 2014 unter dem Titel „*Los Guarani – persecución y resistencia. Pueblos Indígenas del centro de América del Sur*“ im Abya Yala Verlag in Quito erschienen und fasst eine Reihe von unveröffentlichten Beiträgen verschiedener AutorInnen aus den vergangenen drei Jahrzehnten zusammen, die sich alle auf die Guarani-Bevölkerung des östlichen Paraguay und des südlichen Mato Grosso do Sul beziehen. Thematisch verbindet die Texte ein Dreiklang aus Raum, Zeit und Weltbild, wie sie in einer Periode großer Bedrängnis und beharrlichen Widerstands zum Ausdruck gelangen. Gleichzeitig wird ein Bezug zum gemeinsamen Handeln hergestellt.

Die „*Mapa Guarani Continental*“ ist das Ergebnis einer Kartierung des gesamten Territoriums der Guarani, die in einem partizipativen Prozess, an dem etwa 200 Personen beteiligt waren, in den Ländern Brasilien, Paraguay, Bolivien und Argentinien in den Jahren 2015 bis 16 durchgeführt wurde. Das Kartierungs-Projekt wurde von Georg Grünberg und Levi Pereira koordiniert.

„*Die Inspirierten Worte – Aus der Welt der Guarani-Indianer Südamerikas*“ von Friedl Paz Grünberg ist eine leicht überarbeitete Version des Buches „*Auf der Suche nach dem Land ohne Übel*“ (Peter Hammer Verlag 1995), mit einigen Fotos illustriert. Im Vordergrund steht die Übersetzung der esoterischen Schöpfungsmythen der Mbya sowie Beispiele ihrer Mythen, Gesänge und ethischen Richtlinien.

Das Volk der Guarani ist in seiner bedrohten Lebenswelt in Brasilien, Paraguay, Argentinien und Bolivien derzeit geprägt von einem gestärkten Lebenswillen zum Widerstand gegen Landvertreibung, Ausgrenzung und Selbstaufgabe. Die großflächige Zerstörung der Landschaft durch Entwaldung und Ressourcenplünderung führt zu Landflucht und Slumbildung in städtischen Randsiedlungen, aber auch zum Aufleben der eigenen Weltsicht, die durch die „inspirierten Worte“ vermittelt wird und Resonanz bei allen Lebewesen findet, auch bei den „Weißen“. Welche Zukunft erwartet sie und welche wollen sie für sich und für uns erkämpfen?

Veränderungen und Kontinuitäten der Beziehungen USA-Mexiko unter Trump (Seminar)

LAI-Europasaal, Türkenstraße 25
9.3. (15:00–18:00 Uhr) und 10.3. (10:30–18:00 Uhr)

Ziel des Seminars ist es, eine erste Bilanz über die Veränderungen der Beziehungen Mexikos und der USA in Folge der Wahl Donald Trumps zu ziehen.
Anmeldung: julia.sachsender@gmail.com

Veranstaltungsreihe México-Austria 1938-2018 “Flagrante Violación”

Universitätszentrum Wall, Merangasse 70, 8010 Graz

14. März, 19:00 bis 21. März, 22:00

Die Botschaft von Mexiko lädt zu dieser gemeinsam mit der Karl-Franzens-Universität Graz organisierten Veranstaltungsreihe ein, im Gedenken an Mexikos Protest gegen den Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland.

Mittwoch 14.03 / 19:00 Vorträge mit anschließender Publikumsdiskussion

Eröffnungsrede von Alicia Buenrostro Massieu, Botschafterin von Mexiko: „*Die mexikanische Diplomatie in den 30er Jahren und ihre heutige Relevanz*“;

Vortrag von Dr. Christian Kloyber, Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (Bifeb): „*Österreichisches Exil in Mexiko*“

Moderation: Eva Feenstra, Institut für Romanistik; anschließend Buffet

Filmpräsentationen mit anschließender Publikumsdiskussion:

15.03 / 19:00 – Dokumentarfilm „*Visa al Paraíso*“ (Lilian Libermann, 108min)

21.03 / 19:00 – Dokumentarfilm „*Volver la Vista – Der umgekehrte Blick*“ (Fridolin Schönwiese, 90min)

Lesung: Viva la poesía!

LAI-Europasaal, Türkenstraße 25
21. März, 19:00 bis 21:00

Eine lyrische Begegnung zwischen Argentinien und Österreich am Welttag der Poesie; Fest der Poesie mit einer zweisprachigen Lesung Deutsch/Spanisch sowie Musik aus Argentinien. Dorothea Nürnberg stellt auch ihr neuestes Werk, den Lyrikband *sonnenwind*, Ibera Verlag, vor. www.dorotheanuernberg.at ■